

Ausgezeichnet!

*Nominierte und prämierte Abschlussarbeiten
an der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften*



Band 2020/04

Simone Maria Joseph

„In einer eigenen Wohnung könnte ich sein, wer ich bin“ - zur Relevanz der Umsetzung des Rechts auf Wohnen

Möglichkeiten und Herausforderungen des
Housing First-Ansatzes im Kontext
Wohnungslosigkeit

mit einem Vorwort von Dr. Claudia Roller

Technology
Arts Sciences
TH Köln

Simone Maria Joseph: „In einer eigenen Wohnung könnte ich sein, wer ich bin“ - zur Relevanz der Umsetzung des Rechts auf Wohnen Möglichkeiten und Herausforderungen des Housing First-Ansatzes im Kontext Wohnungslosigkeit

Band 2020/04 der Reihe „Ausgezeichnet!“

Nominierte und prämierte Abschlussarbeiten an der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der Technischen Hochschule Köln

Herausgegeben durch Soziale Arbeit Plus, Redaktion: Stefan Schäfer

Bisher erschienen:

- 2017/01 Tanja Purucker: Von zu kurzen Röcken und anderen Märchen. Vergewaltigungsmythen: Hintergründe, Folgen und eine Möglichkeit der Intervention.
- 2017/02 Moritz Schumacher: Genderkompetente und interkulturelle Professionalität in der offenen Kinder- und Jugendarbeit – ein Handlungs-dilemma?
- 2017/03 Carolina Nawroth: Frühe Hilfen als Akteur im Präventionssystem. Ambivalenz zwischen Hilfe und Wächteramt.
- 2017/04 Alina Petrenko: Linguistische Analyse von Beratungsgesprächen in der Sozialen Arbeit. Entwicklung von Lösungskonzepten in der Wohnungslosenberatung.
- 2017/05 Monique Baader: Soziale Arbeit und Foucaults Analytik der Macht. Eine macht- und herrschaftskritische Auseinandersetzung mit der Sozialen Arbeit.
- 2017/06 Heike Fiebig: Schlüsselsituationen Sozialer Arbeit – Ein neuer Ansatz zur Relationierung von Theorie und Praxis?
- 2017/07 Anna Zill: Helfersyndrom und Soziale Arbeit. Eine empirische Studie unter Studierenden der TH Köln.
- 2017/08 Baptiste Egelhaaf: Apps für geflüchtete Menschen. Exemplarische Analyse.
- 2018/01 Melina Stevens: Subjekt – Identität – Anerkennung. Zu den Theorieproblemen bei der Integration von Judith Butlers (Geschlechter-)Theorie in den Diskurs und die Praxis der Sozialen Arbeit.
- 2018/02 Alexandra Schneider: Okkulte Weltanschauung als pädagogisches Prinzip. Ein kritischer Blick auf die Waldorfpädagogik.
- 2018/03 Ninon Muthmann: Auswirkungen der definitorischen Unschärfe des Sterbens auf die Palliativversorgung.
- 2018/04 Anna-Katharina Vogel: Konstruktion von Geschlecht, Sexualität und Behinderung im Diskurs zur Selbstbestimmung von Menschen mit Lernschwierigkeiten.
- 2018/05 Serpil Ertik: Migration und Behinderung als Herausforderung für die Soziale Arbeit. Wechselwirkungen von Behinderung und Migration beim Zugang zu zentralen Lebensbereichen von Geflüchteten mit Behinderung.
- 2018/06 Benjamin Kemper: Formen der Marginalisierung, Stereotypisierung und Ausgrenzung von Mädchen und Frauen bei digitalen Spielen. Zur Schnittstelle von Game Studies und Genderforschung.
- 2018/07 Ziyad Naddaf: Die Regierung von Migrationen. Moderner Rassismus unter der Perspektive der Biomacht. Räume, Grenzen und Macht im Dispositiv Europa.
- 2018/08 Merle Boedler: Weibliche Sexarbeit und die hegemoniale Geschlechterordnung.
- 2020/01 Jérôme Schickschneit: Normative Normalität des Alltags. Diffuse Spannungen lebensweltorientierter Sozialer Arbeit.
- 2020/02 Julia Rieger: Doing Justice- zur Praxis außerstrafrechtlicher Strategien der Konfliktbewältigung in linksautonomen Räumen.
- 2020/03 Sebastian Ulfik: Kollektive Interessenvertretung in der Sozialen Arbeit. Eine Analyse nach dem Machtressourcenansatz.

Diese Arbeit wurde als Bachelorarbeit im Studiengang Soziale Arbeit an der Technischen Hochschule Köln im Wintersemester 2018 eingereicht. Sie wurde durch die Erstgutachterin Dr. Claudia Roller und den Zweitgutachter Prof. Dr. Notker Schneider betreut.

Die Thesis von Simone Maria Joseph wurde von der Jury der Initiative „Ausgezeichnet!“, bestehend aus Praktiker*innen, Hochschullehrenden und Studierenden, im Mai 2019 als herausragende Abschlussarbeit prämiert.

Die Autorin können Sie kontaktieren unter: [simone\[at\]joseph-online.de](mailto:simone[at]joseph-online.de)

Vorwort zur Veröffentlichung in der Reihe „Ausgezeichnet!“

Titel: „In einer eigenen Wohnung könnte ich sein wer ich bin“- zur Relevanz der Umsetzung des Rechts auf Wohnen- von Simone Joseph

Die in der Reihe „Ausgezeichnet!“ gewürdigte Arbeit von Simone Joseph behandelt ein zentrales und „klassisches“ immer während hoch aktuelles Thema der Sozialen Arbeit, nämlich das der Bewältigung von Wohnungslosigkeit. Durch die Auswirkungen der andauernden negativen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt erfährt das Thema gegenwärtig stärkere publizistische und politische Aufmerksamkeit. Dabei – und darin kann ein Ausgangspunkt der Arbeit gesehen werden – ist der Blick auf die Problemlage jedoch verzerrt: Zum einen wird auf der strukturellen Ebene der urbane Wohnungsmangel thematisiert, der in erster Linie als Mittelschichtsproblem erscheint, zum anderen wird die Problematik medial in der Regel individualisiert und gerne in assoziative Nähe zu illegaler Zuwanderung und delinquentem Verhalten im öffentlichen Raum gebracht.

Die vorliegende Arbeit ist dagegen eine sehr gelungene und interessante Auseinandersetzung mit der sozialen Problemlage „Wohnungslosigkeit“ im Kontext von gesellschaftlichen und strukturellen Bedingungen vor dem Hintergrund ökonomischer Interessensverfolgung der beteiligten Akteure (Wirtschaftsunternehmen, Verwaltung, Politik, Gemeinwesen). Zentral ist dabei die Bezugnahme auf die normativen professionsethischen Prinzipien von Partizipation und Autonomie, die die Verfasserin als gefährdet oder gar verletzt sieht, woraus sich ein Mandat für die Soziale Arbeit ergibt.

In diesem Zusammenhang diskutiert Simone Joseph das zunächst in den USA entwickelte Konzept des „Housing First“¹, das – anders als das gängige „Stufenmodell“ der Entwicklung von „Wohnfähigkeit“ – das „Recht auf Wohnen“ umsetzen will und die Bedeutung einer „Wohnung“ (nicht nur einer „Unterkunft“) für essentiell für ein selbstbestimmtes Leben hält. An dieser Stelle sind Disziplin und Profession Sozialer Arbeit für die Umsetzung und Gewährleistung dieses Grundrechts gefordert. Dass das Konzept an einigen Stellen nicht unproblematisch ist und die Hilfesysteme vor Herausforderungen stellt, wird dabei nicht übersehen, besonderes Gewicht erfahren dabei die begründeten Einwände der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, die freilich konstruktiv und lösungsorientiert diskutiert werden.

Die besonderen Stärken der Arbeit finden sich in drei thematischen Schwerpunkten:

1. Der professionsethische Aspekt, der die gesamte Arbeit trägt und durchzieht und vor dem Hintergrund eines Verständnisses Sozialer Arbeit als „Menschenrechtsprofession“ (Staub-Bernasconi) die normative Basis für das Erfordernis und die Legitimation für sozialarbeiterisches, in die Politik hineinwirkendes, Handeln darstellt. Von hier aus erweist sich das „Recht auf Wohnen“ als menschenrechtsrelevant.
2. In großer Ausführlichkeit und Differenziertheit werden sowohl die sozialstrukturellen Aspekte von Wohnungslosigkeit und das aktuelle System der Wohnungslosenhilfe als auch die individuellen Bedingungen für Ursachen und Bewältigung von Wohnungslosigkeit analysiert und diskutiert. Dabei gelingt es der Autorin hervorragend die sozioökonomischen und psychosozialen Bedingungen und

¹ Tsemberis, Sam; (2010): Housing First. The Pathways Model to End Homelessness for people with Mental Illness and Addiction. Hazelden.

Auswirkungen von Wohnungslosigkeit mit den teils widersprüchlichen Bearbeitungsstrategien der Sozialen Arbeit (z.B. Individualisierung der Problemlage) kontrastreich in Beziehung zu bringen und Wirkungszusammenhänge nach zu vollziehen. In Analyse und Konzeption werden dabei intersektionelle Perspektiven (Gender, Alter, Lebenslage) untersucht und berücksichtigt.

3. Exemplarisch wird das Konzept „Housing First“ vorgestellt, professionsethisch eingeordnet, evaluiert und kritisch diskutiert. Dabei werden auch die unterschiedlichen sozialpolitischen Rahmungen der Wohnungslosenhilfe in den USA und Deutschland differenziert berücksichtigt.

Auf der Grundlage ihrer klugen Analyse entwickelt Simone Joseph konzeptionelle Handlungsoptionen für ressourcenorientierte, an der Autonomie der Adressat*innen anknüpfende Unterstützungsformen der Sozialen Arbeit.

Es handelt sich um eine Arbeit, die Herausforderungen und Perspektiven Sozialer Arbeit als Disziplin und Profession für ein klassisches und zentrales Arbeitsfeld sehr kenntnisreich, mit großer Differenziertheit und auf sehr hohem begrifflichem und argumentativem Niveau diskutiert und insofern einen wichtigen Beitrag zu einer aktuellen Positionsbestimmung Sozialer Arbeit leistet. Auch wird die Vermittlung grundlegender theoretischer Bestimmungen mit anwendungsbezogenen Handlungsoptionen in vorbildlicher Weise geleistet. Ich wünsche der Arbeit, dass sie von vielen Menschen gelesen wird und Beachtung in der Profession und Disziplin der Sozialen Arbeit erhält.

Abstract

Wohnungslosigkeit erweist sich in Deutschland als ein wachsendes soziales Problem. Nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Wohnungsknappheit vor allem in den Ballungszentren stellt dies das aktuelle Hilfesystem vor große Herausforderungen. Die wohnräumliche Exklusion führt für die Betroffenen nicht selten zu gesellschaftlicher bzw. sozialer Exklusion. Dies äußert sich auf verschiedenen Ebenen, beispielsweise durch abwertende oder kriminalisierende Betrachtungsweisen in der medialen Berichterstattung, anderen Formen der Diskriminierung bis hin zu verschiedenen Formen der Gewalt. Würdevoller Wohnraum besitzt eine zentrale Bedeutung als Schutz- und Rückzugsraum sowie als Ort, an dem Autonomie und Identität gelebt werden können. Das in den Menschenrechten verankerte Recht auf Wohnen wird jedoch häufig nur unzureichend oder gar nicht gewährleistet. In dieser Arbeit wird beleuchtet, wie sich die Folgen von Wohnungslosigkeit multidimensional auf die Betroffenen auswirken und welche vielfältigen Bedingungen und Faktoren dies beeinflussen. Die daraus resultierenden Aufgaben für Profession und Disziplin Soziale Arbeit werden in diesem Zusammenhang herausgearbeitet. Es wird diskutiert, inwiefern auch Professionsangehörige durch handlungsleitende Prinzipien zum Teil dazu beitragen, dass das Recht auf Wohnen nur unzureichend gewährleistet wird. Vor diesem Hintergrund wird der ursprünglich aus den USA stammende Housing-First-Ansatz samt seinen Herausforderungen vorgestellt und die Potenziale für die Adressat*innen und nicht zuletzt für die Umsetzung des Rechts auf Wohnen analysiert.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1 Das Recht auf Wohnen	5
2 Professionsethischer Bezug	7
3 Grundlegende Aspekte der Wohnungslosigkeit	8
3.1 Geschichtlicher Wandel des Verständnisses von Wohnungslosigkeit....	8
3.2 Aktuelle Begriffsbestimmung	10
3.3 Aktuelle Statistik und Ausmaß in Deutschland.....	10
3.4 Ursachen.....	11
4 Das aktuelle System der Wohnungslosenhilfe	15
5 Differenzierte Betrachtung der Wohnungslosigkeit	17
5.1 Gender	17
5.2 Alter	22
5.2.1 Junge wohnungslose Menschen	22
5.2.2 Ältere wohnungslose Menschen.....	23
5.3 Familien	24
5.4 Migration	25
5.5 Besondere Schwierigkeiten und Bewältigungsaufgaben	27
5.5.1 Gesundheit und Gesundheitssystem.....	27
5.5.2 Psychische Erkrankungen und Substanzabhängigkeiten	29
5.5.3 Diskriminierung und Gewalt.....	32
6 Die Idee der Wohnfähigkeit	36
7 Housing First.....	39
7.1 Begriffsbestimmung und professionsethische Einordnung.....	39
7.2 Evaluationen im Kontext Housing First.....	43
7.3 Evaluationen in Europa	45
7.4 Potenzial für verschiedene Adressat*innen und Bewältigungsaufgaben	48
8 Housing First in Deutschland.....	52

8.1 Herausforderungen	52
8.2 Mögliche Lösungswege.....	54
Fazit	56
Literaturverzeichnis	61

Einleitung

Wohnungslosigkeit stellt in Deutschland ein wachsendes soziales Problem¹ dar, das vor allem in den städtischen Ballungszentren vor dem Hintergrund zunehmender Wohnungsknappheit das aktuelle Hilfesystem vor große Herausforderungen stellt. Gleichzeitig ist das Thema in der Öffentlichkeit nur sehr eingeschränkt präsent. Die mediale Berichterstattung kreiert beispielsweise je nach Jahreszeit entweder ein Bild des zu bemitleidenden, meist männlichen und weißen wohnungslosen Einzelgängers, dessen Leben an kalten Wintertagen besonders gefährdet ist oder das Bild der beinahe entmenslicht dargestellten Obdachlosen², die im öffentlichen Raum illegal und ungewollt kampieren und kriminelles Verhalten an den Tag legen (vgl. Gerull 2018, S. 35; vgl. Steckelberg 2018). Ein Beispiel für die letztere Berichterstattung bietet der Artikel „Kampieren im Tiergarten. Was lockt Obdachlose nach Berlin?“ aus dem letzten Jahr in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung:

Auch früher gab es im größten Grün der Hauptstadt immer ein paar Obdachlose. Sie saßen im Gebüsch, schliefen auf Parkbänken. Das war kein großes Problem. Wurden sie von Beamten des Ordnungsamts aufgefordert zu gehen, taten sie das fast immer. Doch die Zeiten sind vorbei. Anfang des Jahrtausends soll es in Berlin ungefähr zweitausend Obdachlose gegeben haben, mittlerweile könnten es fast zehntausend sein. Das schätzt die Bahnmissionsmission am Zoologischen Garten. Aber genau weiß das niemand. Im Tiergarten geht es derzeit um mehr als fünfzig ‚besonders aggressive Personen‘ aus Osteuropa. (Eichhorn 2017, S.1)

Die hierdurch zum Ausdruck gebrachte abwertende und kriminalisierende Betrachtung stellt einen wesentlichen Anteil des sozialen Problems dar. Das weitreichende Elend jener Menschen wird nicht wahrgenommen, ebenso wenig die Gründe ihrer Einwanderung. Stattdessen werden sie pauschal als wachsende Bedrohung dargestellt (vgl. Steckelberg 2018, S. 41f.). Neben der wohnräumlichen Exklusion erfolgt somit auch gesellschaftliche bzw. soziale Exklusion. Dieses Problem scheint noch gravierender, wenn man bedenkt, dass diese Entwicklung in einem wirtschaftlich gut gestellten Land geschieht.

Das Zitat aus dem Titel dieser Arbeit³ veranschaulicht zudem, wie elementar der Wert einer Wohnung für die Identität und die persönliche Autonomie eines Menschen ist. Aufgrund dieses Werts bzw. der zentralen Bedeutung eines würdevollen, sicheren und privaten Schutz- und

¹ Soziale Probleme werden an dieser Stelle im Sinne von Silvia Staub-Bernasconi verstanden, die sie als „zum einen... mehrdimensionale individuelle wie gesellschaftliche Sachverhalte, die menschliches Leiden und Not verursachen, und zwar unabhängig davon, ob sie öffentlich artikuliert werden; zum anderen als Produkte gesellschaftlicher Definitionsprozesse“ beschreibt. (Staub-Bernasconi 2018, S. 209) Leid und Not werden vor diesem Hintergrund durch eine andauernde mangelnde Befriedigung elementarer universeller menschlicher Bedürfnisse durch unzureichende und/oder ungerechte Austauschbeziehungen verursacht. Diese wiederum sind die Folge des Wechselspiels zwischen zum einen unzureichender individueller Machtquellen, beispielsweise fehlender sozioökonomischer Ausstattung, die zu „Hilf- und Machtlosigkeit“ (ebd., S.216) führen und zum anderen unzureichender oder problematischer Machtstrukturen, beispielsweise Diskriminierungsprozessen oder ungenügend geregelter Ressourcenverteilung (vgl. Staub-Bernasconi 2018).

² Eine Erläuterung zur Verwendung dieses Begriffs ist in 3.2 aufgeführt.

³ Eine Sozialarbeiterin in einem Tagesaufenthalt für wohnungslose Menschen bat eine seit 10 Jahren wohnungslose 42jährige Frau, den Satz „In einer eigenen Wohnung könnte ich...“ zu vervollständigen. „...sein wer ich bin“ und „...ich endlich eine Tür hinter mir schließen“ waren ihre Antworten.

Rückzugsraums und der umfangreichen Folgen, die Wohnungslosigkeit mit sich bringt, ist Wohnen in den Menschenrechten verankert. Die zunehmende Wohnungslosigkeit offenbart somit eine unzureichende Gewährleistung dieses Menschenrechts und muss besonders vor diesem Hintergrund Gegenstand der Disziplin und Profession Sozialer Arbeit sein.

In dieser Arbeit sollen deshalb jene Faktoren beleuchtet werden, die dazu führen, dass das Recht auf Wohnen in Deutschland trotz eines an vielen Stellen breitgefächerten Hilfesystems kaum oder unzureichend gewährleistet wird und wie sich dies auf die Betroffenen auf vielen verschiedenen Ebenen auswirkt. Vor diesem Hintergrund wird schließlich diskutiert, ob und inwieweit der in Deutschland noch relativ unbekannte „Housing First“-Ansatz (Tsemberis 2010) unter gezielter Beteiligung der Disziplin und Profession Soziale Arbeit dazu beitragen kann, die Umsetzung bzw. Gewährleistung des Rechts auf Wohnen voranzutreiben bzw. diesbezüglich eine größtmögliche Annäherung zu erzielen. In diesem Kontext werden auch mögliche Hürden und Herausforderungen des Ansatzes betrachtet.

Hierzu wird zunächst dargestellt, wie das Recht auf Wohnen in verschiedenen internationalen Abkommen und auch in der deutschen Verfassung verankert ist. Daran anknüpfend wird der professionsethische Bezug der Sozialen Arbeit zu den Menschenrechten abgebildet und der daraus resultierende multidimensionale Auftrag dargestellt.

Nach einer anschließenden historischen und begrifflichen Betrachtung von Wohnungslosigkeit werden das aktuelle Ausmaß und grundlegende Ursachen des sozialen Problems veranschaulicht und darüber hinaus primäre Faktoren herausgearbeitet, die dazu beitragen, dass sich das Problem zunehmend verschärft. Vor diesem Hintergrund wird in der Folge das aktuelle deutsche System der Wohnungslosenhilfe und seine sozialrechtliche Einbettung skizziert sowie Entwicklungsnotwendigkeiten des Systems beleuchtet. Darauf aufbauend geht es in einem nächsten Schritt um die differenzierte multiperspektivische Betrachtung der Adressat*innen, ihren spezifischen Schwierigkeiten und Bewältigungsaufgaben sowie entsprechenden Bedarfen. Hierdurch wird gleichzeitig dargelegt, auf wie vielen Ebenen die unzureichende Umsetzung des Menschenrechts weitreichende Auswirkungen hat.

Daran anschließend wird das Konstrukt der *Wohnfähigkeit*⁴ als ein handlungsleitendes Prinzip der Sozialen Arbeit kritisch betrachtet, um hierdurch reflexiv zu beleuchten, inwiefern auch Sozialarbeiter*innen dazu beitragen, dass der Zugang zu einem eigenen und den Menschenrechten entsprechenden und somit nicht an Gegenleistungen geknüpften Wohnraum für so viele Menschen innerhalb des Systems versperrt bleibt.

⁴ Die erste begriffliche Verwendung ist in der Literatur schwer festzustellen. Die Überlegungen zu diesem Begriff finden in Anlehnung an die Ausführungen von Nagel (2015) und Marquardt (2013, 2015) statt.

Die Darstellung und Diskussion des Potenzials, den der Housing First-Ansatz für die Betroffenen jenseits der Wohnfähigkeits-Idee haben kann, wird daran anknüpfend herausgearbeitet. Hierzu werden zunächst die grundlegenden Prinzipien des Ansatzes dargelegt und vor dem Hintergrund der Professionsethik Sozialer Arbeit reflektiert. Im Anschluss werden einige Evaluationsergebnisse aus den USA und Europa aufgezeigt. Darauf aufbauend werden die Potenziale des Ansatzes im Hinblick auf die Bedarfe der Adressat*innen und spezifischer Bewältigungsaufgaben dargestellt.

Abschließend erfolgt auf Grundlage des unter Akteur*innen des Systems der Wohnungslosenhilfe geführten kontroversen Diskurses um Housing First die Überlegung, wie eine Umsetzung des Ansatzes auch im Kontext schwieriger Bedingungen des Wohnungsmarkts in Deutschland möglich sein könnte.

1 Das Recht auf Wohnen

Das Recht auf Wohnen zählt zu den Menschenrechten. Diese sind unveräußerlich, woraus folgt, „dass man sich ihrer nicht würdig erweisen muss und man ihrer – anders als vieler sonstiger subjektiver Rechte – nicht verlustig gehen, sie nicht verwirken und nicht grundsätzlich auf sie verzichten kann.“ (Fremuth 2015, S.43) und darüber hinaus sind sie universell, weshalb sie für alle Menschen allein „aufgrund ihres Menschseins“ (Deutsches Institut für Menschenrechte o.J.a, o.S.) und somit beispielsweise unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit Geltung haben (vgl. Fremuth 2015, S.44f.).

Zwar ist das Recht auf Wohnen nicht in einem gesonderten Artikel der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* von 1948 aufgeführt, ist aber als Kriterium für einen angemessenen Lebensstandard wesentlicher Bestandteil des Artikels 25, Abs.1:

Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände. (Fremuth 2015, S. 261)

Auch in Artikel 31 der europäischen Sozialcharta, die von Deutschland 1965 ratifiziert wurde, wird das Recht auf Wohnung und daraus resultierende Verpflichtungen aufgeführt (vgl. Praetor Intermedia o.J.a, o.S.):

Das Recht auf Wohnung

Um die wirksame Ausübung des Rechts auf Wohnung zu gewährleisten, verpflichten sich die Vertragsparteien, Maßnahmen zu ergreifen, die darauf gerichtet sind:

1. den Zugang zu Wohnraum mit ausreichendem Standard zu fördern;
2. der Obdachlosigkeit vorzubeugen und sie mit dem Ziel der schrittweisen Beseitigung abzubauen;
3. die Wohnkosten für Personen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen, so zu gestalten, daß sie tragbar sind. (Praetor Intermedia o.J. b)

Des Weiteren findet es im UN-Sozialpakt in Artikel 11 Abs.1 Erwähnung, der von Deutschland 1976 ratifiziert wurde und auch im selben Jahr in Kraft trat. Dort ist es ebenfalls in der Regelung zu einem angemessenen Lebensstandard aufgeführt (vgl. Mahler 2016, S. 3; vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte o.J.b):

Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Vertragsstaaten unternehmen geeignete Schritte, um die Verwirklichung dieses Rechts zu gewährleisten, und erkennen zu diesem Zweck die entscheidende Bedeutung einer internationalen, auf freier Zustimmung beruhenden Zusammenarbeit an. (Deutsches Institut für Menschenrechte o.J.b)

1991 wurde angemessenes Wohnen durch den Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (WSK-Ausschuss) in der allgemeinen Erklärung Nr.4 behandelt. Durch diese Erklärung wird angemessener Wohnraum genauer ausdifferenziert und beinhaltet demnach (vgl. Mahler 2016, S.3; vgl. Kießling 2017, S. 125):

(...) die Sicherheit im Hinblick auf die Wohnverhältnisse (Schutz vor Zwangsräumungen, Schikanen und anderen Bedrohungen), die Verfügbarkeit von Dienstleistungen, Anlagen und Infrastruktur (z. B. Trinkwasser, sanitäre Einrichtungen, Energie zum Kochen, Heizung, Beleuchtung, Müllentsorgung), die Erschwinglichkeit (angemessene Kosten), die Bewohnbarkeit (physische Sicherheit und ausreichender Platz, sowie Schutz gegen Kälte, Feuchtigkeit, Hitze, Regen, Wind, andere Gefahren für die Gesundheit), die Zugänglichkeit (Berücksichtigung von benachteiligten und marginalisierten Gruppen), die Örtlichkeit (Zugang zu Arbeitsmöglichkeiten, Gesundheitsdiensten, Schulen, Kindertagesstätten und anderen sozialen Einrichtungen) sowie die kulturelle „Angemessenheit“ (Berücksichtigung der kulturellen Identität). (Deutscher Bundestag 2016, S.4)

Demzufolge bedeutet angemessenes Wohnen mehr als beispielsweise den bloßen Schutz vor Witterungsverhältnissen. Es geht dabei vielmehr um ein der Menschenwürde entsprechendes Leben, das umfassende Sicherheit und Teilhabe ermöglicht, wofür der Zugang diskriminierungsfrei zu gewährleisten ist (vgl. Mahler 2016, S. 3; vgl. Kießling 2017, S. 125).

Gemäß Art.1 Abs. 2 in Verbindung mit der Menschenwürdegarantie des Art.1 Abs.1 bekennt sich das deutsche Grundgesetz zu den Menschenrechten. Damit verknüpft ist in den Artikeln 20 und 28 GG zudem das Sozialstaatsprinzip fixiert, woraus sich insgesamt ein allgemeiner politischer Auftrag zur entsprechenden Ausgestaltung ableiten lässt. Tatsächlich sind in der Verfassung jedoch nur wenige soziale Rechte verankert, da diese in den Augen der Verfasser*innen als zu schwer bestimmbar und kalkulierbar galten und deshalb keine einklagbaren Grundrechte darstellen sollten (vgl. Rüssmann 2016, o.S.; vgl. Pötzsch 2009a, S. 2f.; vgl. Pötzsch 2009b, S.1f.). Aus der Garantie der Menschenwürde gemäß Art. 1 Abs.1 des Grundgesetzes folgt dennoch, dass der Staat ein Existenzminimum als Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben gewährleisten muss, worunter auch das Wohnen fällt. Entsprechende prinzipiell einklagbare Rechte sind demzufolge im Sozialrecht verankert und beinhalten beispielsweise Zuschüsse für Unterkunft und Heizung oder Wohngeld. Dennoch ist allein die Angemessenheit dieser Leistungen und ihrer Berechnungsgrundlagen in Diskursen sehr umstritten und fragwürdig (vgl. Krennerich 2018, S.9). Die tatsächliche Achtung, Schutz und Gewähr-

leistung des Rechts auf angemessenen, menschenwürdigen Wohnraum, wie er im UN-Sozialpakt und entsprechenden Erklärungen spezifiziert wurde, ist in Deutschland weder in vollem Umfang gegeben⁵, noch ist dieses Recht tatsächlich einklagbar bzw. wird von Gerichten wenig beachtet (vgl. Krennerich 2018, S. 9; vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte o.J.c, o.S.). Dies ist auch dem Umstand geschuldet, dass Deutschland nach wie vor das Fakultativprotokoll zum UN-Sozialpakt nicht ratifiziert hat, weshalb die Möglichkeiten der Individualbeschwerde vor dem internationalen Expertenausschuss diesbezüglich nicht gegeben sind (vgl. Mahler 2016, S. 2). Die Rechte des UN-Sozialpakts sind durch die Ratifizierung allerdings trotzdem als einfaches Bundesrecht zu beachten (vgl. Mahler 2016, S. 4).

Zu erwähnen bleibt zudem, dass die Bundesregierung prinzipiell dazu verpflichtet ist, regelmäßig im Abstand von fünf Jahren einen Staatenbericht einzureichen. Hierzu erhält sie vom Wirtschafts- und Sozialausschuss entsprechende Kritik und Empfehlungen. Bis heute ist sie allerdings der Aufforderung, statistische Informationen hinsichtlich Altersstruktur und Geschlecht im Kontext Wohnungslosigkeit zu liefern sowie über Umfang und Ursachen zu berichten und dementsprechende Maßnahmen zu planen, nicht nachgekommen (vgl. Kießling 2017, S.126). Auch ein nationales Monitoring der in den Bundesländern durchgeführten Maßnahmen unter Einbezug bundeseinheitlicher Statistiken wird nicht umgesetzt, obwohl dies helfen könnte, entsprechende Verbesserungen bei der Umsetzung des Menschenrechts auf Wohnen zu begründen und umzusetzen (vgl. Kießling 2017, S. 126; vgl. BAG W 2018a, S. 4).

2 Professionsethischer Bezug

Die Menschenrechte stellen im Sinne einer „Realutopie“ (Staub-Bernasconi 1995, S.72) einen Werterahmen dar, der Entscheidungen und Handlungen in Form einer normativen Ausrichtung leitet (vgl. DBSH 2014). Als *Realutopie* verstanden bedeuten sie demzufolge keine unerreichbare Idee eines guten und gerechten Zusammenlebens, sondern stellen mit den zugrundeliegenden Werten, beispielsweise Gleichheit, Freiheit, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit, eine Zielrichtung dar, die es nicht nur durch staatliche Einflussnahme und Regelungen, sondern auch durch konkrete und laufend zu reflektierende Ziele und Handlungsschritte der Disziplin und Profession Soziale Arbeit zu erfüllen gilt (vgl. Staub-Bernasconi 1995, S.72; vgl. Gloe 2015, S.1f.; vgl. DBSH 2014; vgl. Staub-Bernasconi 2018). Die Orientierung der Sozialen Arbeit an diesen Werten spiegelt sich in den professionsethischen Haltungen und Prinzipien wieder, wie sie beispielsweise in der Berufsethik des DBSH aufgeführt sind. Entsprechend den obersten Prinzipien Sozialer Arbeit „Autonomie“, „Wohlfühlen“, „Nicht schaden“, „Solidarität“, „Gerechtigkeit“ und „Effektivität“ (DBSH 2014, S.27) besagen diese Haltungen und Prinzipien, dass Soziale Arbeit alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, ihrem Geschlecht oder anderen Faktoren einbezieht und dass Professionsangehörige demzufolge jede Form

⁵ Dieser Aspekt wird im Laufe der Arbeit mit Beispielen genauer dargestellt.

von Diskriminierung vermeiden bzw. ihr aktiv entgegenwirken (vgl. DBSH 2014, S.33). Die Unterstützung bei allen Prozessen, die Existenzsicherung, gesellschaftliche Teilhabe und größtmögliche Selbstbestimmung ermöglichen, bedeutet gleichzeitig auch die Unterstützung bei der Einforderung oder Inanspruchnahme elementarer Rechte jedes einzelnen, sowie deren parteiliche Interessensvertretung und Einforderung (vgl. DBSH S. 27, S. 33). Eine von Wertschätzung und Wohlwollen geprägte Haltung ist dabei grundlegend, aus ihr resultiert auch die „Haltung des ‚Nicht-Wissens‘“ (DBSH 2014, S.26), die die Biografie und Lebensentscheidungen eines jeden anerkennt und als individuelle Wege wertschätzt, wodurch gleichzeitig Vorurteile und pauschale Kategorisierungen vermieden werden (vgl. ebd.).

Ebenso ist das sozialarbeiterische Handeln vor dem Hintergrund der Orientierung an den Menschenrechten an Prozessen des sozialen Wandels sowohl auf lokaler, als auch auf nationaler und internationaler Ebene beteiligt. In diesem Kontext gilt es u.a., Missstände öffentlich zu machen und zu skandalisieren, auf politische Veränderungsprozesse Einfluss zu nehmen bzw. sich an ihnen unter Einbringung professioneller Expertise zu beteiligen (vgl. DBSH 2014, S. 33; vgl. Ebert 2018, S. 95; vgl. Staub-Bernasconi 2018). Der Bezug zu den Menschenrechten bietet demnach die Möglichkeit, Verstöße gegen diese Rechte auf allen politischen Ebenen zu thematisieren und ihre Gewährleistung einzufordern. Eine Resignation aufgrund schwieriger struktureller Bedingungen kann demzufolge in keinem Fall der Professionsethik Sozialer Arbeit entsprechen. Somit ist die Unterstützung bei der Verwirklichung des Rechts auf einen menschenwürdigen Wohnraum eine originäre Aufgabe der Sozialen Arbeit.

3 Grundlegende Aspekte der Wohnungslosigkeit

3.1 Geschichtlicher Wandel des Verständnisses von Wohnungslosigkeit

Der gesellschaftliche und politische Umgang mit Menschen ohne einen sicheren Wohnraum und die zugrunde liegenden Deutungsmuster haben sich im Laufe der Zeit verändert. Um darzustellen, welche Aspekte über die Zeit Bestand hatten oder wiederkehrten, wird im Folgenden der geschichtliche Wandel des Verständnisses von Wohnungslosigkeit skizziert.

War im Mittelalter Armut und Bettelei noch akzeptierter Teil der göttlichen Weltordnung, entstanden im 16. Jahrhundert erstmalig repressive Elemente, beispielsweise durch die Einführung von Bettlerakten. Im 17. Jahrhundert waren schließlich Besserungsanstalten in Form von Arbeits- oder Zuchthäusern verbreitet. Die Strategie der Verfolgung und Repressionen mit dem Ziel der Besserung setzte sich fort, weshalb auch im 18. Jahrhundert die Disziplinierung armer Menschen alltäglich war (vgl. Paegelow 2009, S. 22-29). Im 19. Jahrhundert entwickelte sich schließlich im Zuge der massenhaften Verelendung breiter Bevölkerungsschichten die Wandererfürsorge als Bestandteil der Armenfürsorge. Die Träger der Wandererfürsorge waren meist konfessionelle Träger, die die Grundidee der Besserung und Disziplinierung fortführten.

Es wurde zwischen *arbeitswilligen* Wanderern und anderen, sogenannten *arbeitsscheuen* Vagabunden unterschieden. Diese Zuschreibung erfolgte u.a. aufgrund der Tatbestände der Bettlei oder Landstreicherei, die durch §361 des Reichsstrafgesetzes geahndet wurden. Der Paragraph wurde erst 1974 aus dem Strafgesetzbuch entfernt (vgl. Gerull 2018, S.30ff.; vgl. Paegelow 2009, S. 22-29, vgl. Bäuml et al. 2017a, S. 20). Hierdurch werden die Stigmatisierung, Abwertung und Kriminalisierung deutlich, denen wohnungslose Menschen ausgesetzt waren. Im Nationalsozialismus mündeten diese Abwertungen schließlich in ein Höchstmaß an Verachtung. Der Begriff *Nichtsesshaftigkeit* blühte auf und wohnungslose Menschen wurden darüber hinaus als asozial gebrandmarkt, verfolgt, zwangssterilisiert oder ebenso wie andere als lebensunwert definierte Gruppen in Lagern getötet (vgl. Bäuml et al. 2017a, S.20, vgl. Schenk 2018, S.23). Die massive Verletzung elementarer Rechte in dieser Zeit führte schließlich zur Verfassung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Jahr 1948 (vgl. Praetor Intermedia o.J.c, o.S.).

Auch nach der Zeit des Nationalsozialismus hielt sich dennoch der Begriff der Nichtsesshaftigkeit, der immer auch an die Idee einer nichtsesshaften Persönlichkeitsstruktur geknüpft war. Dem Begriff inne wohnte gleichzeitig ein Verständnis von freiwilliger Lebensentscheidung gepaart mit einer Selbstverschuldung der Situation (vgl. Parnitzke 2016, S.12). Seit den 1980er Jahren stand er jedoch immer mehr wegen seines zuschreibenden Charakters in der Kritik. Im wissenschaftlichen Kontext und im öffentlichen Diskurs wurde seit dieser Zeit größtenteils schon von Wohnungslosigkeit oder Obdachlosigkeit gesprochen. Bis 2001 wurde der Begriff der Nichtsesshaftigkeit allerdings noch in der Durchführungsverordnung des damaligen §72 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) verwendet (vgl. Parnitzke 2016, S. 12, vgl. Lutz/Sartorius/Simon 2017, S. 72ff., vgl. Malyssek/Störch 2009, S.40). Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungshilfe (BAG W) hieß zum Zeitpunkt ihrer Gründung 1954 zunächst *Bundesarbeitsgemeinschaft Nichtsesshaftenhilfe*, die Umbenennung erfolgte erst 1991 (vgl. Parnitzke 2016, S.12). Als wohnungslos galten in den 1980er Jahren zunächst Einzelpersonen, während Obdachlosigkeit für Haushalte oder Familien galt (vgl. Bäuml et al. 2017a, S 21).

An der historischen und begrifflichen Entwicklung lässt sich ein grundsätzlicher Wandel des Verständnisses von Wohnungslosigkeit feststellen, der von einer individualisierenden und kriminalisierenden Zuschreibung wegzuführen scheint (vgl. Parnitzke 2016, S. 12). Dennoch ist die Beleuchtung der historischen Entwicklung der Begrifflichkeiten und der Veränderungen des Verständnisses von Wohnungslosigkeit wichtig, um Strukturen auszumachen, die nach wie vor eine individualisierende und schuldzuschreibende Ursachenkonstruktion vornehmen und damit diskriminierende und stigmatisierende Prozesse unterstützen oder aufrechterhalten. Gleichzeitig ist die Betrachtung von Bedeutung, um rückläufige Tendenzen entlarven zu können, wie sie beispielsweise im Zuge des aktivierenden Sozialstaats oder neoliberaler und rechtspopulistischer Ideologien stattfinden.

Zudem wird hierdurch deutlich, dass Wohnungslosigkeit eine Thematik der ersten Stunde der Sozialen Arbeit ist, die zugleich in Zeiten zunehmender Wohnungslosigkeit und damit einhergehender Exklusionsprozesse noch mehr in den Fokus geraten muss.

3.2 Aktuelle Begriffsbestimmung

Bislang existiert in Deutschland keine einheitliche und übergreifende Definition des Begriffs Wohnungslosigkeit. Weitestgehend Konsens herrscht jedoch darüber, dass, anlehnend an die Definition der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W), Personen oder Haushalte als wohnungslos gelten, die „ohne eigene mietrechtlich abgesicherte Wohnung (oder Wohneigentum)“ (BAG W 2010, S.1) leben und somit laut §549 BGB vom Mieterschutz ausgeschlossen sind (vgl. BAG W 2010 S. 1ff; vgl. Busch-Geertsema 2018, S.15f.). Ebenso herrscht weitestgehende Einigkeit über die Unterscheidung in wohnungslose Menschen, die sich in einer institutionellen Unterbringung befinden und jene ohne institutionelle Unterkunft. Zu ersteren zählen beispielsweise Menschen, die ordnungs- oder sozialrechtlich in Notunterkünften, städtischen Hotels oder sozialen Einrichtungen untergebracht sind, letztere sind beispielsweise Menschen, die buchstäblich auf der Straße leben oder auch jene, die vorübergehend bei Bekannten, Freund*innen oder Familienmitgliedern Unterschlupf finden. Häufig sind Übergänge zwischen beiden Bereichen fließend, da Menschen ohne Wohnung in unsicheren und dementsprechend wechselnden Wohnverhältnissen leben (vgl. BAG W 2010, S. 2; vgl. Gerull 2018, S.30f.). Die Begriffe *obdachlos* oder *Obdachlose* finden ebenfalls nach wie vor Verwendung, insbesondere um auf der Straße lebende Menschen zu beschreiben oder aber im ordnungsrechtlichen Kontext. Aufgrund des diskriminierenden allgemeinen Gebrauchs dieser Begriffe wird in dieser Arbeit jedoch auf diese Bezeichnungen weitestgehend verzichtet⁶ (vgl. Gerull 2018, S 30f.).

3.3 Aktuelle Statistik und Ausmaß in Deutschland

Nach wie vor fehlt in Deutschland eine einheitliche, bundesweite statistische Erfassung der Wohnungslosigkeit. Bislang ist Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland, das seit 2011 in Form einer „integrierte[n] Notfallberichterstattung“ (MAGS NRW 2018) eine umfangreiche statistische Erfassung der Wohnungslosigkeit als Grundlage für ein darauf aufbauendes einheitliches Hilfeprogramm der Landesregierung durchführt (vgl. MAGS NRW 2018, S.1). Die einzige Organisation, die diesbezüglich bundesweit Orientierungswerte liefert, ist die BAG W, die aber nur Schätzungen vornimmt und somit keine validen Daten liefert (vgl. BAG W 2017a).

Die aktuellsten Schätzungen der BAG W bietet die Pressemitteilung aus dem November letzten Jahres. Seit 2016 werden bei diesen Schätzungen auch wohnungslose anerkannte Geflüchtete erfasst. Insgesamt waren im Jahr 2016 nach dieser Schätzung 860.000 Menschen in

⁶ Die Begriffe werden nur verwendet, wenn es der Bezug zu einer Studie o.ä. notwendig macht.

Deutschland ohne Wohnung, was einen Anstieg um 150% zum Jahr 2014 bedeutet. Ohne die Gruppe der Geflüchteten wären es im Jahr 2016 ca. 420.000 Menschen gewesen. Die Einwanderung syrischer Geflüchteter hat somit das Problem des Mangelbestands preiswerter Wohnungen besonders deutlich gemacht (vgl. BAG W 2017a, S.1f.). Für die Jahre 2017 und 2018 wird ein weiterer Anstieg auf 1,2 Millionen Menschen prognostiziert (vgl. BAG W 2017a, S.1). Allein in der Gruppe der 420.000 Menschen ohne anerkannte Geflüchtete leben laut Schätzung der BAG W ca. 52.000 Menschen ohne jeglichen Schutz einer Unterkunft auf der Straße. Innerhalb dieser Gruppe wird von einem hohen Anteil Menschen mit osteuropäischer Abstammung ausgegangen (vgl. BAG W 2017a, S.1; vgl. Krennerich 2018, S.11f.).

Zusammenfassend zeigen die Schätzungen, wie dramatisch sich die Situation in Deutschland darstellt und dass sich das menschenrechtliche Problem ohne entsprechend geeignete Gegenmaßnahmen wahrscheinlich in Zukunft massiv verschärfen wird.

3.4 Ursachen

Zunächst gilt es festzuhalten, dass es nicht eine alles erklärende Ursache für Wohnungslosigkeit oder Wohnungsnot gibt, vielmehr sind es vielfältige Bedingungsgefüge aus strukturellen, gesellschaftlichen bzw. sozioökonomischen Faktoren und spezifischen Lebenslagen und Situationen, die dazu führen können, dass Menschen ihre Wohnung verlieren oder von Wohnungsverlust bedroht sind (vgl. Malyssek/Störch 2009, S. 28, S. 38f.). Dennoch ist bei aller Heterogenität der Bedingungsgefüge ein entscheidender Faktor in diesem Kontext der Mangelbestand an finanzierbarem Wohnraum, welcher eine schwer überwindbare Rahmenbedingung bzw. Hürde darstellt. Dieser Mangel trifft u.a. auf eine Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, die beispielsweise durch Leih- bzw. Zeitarbeit, befristete Verträge, geringfügige Beschäftigungen und Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse entstehen (vgl. BpB o.J., o.S.). Dadurch bedingt existieren viele Haushalte mit Niedrigeinkommen und daraus resultierender Armut trotz Arbeit, wodurch der zur Verfügung stehende Wohnraum schwer erreichbar wird (vgl. BAG W 2015, S. 106). Der Wohnungsmarkt ist vor allem in den Ballungszentren hart umkämpft, was durch die im Jahr 2015 hinzugekommene Anzahl syrischer Geflüchteter noch weiter verschärft wurde. Wohnungspolitisch wurde allerdings schon lange vorher eine Mangelsituation in Kauf genommen (vgl. Reichenbach 2016, S. 108; vgl. BAG W 2015, S.106f.). Vor diesem Hintergrund kann beobachtet werden, dass die soziale Wohnungspolitik seit vielen Jahren rückläufig ist und der Wohnungsmarkt zunehmend Bedingungen des freien Marktes überlassen wird. Dies kann beispielsweise daran festgemacht werden, dass Sozialbindungen von Wohnungen ausgelaufen sind, im Gegenzug aber kaum neue Sozialwohnungen gebaut wurden, um diesem Prozess entgegenzusteuern (vgl. BAG W 2015).

Der Bestand belegungsgebundener Sozialwohnungen hat sich seit 1990 laut Statistiken der BAG W mehr als halbiert (vgl. BAG W 2017a, vgl. BAG W 2017b o.S.). Zudem wurden sowohl auf kommunaler, als auch auf Länder- und Bundesebene Wohnungsbestände an private Anleger verkauft, um Finanzhaushalte aufzufüllen, so dass sie nicht mehr als Wohnraumreserven fungieren können (vgl. Busch-Geertsema 2018, S.17ff.). Grundsätzlich existieren zu wenig Kleinwohnungen, wodurch sich die Mietpreise für diese Wohnungskategorie vor allem in den Großstädten stark erhöht haben. Dies ist besonders dramatisch, da gerade Einpersonenhaushalte zu der größten Gruppe der Wohnungssuchenden zählen (vgl. BAG W 2017a, S.1). Zusätzlich fanden und finden Prozesse der Gentrifizierung statt und schließen dadurch ebenfalls Mieter mit wenig Einkommen aus (vgl. BAG W 2015, S. 106). Es fehlen zudem Maßnahmen, um z.B. durch Quoten zu gewährleisten, dass geförderte Wohnungen an wohnungslose Menschen vermietet werden. Auch das gezielte Anwerben freier Bestände bei privaten Vermieter*innen für wohnungslose Menschen findet auf keiner Ebene ausreichend statt und Fördermaßnahmen auf Bundes- oder Länderebene diesbezüglich fehlen (vgl. BAG W 2017a). Die geplanten Maßnahmen des im September dieses Jahres durchgeführten Wohngipfels können ebenfalls trotz einiger grundsätzlich positiver Tendenzen in Bezug auf die Lösung des Problems sehr kritisch betrachtet werden. Das sehr in den Vordergrund gestellte Baukindergeld wird beispielsweise kaum einkommensarme Haushalte erreichen. Auch die Förderung des sozialen Wohnungsbaus bis 2021 sowie die Verzögerung der Anhebung des Wohngeldes wirken gemessen an der Zahl der wohnungslosen Menschen mehr als unzureichend (vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2018, o.S.; vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2018, o.S.). Die Entwicklungen des freien Wohnungsmarktes und ansteigender Mieten werden nur ungenügend reguliert, um angemessene Wohnungen auch für arme Haushalte zugänglich zu machen (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2018, o.S.). Betrachtet man vor diesem Hintergrund beispielsweise die Maßnahmen, welche in der europäischen Sozialcharta festgehalten sind, macht dies umso deutlicher, dass der Staat den Zugang zu angemessenem Wohnraum unzureichend fördert.

Neben diesen grundsätzlich unzureichenden Maßnahmen und Unterstützungsleistungen zur Reduzierung der Armut und Wohnungslosigkeit können zahlreiche Maßnahmen im Rahmen des SGBII-Bezugs als eine Bedingung für die Entstehung massiver Armut und daraus resultierender Wohnungslosigkeit herausgestellt werden (vgl. BAG W 2015, S. 105-107; vgl. BAG W 2017a). Leistungsberechtigte der Grundsicherung für Arbeitssuchende werden nach §§31ff. SGBII sanktioniert. Dies entspricht dem grundsätzlichen Prinzip „Fördern und Fordern“ des 1. Kapitels SGBII, das in Kombination mit §31 Abs.1 Nr.1 den Leistungsberechtigten bei Verletzungen der darin aufgeführten Mitwirkungspflichten indirekt unterstellt, nicht alles dafür leisten zu wollen, um ihre Hilfsbedürftigkeit abzuwenden, was u.a. durch die Verwendung der Begrifflichkeit „weigern“ (§31 Abs.1 Nr.1) zum Ausdruck gebracht wird. Ziel der Sanktionen ist gemäß

§1 S.1 SGBII die Stärkung der „Eigenverantwortung“. Ames nennt das tendierte Ziel der Gesetzgebung in diesem Kontext „‘Erzieherischer‘ Effekt der Sanktionen“ (2009, S. 162) und hebt in den Ergebnissen ihrer Untersuchung hervor, dass die Folgen der Sanktionen in keiner Weise so interpretiert werden könnten, dass Eigenverantwortung gestärkt würde oder dass sie zu einer generellen Aktivierung der sanktionierten Leistungsbezieher*innen führen würden (vgl. Ames 2009, S. 162-167, vgl. Deutscher Bundestag 2017, S. 5). Die Auswirkungen der schrittweisen Reduzierung des Arbeitslosengelds II bei Pflichtverletzungen sind im Gegenteil sogar verheerend sowohl in Bezug auf finanzielle als auch auf soziale Folgen. So konnte Ames soziale Isolationstendenzen bei den Betroffenen nachweisen (vgl. Ames 2009, S.160, S. 171f.). Für Leistungsberechtigte unter 25 Jahren gelten besonders strenge Sanktionskriterien (vgl. Ames 2009, S. 140; vgl. Bundestag 2017, S. 5). Die Kürzungen gehen hier sogar so weit, dass auch die Leistungen zur Übernahme von Unterkunft und Heizung komplett gestrichen werden (vgl. Deutscher Bundestag 2017, S. 4; vgl. Berner/Holm/Jensen 2015, S. 79). Demzufolge nimmt die Gesetzgebung durch die Sanktionen eine elementare Gefährdung der Existenz in Kauf.

Eine 2015 im Auftrag der Humboldt-Universität durchgeführte Studie untersuchte u.a. das Ausmaß von Zwangsräumungen der letzten Jahre in Berlin. Dabei wurde das Jobcenter auf verschiedenen Ebenen als „Räumungsverursacher“ (Berner/Holm/Jensen 2015, S.79) identifiziert. So kommt es beispielsweise nicht selten zu Verzögerungen bei Transferleistungen zwischen Beschäftigung und Nichtbeschäftigung, wodurch eine Verspätung der Mietzahlung für die Betroffenen unausweichlich wird und entstandene Rückstände sich häufen bzw. nicht ausgeglichen werden können. Ebenso führen Verzögerungen von Bewilligungen dazu, dass Vermieter*innen auf Mieter*innen zurückgreifen, die ein geringeres Risiko darstellen. Auch die bereits beschriebenen Sanktionen der §§31ff. wurden als ursächlich für Kündigungen und Zwangsräumungen herausgestellt (vgl. Berner/Holm/Jensen 2015, S. 79; vgl. Gillich/Sehring 2014). Eine 2012 durchgeführte qualitative Studie mit Leistungsbezieher*innen unter 25 Jahren kam ebenso zu dem Ergebnis, dass durch die Sanktionen Exklusionsprozesse verursacht bzw. Teilhabe verhindert wird und dass in diesem Kontext der Verlust der Wohnung eine der schwerwiegenden Folgen darstellt (vgl. Deutscher Bundestag 2017, S. 10f.).

Ohnehin wird an vielen Stellen diskutiert, inwieweit der ALGII-Regelsatz ein der Menschenwürde entsprechendes Leben tatsächlich ermöglichen kann. Aus dem gleichen Grund können die Mietobergrenzen im Rahmen des SGBII angezweifelt werden, die die Situation zusätzlich verschärfen (vgl. BAG W 2015, S.105ff.). Erschwerend kommt häufig der Umstand hinzu, dass Menschen, die sich im ALGII-Bezug befinden, keine Lohnbescheinigungen vorweisen können oder durch negative SCHUFA-Einträge bei der Wohnungssuche auch bei im Rahmen der Mietobergrenzen akzeptierten Wohnungen im Nachteil sind (vgl. Gillich/Sehring 2014, S.80). Bei bereits wohnungslosen Menschen kann die Adresse eines Wohnheims oder des Sozialamts

einen Grund für Ablehnung darstellen (vgl. Gerull 2014, S. 32ff.). Dies geschieht im Kontext ablehnender Haltungen, aufgrund derer wohnungslose Menschen diskriminierenden und mitunter respektlosen Verhaltensweisen auf Seiten einiger Vermieter*innen ausgesetzt sind (vgl. Gerull 2018, S. 32ff.). Ebenso kommt es neben Zwangsräumungen zu Kündigungen wegen Eigenbedarf oder aufgrund durchgeführter Modernisierungsarbeiten zu Mieterhöhungen, die nicht mehr leistbar sind (vgl. Köppen 2017, S. 70). Die genannten Aspekte sind vor allem vor dem Hintergrund der zuvor dargestellten geschichtlichen Entwicklung des Verständnisses von Wohnungslosigkeit zentral, da sie durch ihre repressiven Strukturen eine alarmierende rückläufige Entwicklung offenbaren.

All diese Bedingungen führen dazu, dass Menschen wohnungslos werden. Hierdurch steigt die Zahl jener Menschen, die in Notunterkünften oder auf der Straße und dadurch oft in menschenunwürdigen Verhältnissen leben müssen, weiter an. Frauen und junge wohnungslose Menschen leben oft in sogenannten „Mitwohnverhältnissen“ (BAG W 2015, S. 106), die eine besondere Gefährdung, beispielsweise in Form von sexualisierter Gewalt oder Ausbeutung darstellen (vgl. Gerull 2014, S.31ff.) Somit ist sowohl das Wohnen bei Freund*innen und Bekannten, als auch das Unterkommen in Notunterkünften in keiner Weise mit einem Wohnraum gleichzusetzen, der einem menschenwürdigen Lebensstandard gemäß den Menschenrechten entspricht. Solch prekäre Wohnverhältnisse bieten oft weder Sicherheit oder Schutz, noch Privatsphäre oder tatsächliche Geborgenheit. Ebenso sind die hygienischen Standards zu oft mangelhaft. Je stärker der „Unterbringungsdruck“ (vgl. BAG W 2015, S.105ff.) aufgrund der Situation auf dem knappen Wohnungsmarkt wird, desto eher steigen die Risiken, dass grundlegende Standards nicht eingehalten werden. Sartorius formuliert es zusammenfassend im Rahmen einer kritischen Betrachtung des 5. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung folgendermaßen: „eine Wohnung [ist] in unseren Breiten eben kein beliebiges Konsumgut wie Auto oder Zahnbürste, sondern im Wortsinn eine existenzielle Notwendigkeit ... Armut kann auch im Hinblick auf fehlenden Wohnraum lebensgefährlich sein.“ (Sartorius 2017, S.48)

Diese strukturellen Bedingungen für sich genommen stellen bereits ein hohes Risiko für Wohnungsverluste dar. Oft treffen diese Bedingungen zusätzlich auf individuelle Schicksale. So kann beispielsweise eine kritische Lebensperiode oder ein Lebensereignis dazu führen, dass eine Reaktionskette in Gang gesetzt wird, die aufgrund temporär nicht nutzbarer Bewältigungskompetenzen zu einem Wohnungsverlust führt (vgl. Gerull 2014, S. 30ff). Dies können posttraumatische Belastungsstörungen als Folge eines traumatischen Erlebnisses oder Depressionen sein, die einen Arbeitsplatzverlust nach sich ziehen, welcher wiederum aufgrund kumulativer Effekte durch Sanktionierungen zum Wohnungsverlust führt. An anderer Stelle kann der Arbeitsplatzverlust ursächlich für eine Depression sein oder der Beginn eines kompensatorischen Substanzgebrauchs. Oder aber die Zukunftsängste aufgrund angehäufter

Mietschulden bei einem gleichzeitigen Mangel an Unterstützung bzw. Unterstützungsleistungen führen zu Rückzug und Isolation und letztlich zu einem Wohnungsverlust, der diese Entwicklung noch weiter verstärkt. Es sind viele Möglichkeiten denkbar (vgl. Gerull 2014, S. 30ff.). Der Wohnungsverlust zieht eine Folge von sozialen Exklusionsprozessen nach sich, die von Scham- und Versagensgefühlen geprägt sind (vgl. Gerull 2018, S. 32f.; vgl. BAG W 2015, S. 105ff.).

Zusammenfassend werden dem Mangelbestand an geeigneten Wohnungen nicht die entsprechenden Regelungen, Unterstützungsleistungen und präventiven Maßnahmen entgegengesetzt, um für die Gewährleistung des Rechts auf Wohnen Sorge zu tragen. Hierdurch wird der Zugang für besonders vulnerable und einkommensarme Gruppen erschwert und die Privilegierung einkommensstarker Personen oder Haushalte forciert. Darüber hinaus führen die im Kontext des aktivierenden Sozialstaats entstandenen Praktiken dazu, dass eine Verletzung des Rechts auf Wohnen durch Entzug existenzsichernder Leistungen in Kauf genommen wird, wodurch der Staat auch seiner Achtungspflicht bezüglich der Menschenrechte nicht nachkommt (vgl. Deutsches Institut für Menschenrecht o.J.c, o.S.). Zudem bedeutet die erkennbare Tendenz in Richtung repressiver Praktiken im Kontext des aktivierenden Sozialstaats eine Form der Zuschreibung und Diskriminierung, der die Profession Soziale Arbeit durch Skandalisierung und Beteiligung an der Veränderung dieser Strukturen begegnen muss.

4 Das aktuelle System der Wohnungslosenhilfe

Im Folgenden soll skizziert werden, wie das deutsche System der Wohnungslosenhilfe im Rahmen der aktuellen Gesetzesgrundlagen dem sozialen Problem Wohnungslosigkeit begegnet und welche Entwicklungsnotwendigkeiten sich daraus ergeben.

Das Hilfesystem genau einzugrenzen, ist im Kontext von Wohnungslosigkeit in Deutschland nicht einfach. Dies ist unter anderem der föderalistischen Ausrichtung geschuldet, aufgrund derer Maßnahmen und Ausgestaltung weitestgehend in den Verantwortungsbereich der Kommunen und Länder fallen und demzufolge ein einheitlicher nationaler Aktionsplan trotz zahlreicher Forderungen der beteiligten Akteur*innen bislang fehlt (vgl. Parnitzke 2016 S.2; vgl. Gerull 2014, S.30-36). Dementsprechend ist die Umsetzung vielfältig, Parnitzke bezeichnet sie als „ein fragmentiertes Mosaik“. (2016, S.2)

Grundsätzlich ist der sozialrechtliche Rahmen, auf den die Hilfe für wohnungslose Menschen in Deutschland fußt, hauptsächlich in den Paragraphen 67ff. SGB XII geregelt: „Personen, bei denen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind, sind Leistungen zur Überwindung dieser Schwierigkeiten zu erbringen, wenn sie aus eigener Kraft hierzu nicht fähig sind.“ (§67 SGB XII). Zu diesen besonderen Lebensverhältnissen zählt Wohnungslosigkeit (vgl. DVO §67 ff. SGBXII). Die Hilfen werden zum einen durch die örtlichen und überörtlichen Träger der Sozialhilfe als für die Durchführung und Finanzierung zuständigen

Leistungsträger und zum anderen durch die freiverbandlichen Träger als Gestalter der Leistungen in Form von niedrig bis hochschwelligen, teil- bis vollstationären oder ambulanten Angeboten erbracht. Die Hilfe wird demnach beispielsweise in Wohnhäusern, Tagesbetreuungen bzw. Tagesaufenthalten, ambulant betreutem Wohnen, Straßensozialarbeit und Fachberatungsstellen umgesetzt (vgl. Lutz/Sartorius/Simon 2017, S. 97; vgl. Specht 2018a, S.46-54, vgl. BAGW 2018a, S.1). Während die sozialarbeiterische Unterstützung über den §67 SGBXII finanziert wird, müssen Wohnkosten von den Bewohner*innen selbst oder i.d.R. über §22 SGBII oder §35 SGBXII in Form von Kosten der Unterkunft erbracht werden (vgl. SGBII; vgl. SGB XII; vgl. Gerull 2014, S. 33f.).

Parallel dazu stellt die ordnungsrechtliche Unterbringung den anderen Zweig des Hilfesystems dar. Sie erfolgt durch die jeweils zuständigen Behörden mit der Intention der Abwendung von Gefahren der Obdachlosigkeit auf Basis der entsprechenden Polizei- und Ordnungsgesetze der jeweiligen Bundesländer. Diese Unterbringungen sind meist Not-, Schlicht- oder Ersatzunterkünfte (vgl. Busch-Geertsema 2018, S. S.19ff.; vgl. Specht 2018a, S. 55; vgl. Lutz/Sartorius/Simon 2017, S. 97f.) Sowohl Pensionen, als auch Gemeinschaftsunterkünfte oder Notwohnungen gelten als Notunterkünfte. Hierbei muss beispielsweise festgestellt werden, dass eine ausreichende Versorgung mit entsprechenden Notunterkünften besonders in ländlichen Gegenden nach wie vor oft unzureichend ist. Insbesondere eine geschlechtsspezifische bzw. gendersensible Unterbringung ist trotz spezifischer Bedarfe häufig nicht gegeben.⁷ Die Unterkünfte entsprechen darüber hinaus nach wie vor in vielen Fällen nicht den Ansprüchen an eine menschenwürdige Unterkunft, da hygienischen Kriterien oder dem Bedürfnis bzw. Recht auf Privatsphäre nicht entsprochen wird. Zudem ist die Flüchtigkeit vieler Unterkünfte zu erwähnen, da sie häufig tagsüber verlassen werden müssen und somit nicht mehr als einen Unterschlupf für die Nacht darstellen (vgl. Lutz/Sartorius/Simon 2017, S. 98ff.).

Der Bereich der Prävention für von Wohnungsnot betroffene Menschen nimmt grundsätzlich einen noch zu kleinen Anteil innerhalb des Hilfesystems ein, konstatiert vor allem die BAG W, obwohl es in §68 Abs.2 SGB XII heißt: „Die Leistungen umfassen alle Maßnahmen, die notwendig sind, um die Schwierigkeiten abzuwenden, zu beseitigen, zu mildern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten.“ Frühzeitige präventive Interventionen könnten Wohnungsverluste, beispielsweise durch Kündigungen oder als Folge von Räumungsklagen viel häufiger verhindern helfen und somit vor Einsetzen zahlreicher weiterer Exklusionsprozesse eine mögliche Wohnungslosigkeit von vornherein *abwenden*, wie es im Gesetz formuliert ist (vgl. BAG W 2018a, S. 6).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das aktuelle Hilfesystem an vielen Stellen das Recht auf Wohnen nicht ausreichend gewährleistet, da beispielsweise viele Unterkünfte durch

⁷ Auf diesen Missstand wird in 5.1 näher eingegangen.

geringe Privatsphäre, mangelnde hygienische Ausgestaltung und unzureichenden Schutz vor anderen Gefahren den menschenrechtlichen Ansprüchen und denen anderer wesentlicher internationaler Abkommen in Bezug auf das Recht auf Wohnen nicht entsprechen (vgl. Lutz/Sartorius/Simon 2017, S. 98ff.). Die Weigerung der Regierung, bundeseinheitlich wesentliche statistische Daten zu erfassen gekoppelt an die Weigerung der Durchführung eines einheitlichen Monitorings erschweren oder verhindern darüber hinaus den weiteren Ausbau gezielter präventiver Maßnahmen, die einen Wohnungsverlust verhindern könnten (vgl. Busch-Geertsema 2018, S. 16f.; vgl. Kießling 2017, S. 126f.).

Wie die genaueren Bedingungen und Folgen dieser unzureichenden Gewährleistung und Behinderung des Rechts auf Wohnen in Bezug auf unterschiedliche Adressat*innen, ihre Lebenslagen und wesentliche Bedarfe sowie auf besondere Schwierigkeiten und Bewältigungsaufgaben aussehen, wird deshalb in den nächsten Kapiteln differenzierter beleuchtet.

5 Differenzierte Betrachtung der Wohnungslosigkeit

Auch wenn im Folgenden zum Teil eine Einteilung wohnungsloser Menschen in verschiedene Kategorien erfolgt, ist damit nicht eine pauschale Zuschreibung oder Reduzierung der Betroffenen beabsichtigt. Vielmehr geht es um eine differenziertere, multiperspektivische Betrachtung des Phänomens Wohnungslosigkeit und die daraus resultierenden vielfältigen Schwierigkeiten und Teilhabebbarrieren. Hierdurch können wesentliche Bedarfe der Adressat*innen herausgearbeitet und die aktuelle Situation mit Blick auf die Umsetzung des Rechts auf Wohnen beurteilt werden (vgl. Steckelberg 2018, S. 38).

5.1 Gender

In Bezug auf Menschen, die sich nicht den binären Kategorien männlich und weiblich zugehörig fühlen oder sich jenseits der heteronormativen gesellschaftlichen Ausrichtung als lesbisch, schwul, bisexuell, trans oder auf andere Weise (LSBT*) identifizieren, ist die Forschungslage im Kontext Wohnungslosigkeit vor allem in Deutschland aktuell sehr dünn (vgl. Steckelberg 2018, S. 38f.). Eine englische Studie aus dem Jahr 2015 kommt jedoch beispielsweise zu dem Ergebnis, dass wohnungslose Menschen, die sich als LSBT* identifizieren, einem wesentlich höheren Risiko ausgesetzt sind, trans- oder homophobe Diskriminierung und Gewalt zu erfahren (vgl. The Albert Kennedy Trust 2015, S. 13; vgl. Steckelberg 2018, S. 39). Bei jungen Menschen kann das Coming Out in ohnehin konfliktbehafteten familiären Beziehungen dazu führen, dass sich die Konflikte zuspitzen und hierdurch die Flucht aus der Familie nötig wird oder aber ein Ausschluss aus der Familie erfolgt (vgl. Steckelberg 2018, S. 39). Darüber hinaus nehmen Menschen, die sich als LSBT* identifizieren, seltener Hilfe in Anspruch. Dies ist möglicherweise dem Umstand geschuldet, dass sie auch in den Einrichtungen des Hilfesystems zahlreichen Diskriminierungen und Gewalt ausgesetzt sind (vgl. ebd.). In Deutschland ist

nicht nur ein Forschungsdefizit festzustellen, sondern auch ein Mangel an entsprechend sensiblen Angeboten und Einrichtungen für Menschen, die nicht den Ansprüchen der heteronormativen und binären Kategorien entsprechen. An dieser Stelle gilt es demnach, spezifische Bedarfe zu untersuchen und entsprechende Möglichkeiten und Interventionen abzuleiten, um den vielfältigen Diskriminierungsprozessen zu begegnen. Dies muss neben dem Ziel der Versorgung mit Wohnraum und entsprechend sensibler Hilfsangebote auch auf Ebene der Prävention geschehen (vgl. Steckelberg 2018, S. 39).

In Bezug auf weibliche Wohnungslosigkeit existieren seit den 1980er Jahren einige Studien⁸. Ein zentrales Untersuchungsergebnis ist hierbei die mangelnde Sichtbarkeit weiblicher Wohnungslosigkeit (vgl. Gerull 2014, S.31ff.). Während die männliche Wohnungslosigkeit in öffentlichen Bildern, beispielsweise in der Medienberichterstattung in Form des auf der Straße lebenden Mannes verbreitet und präsent ist, befinden sich Frauen häufig in einer verdeckten Notlage, die deshalb nicht als solche erkannt wird. Frauen leben beispielsweise lange in Mitwohnverhältnissen oder „Zwangspartnerschaften“ (Gerull 2014, S.31ff.), in denen sie für das Dach über dem Kopf im Gegenzug hauswirtschaftliche Gefälligkeiten verrichten müssen oder sexuelle Ausbeutung und Missbrauch erfahren. Diese von Abhängigkeit geprägten Wohnverhältnisse bieten keinerlei Sicherheit, da bei Konflikten oder Verweigerung von Gefälligkeiten jederzeit die Vertreibung erfolgen kann (vgl. Gerull 2014, S.31ff.; vgl. BAG W 2012, S.1ff.). Carla Wesselmann stellte in ihrer 2009 durchgeführten Studie zu biografischen Verläufen und Handlungsmustern wohnungsloser Frauen heraus, dass beinahe 90% der von ihr befragten Frauen entweder vor oder während der Wohnungslosigkeit Gewalt erlebt haben (vgl. Wesselmann 2009, S. 25). Klassische weiblich einzustufende Armutsrisiken tragen u.a. dazu bei, dass derartige Wohnverhältnisse genutzt werden. Häufig kommt es nach Trennungen zu finanziellen Notlagen, weil beispielsweise durch Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit, langjährige geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, geringerem Lohnniveau oder unbezahlter Haus- und Familienarbeit die finanziellen Möglichkeiten stark eingeschränkt sind (vgl. BAG W 2012). Die nach wie vor existierenden tradierten geschlechtshierarchischen Verhältnisse, in denen Frauen durch den Mann zumindest zum Teil finanziell versorgt werden, legitimieren zudem indirekt die Zwangspartnerschaften, da ihnen hierdurch eine gewisse Normalität anhaftet. Darüber hinaus existiert eine hohe Schamswelle, aufgrund derer Frauen seltener oder erst sehr spät institutionelle Hilfen in Anspruch nehmen (vgl. Köppen 2017, S. 70ff.). Dies hängt u.a. damit zusammen, dass Frauen durch die sichtbare Wohnungslosigkeit „die für sie vorgesehene private Sphäre verlassen und in ihrer Zuständigkeit für Familie und Kinder versag[en]“ (Steckelberg 2018, S. 38) und somit durch die Wohnungslosigkeit die wahrgenommenen genderspezifischen Erwartungen nicht erfüllen können (vgl. Steckelberg 2018, S. 38; vgl. Gerull

⁸ Vergleiche hierzu z.B. Bodenmüller 2010 mit einer Studie aus dem Jahr 1995 oder Enders/Dragässer/Sellach 2005.

2014, S.31f.; vgl. BAG W 2012, S.2ff.). Allerdings zeigt sich in Gegenden, in denen frauenspezifische Einrichtungen oder Angebote vorhanden sind, eine höhere prozentuale Frauenquote als der sonst übliche Anteil von aktuell ca. 27%, so dass vermutet werden kann, dass fehlende adäquate und spezifische Angebote, die u.a. Sicherheit vor Übergriffen bieten, einen zusätzlichen Grund für die eher verdeckte Wohnungslosigkeit bei Frauen darstellen (vgl. BAG W 2017a, S.1; vgl. Gerull 2014, S.31ff.). Geraten Frauen doch in die offensichtliche Wohnungslosigkeit, sind sie auf der Straße oder in den meisten entsprechenden Unterkünften ebenfalls häufig von hierarchischen Strukturen umgeben und vermehrt Gewalt oder sexueller Belästigung ausgesetzt (vgl. Lutz/Sartorius/Simon 2017, S.170ff.; vgl. Giffhorn 2018b). Altersstrukturell lässt sich zudem beobachten, dass von Wohnungslosigkeit betroffene Frauen durchschnittlich jünger sind, als wohnungslose Männer. In der Kategorie der 18-25jährigen ist der Frauenanteil besonders ausgeprägt. Dies hängt u.a. damit zusammen, dass sie häufig vor konfliktbehafteten und/oder von Gewalt geprägten familiären Verhältnissen durch Auszug zu entkommen versuchen und dies dementsprechend ungeplant und überstürzt geschieht. Die Kosten für Unterkunft und Heizung bei unter 25jährigen werden im Rahmen des SGBII aber nur übernommen, wenn die Wohnung vor Zustandekommen des Mietvertrages genehmigt wurde (vgl. BAG W 2012, S.2). Diese Bedingung trifft zudem häufig auf Unkenntnis über geeignete Hilfen oder Unterstützungsmaßnahmen oder die Angst vor den überfordernden Prüfungen zur Leistungsberechtigung im Rahmen verwirrender gesetzlicher Vorgaben. Wenn unter 25jährige Frauen aus konfliktbelasteten Verhältnissen flüchten müssen, kommen häufig auch Berufsausbildungen zu kurz, was die finanziellen Möglichkeiten noch weiter einschränkt (vgl. Rosenke 2018a, S. 303-306). Darüber hinaus muss bedacht werden, dass einige der Frauen alleinerziehende Mütter sind, bei denen es nicht selten im Kontext der krisenhaften Episoden zu einer Trennung von ihren Kindern kommt, weil diese fremduntergebracht werden (vgl. Mauter 2017, S. 69; vgl. BAG W 2012, S. 3). Gepaart mit den durch die Wohnungslosigkeit verbundenen ungünstigen Voraussetzungen sind die Chancen der Rückführung gering, was die Hilflosigkeit diesbezüglich verstärkt. Ein Kreis aus Schuld- und Versagensängsten kann hierdurch entstehen (vgl. BAG W 2012, S.3). Letztlich ergaben Befragungen, dass ein Großteil der wohnungslosen Frauen sich eine eigene Wohnung wünscht und Gemeinschaftsunterkünfte vermeidet (vgl. Rosenke 2018a, S. 305f.).

Der genderspezifische Blick auf Wohnungslosigkeit bei Männern fand und findet in der Forschung sehr viel seltener statt. Das hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass der Blick auf Wohnungslosigkeit generell auf die Hauptgruppe der männlichen wohnungslosen Menschen gerichtet ist, hierdurch wurde jedoch nur selten mit Blick auf das soziale Geschlecht und daran gebundene gesellschaftliche Erwartungen, Deutungsmuster, Bedarfe und Risiken männlicher Wohnungsloser geforscht (vgl. Gerull 2014, S. 31ff.; vgl. Fichtner 2005, S. 4). In einer bereits

2005 durchgeführten qualitativen Studie zu „Deutungsmustern und Lebenslagen bei männlichen Wohnungsnotfällen“ (Fichtner 2005) wurde herausgestellt, dass Männer durch Wohnungslosigkeit einen massiven Verlust ihrer Autonomie erleben, der u.a. dadurch hervorgerufen wird, dass sie in Situationen der Wohnungsnot auf Unterstützung angewiesen sind. Vor diesem Hintergrund fühlen sie sich vor allem durch behördliche Hilfsangebote abgewertet, wodurch die Bereitschaft abnimmt, derartige Hilfen aufzusuchen oder anzunehmen (vgl. Fichtner 2005, S. 164ff.). Fichtner betrachtet diese Ergebnisse u.a. aus der Perspektive des Konzepts der hegemonialen Männlichkeit nach Connell und interpretiert sie dementsprechend. „Als Barriere ist dabei vor allem zu bewerten, dass in der Situation des Angewiesenseins auf diese Hilfe, in der ohnehin kaum Handlungsmuster zur Verfügung stehen, die mit Bildern von erfolgreichen und autonom agierenden Männern vereinbar scheinen, eine deutlich erhöhte Verletzbarkeit durch Abwertung besteht.“ (Fichtner 2005, S. 165) Die Ablehnung vor allem behördlicher Hilfsangebote wird demnach durch die Unvereinbarkeit von hegemonialen Männlichkeitsbildern, bei denen Mannsein mit Attributen wie Stärke, Macht, Dominanz und Autonomie assoziiert wird, und den formal stark vorgegebenen und zum Teil sogar repressiven Strukturen dieser Hilfe ausgelöst (vgl. Connell 2014). Als Beispiel hierfür können die in 3.4 beschriebenen Sanktionen im Rahmen des SGB II genannt werden (vgl. Fichtner 2005, S. 165). Hierzu passend zeigte sich bei dieser Untersuchung, dass ambulante Angebote eher akzeptiert und angenommen werden, da sie nicht oder selten als Einschränkung der Autonomie erlebt werden. Ein weiteres zentrales Ergebnis der Studie ist der Stellenwert, den „spezifische Betreuungspersonen“ (Fichtner 2005, S. 165) einnehmen. Sie wurden von den meisten Befragten als positive Unterstützung empfunden und als Hilfen zur Orientierung auf dem Weg zu mehr Selbstbestimmung angenommen. Wichtig für die Annahme dieser unterstützenden professionellen Beziehungen war neben fachlichem Wissen die über formale Aspekte hinausgehende Nähe zur Lebenswelt der Männer (vgl. ebd.).

Zusätzlich zu den aufgeführten Aspekten muss erwähnt werden, dass auch wohnungslose Männer vermehrt Aggressionen und Gewalt ausgesetzt sind (vgl. Giffhorn 2018b). Gewalttaten gegen wohnungslose Männer könnten zusätzlich zur Abwertung aufgrund des Kriteriums der Wohnungslosigkeit wiederum vor dem Hintergrund der hegemonialen Männlichkeit als Abwertung jener Männer und ihrer Männlichkeit gewertet werden, die nicht dem Bild eines erfolgreichen, dominanten Mannes entsprechen. Männer haben vor diesem Hintergrund kaum Möglichkeiten, über diese Gewalterfahrungen zu sprechen und sich dennoch nicht dem Stigma eines Opfers oder des unmännlichen Mannes ausgesetzt zu fühlen (vgl. Steckelberg 2018, S.39). Ähnliches gilt für Menschen, die sich als LSBT* identifizieren. Generell scheint der Forschungsbedarf hinsichtlich genderspezifischer Bedingungen der Wohnungslosigkeit, grundlegender Teilhabebarrieren oder Barrieren in Bezug auf das Hilfesystem und daraus resultieren-

der spezifischer Bedarfe und letztlich in der Folge in Bezug auf die Wirksamkeit der Unterstützungsangebote sehr groß (vgl. Gerull 2014; vgl. Giffhorn 2018b S. 275ff.; vgl. Steckelberg 2018, S. 38f.).

Zusammenfassend weist der genderspezifische Blick auf wohnungslose Menschen zahlreiche Bedingungen des Hilfesystems auf, die den Zugang und die Möglichkeiten der Inanspruchnahme geeigneter Unterstützungsmaßnahmen behindern oder zumindest erschweren. Für von Wohnungslosigkeit betroffene Frauen oder Menschen, die sich als LSBT* identifizieren, existieren beispielsweise kaum adäquate Angebote und Unterkünfte, die Sicherheit und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt gewährleisten (vgl. Steckelberg 2018, S. 38f.). Darüber hinaus tragen tradierte Vorstellungen von hierarchischen Machtverhältnissen zwischen Männern und Frauen dazu bei, dass Frauen nach wie vor in z.T. von Zwang und Missbrauch geprägten Mitwohnverhältnissen und damit verdeckt wohnungslos leben (vgl. Gerull 2014, S. 31ff.). Für Männer bedeutet das formal stark strukturierte und damit in weiten Teilen vorgegebene System der Hilfen in Verbindung mit der gleichzeitigen Abhängigkeit eine besonders stark erlebte Einschränkung persönlicher Autonomie und darüber hinaus eine Abwertung der eigenen männlichen Identität. Dies kann beispielsweise dazu führen, dass es als Akt der Selbstbestimmung und somit als sinnvoll für den Selbstwert als Mann empfunden wird, wichtige Hilfsangebote zu verweigern (vgl. Fichtner 2005). Dies sollte zusätzlich zu der Tatsache bedacht werden, dass Wahrung der Autonomie aller Adressat*innen ohnehin ein zentrales professionsethisches Prinzip darstellt, das es auch geschlechtsunabhängig zu erfüllen gilt (vgl. DBSH 2014, S. 27). Dennoch müssen diese Aspekte gendersensibel reflektiert werden, um Hilfsangebote den spezifischen Bedürfnissen entsprechend zu verändern. Hierfür ist in jedem Fall eine breitere gendersensible Forschung notwendig. Auch wenn es wichtig ist, spezifische Bedarfe zu berücksichtigen und beispielsweise Schutzräume zu ermöglichen, sollte dies nicht dazu führen, dass immer spezialisiertere und dadurch auch isolierendere Angebote bereitgestellt werden. Wichtig wäre es vor diesem Hintergrund, bestehende Institutionen des Hilfesystems hinsichtlich ihres Potenzials in Bezug auf vielfältige Bedarfe zu überprüfen, zu bewerten und dementsprechend weiterzuentwickeln (vgl. Steckelberg 2018, S. 38).

Darüber hinaus zeigt sich, dass wohnräumliche Exklusion bzw. unzureichende Gewährleistung des Rechts auf Wohnen auch unter dem Blickwinkel des sozialen Geschlechts weitreichende Folgen hat. Ohne die Sicherung eines menschenwürdigen Wohnraums erhalten die Einschränkungen der gesellschaftlichen Erwartungen einer binärgeschlechtlich und heteronormativ ausgerichteten Gesellschaft mehr Gewicht und münden durch erlebte Diskriminierung und Gewalt gekoppelt an Scham und Versagensgefühle in soziale Exklusion (vgl. Steckelberg 2018, S. 39).

5.2 Alter⁹

Zusätzlich zu den besonderen Schwierigkeiten, denen alle wohnungslosen Menschen ausgesetzt sind, bedeutet ein junges oder hohes Alter darüberhinausgehende, zusätzliche Bewältigungsaufgaben, die im Folgenden dargestellt werden.

5.2.1 Junge wohnungslose Menschen

Bezüglich der Altersstruktur wohnungsloser Menschen lässt sich grundsätzlich feststellen, dass das Durchschnittsalter in den letzten Jahren gesunken ist. 2016 lag es durch einen allgemeinen Anstieg des Anteils junger Menschen ohne Wohnung bei 35 Jahren (vgl. Frietsch/Holbach 2016, S.95). Hierzu zählen zum einen die jungen Volljährigen im Alter von 18-25 Jahren, unter denen der Anteil junger Frauen besonders hoch ist, aber auch die sogenannten „Straßenkinder“ (Lutz/Sartorius/Simon 2017, S. 187), von denen die meisten zwischen 10 und 18 Jahre alt sind¹⁰, deren Leben sich aber nicht ausschließlich auf der Straße, sondern zwischenzeitlich in spezifischen Einrichtungen der Jugendhilfe oder in sogenannten Mitwohnverhältnissen abspielt und somit von verunsichernder Unbeständigkeit geprägt ist (vgl. Lutz/Sartorius/Simon 2017, S.187, vgl. Steckelberg 2018, S.40). In der Altersgruppe der 18-25jährigen ist das Hilfesystem zudem mit Zuständigkeitsproblemen der Sozialgesetzbücher konfrontiert, da sowohl Jugendhilfe nach SGBVIII, Wohnungslosenhilfe nach SGBXII als auch Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGBII zum Teil ineinandergreifen müssen. Trotz eigentlich geregelter Leistungsbestimmungen der Sozialgesetzbücher untereinander kommt es u.a. durch ungenaue oder unbestimmte Rechtsbegriffe, beispielsweise „Hilfe (...) zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung“ nach §41 Abs.1 SGBVIII zu Lücken im Hilfesystem, wodurch der durch ihr geringes Alter besonders vulnerablen Adressat*innengruppe oftmals entscheidende Hilfe verwehrt wird. Hierbei ist zu bedenken, dass die Lebensphase der 18-25jährigen ohnehin von Unsicherheiten geprägt ist und neben zahlreichen Möglichkeiten auch die Gefahr birgt, den enormen Leistungsanforderungen in Bezug auf den Übergang in das Erwerbsleben nicht standhalten zu können (vgl. Frietsch/Holbach 2016, S. 105f.). Im Rahmen des SGBII müssen arbeitslose junge Erwachsene bis zum Alter von 25 Jahren grundsätzlich im elterlichen Haushalt leben, wodurch ihr Anspruch auf eine eigene Wohnung gering ist bzw. nur in Ausnahmefällen genehmigt wird (vgl. Lutz/Sartorius/Simon, S. 187). Die in 3.4 beschriebenen Sanktionierungen durch das SGBII und unzureichend geklärte Zuständigkeiten zwischen den Hilfesystemen können u.U. in dauerhafte Wohnungslosigkeit münden, welche wiederum die Chancen mindert, u.a. berufliche Teilhabe zu erfahren. Somit wird eine Kette von

⁹ Im Rahmen dieser Arbeit kann nur auf jene Lebensphasen eingegangen werden, die im Kontext Wohnungslosigkeit besonders relevant erscheinen.

¹⁰ Auf diese Adressat*innengruppe kann im Rahmen dieser Arbeit jedoch nur sehr reduziert eingegangen werden.

kumulativen Ausgrenzungserfahrungen in Gang gesetzt, bei der die fehlende Wohnung ein entscheidendes Glied darstellt (vgl. Frietsch/Holbach 2016, S. 105; vgl. Ames 2009, S.105).

5.2.2 Ältere wohnungslose Menschen

Auch ältere Menschen ohne Wohnung sind mit besonderen strukturellen, gesundheitlichen und psychosozialen Schwierigkeiten konfrontiert. (vgl. Giffhorn 2018a, S. 371ff.). Allgemein wird von *älteren* wohnungslosen Menschen ab einem Alter von ca. 50 Jahren gesprochen, da bei Menschen, die dauerhaft ohne Wohnung leben müssen, der Alterungsprozess im Allgemeinen früher einsetzt, als bei der restlichen Bevölkerung. Dies gilt insbesondere für Menschen, die lange Zeit auf der Straße leben bzw. lebten. Dies wirkt sich auch auf die Lebenserwartung aus, die bei wohnungslosen Menschen nach Schätzungen um ca. 10 Jahre geringer eingestuft wird (vgl. Giffhorn 2018a, S. 371). Ursächlich hierfür ist u.a., dass ältere wohnungslose Menschen ohne den Schutz eines sicheren Wohnraums neben den ohnehin schwierigen Bewältigungsaufgaben noch häufiger als jüngere wohnungslose Menschen unter chronischen Verlaufsformen unterschiedlichster Erkrankungen leiden. Diese sind beispielsweise Bewegungseinschränkungen, die aufgrund schlecht ausgeheilter Knochenbrüche chronisch werden oder aber Substanzabhängigkeiten und/oder psychiatrische Erkrankungen¹¹ (vgl. Giffhorn 2018a, S. 371f.; vgl. Gruebner et al. 2017 o.S.). Auch Pflegebedürftigkeit ist aus den genannten Gründen häufiger und früher als bei der übrigen Bevölkerung gegeben (vgl. Giffhorn 2018a, S. 373). Nicht nur das Leben auf der Straße oder in wechselnden und unsicheren Wohnverhältnissen, sondern auch die ordnungsrechtliche Unterbringung in Notunterkünften stellt ein zusätzliches Risiko dar, da die Unterstützungsleistungen durch entsprechende medizinische bzw. pflegerische Hilfen in diesen Unterkünften häufig unzureichend sind (vgl. Giffhorn 2018a, S. 372). Darüber hinaus ist sowohl die palliative als auch die hospizliche Regelversorgung nicht auf die spezifischen Bedürfnisse wohnungsloser Menschen ausgerichtet und durch die meist ungenügende Anbindung an einen Hausarzt auch schwerer zugänglich (vgl. Giffhorn 2018a, S. 373). Zudem reduzieren sich aufgrund der oft schwierigen Situation ohne Wohnung mit zunehmendem Alter die Lebensperspektiven und daraus resultierenden Hoffnungen. Die eingeschränkte Möglichkeit, soziale Kontakte aufrechtzuerhalten verschärfen die soziale Isolationstendenz (vgl. Giffhorn 2018a, S. 371ff.). Somit zeigt sich, dass viele Bewältigungsaufgaben, die sich ohnehin oft durch ein zunehmendes Alter ergeben, durch die Wohnungslosigkeit verschärft werden (vgl. Steckelberg 2018, S. 40). Ein höheres Alter stellt darüber hinaus ein besonderes Risiko für einen Wohnungsverlust dar, da Alter häufig mit Armut einhergeht, was insbesondere aufgrund der demographischen Entwicklung einen ernstzunehmenden Faktor darstellt (vgl. Steckelberg 2018, S.41).

¹¹ Hierauf wird in 5.5.1 und 5.5.2 unabhängig von der Altersstruktur näher eingegangen.

Zusammenfassend zeigt sich, dass ein Leben ohne Wohnung sowohl für junge als auch für ältere wohnungslose Menschen mit zusätzlichen besonderen Schwierigkeiten und Risiken verknüpft ist. Auch in diesen Bereichen ist bislang die Forschungslage sehr dünn. Hier ist es notwendig, Verläufe genauer zu betrachten und Bedarfe und entsprechende Interventionen abzuleiten. Zudem macht die Betrachtung der Aspekte deutlich, dass das Leben ohne Wohnung in vielen Bereichen die besonderen Bewältigungsaufgaben auslöst oder aber zu ihrer Aufrechterhaltung beiträgt bzw. sie verschlimmert. Die Versorgung mit menschenwürdigem Wohnraum kann demnach vielfältige Ausgrenzungsentwicklungen unterbrechen oder sogar Leben verlängern und somit das Recht auf Gesundheit und adäquate medizinische Versorgung bedeuten. Darüber hinaus wird hierdurch erneut die Notwendigkeit sichtbar, spezifische Bedarfe frühzeitig zu erkennen und entsprechende präventive Maßnahmen zu entwickeln bzw. auszubauen, um rechtzeitig den Weg in die Wohnungslosigkeit zu verhindern und weitere kumulative Effekte zu vermeiden (vgl. Giffhorn 2018a, S. 373). Hierzu zählt beispielsweise auch die Skandalisierung der Auswirkungen des SGBII und seinen Maßnahmen bei jungen arbeitslosen Erwachsenen.

5.3 Familien

Immer mehr Familien geraten in Wohnungsnot und in der Folge in die Wohnungslosigkeit, darunter auch viele Alleinerziehende, meist handelt es sich um alleinerziehende Frauen (vgl. Buch Solidarität statt Konkurrenz, S. 69). Ebenfalls finden sich darunter viele Einwander*innen und Geflüchtete (vgl. Mauter 2017, S. 69; vgl. Mülbrecht 2017, S. 158 ff). In NRW befanden sich beispielsweise zum Stichtag der Erfassung im Jahr 2017 in 12% der wohnungslosen Haushalte Kinder (vgl. BAGS NRW 2018, S.7). Besonders die Unterbringung in nicht für Familien und ihre spezifischen Bedarfe ausgerichteten Unterkünften im ordnungsrechtlichen Sektor stellt vor allem im Hinblick auf die Kinder aufgrund der beengten und von Unsicherheit und zum Teil von Gewalt geprägten Verhältnisse im schlimmsten Fall eine Gefährdung des Kindeswohls dar (vgl. Eichler/Holz 2014). Eine 2016 durchgeführte verbandsübergreifende Befragung der Qualitätsgemeinschaft Soziale Dienste e.V. in Berlin kam zu dem Ergebnis, dass bestehende Bedarfe nach SGBVIII in vielen Fällen jedoch nicht wirklich umgesetzt werden. Dies liegt zum einen daran, dass Zuständigkeiten aufgrund der „gängigen Verwaltungspraxis“ (Qualitätsgemeinschaft Soziale Dienste e.V. 2017, S.2) zwischen SGBXII und SGBVIII nicht eindeutig geklärt sind und die Zusammenarbeit demnach unzureichend ist. Zum anderen liegt es an Ängsten einiger Familien, das Jugendamt einzubeziehen (vgl. ebd.). Bürokratische Hürden und unklare Zuständigkeit gilt es deshalb in diesem Kontext abzubauen und ihre Folgen für den Gesetzgeber zugänglich zu machen. Gleichzeitig offenbart sich hierdurch ein Bedarf an Öffentlichkeitsarbeit, um Ängste bezüglich Unterstützungsleistungen im Rahmen des SGBVIII zu reduzieren.

Aufgrund der zunehmenden Wohnungsknappheit ist davon auszugehen, dass sich auch die Situation von Familien noch weiter verschärfen wird (vgl. ebd., S. 3). Hierdurch wird erneut deutlich, in welchem Ausmaß die unzureichende Gewährleistung des Zugangs marginalisierter Gruppen zu einem der Menschenwürde entsprechenden Wohnraum auch weitere Rechte beschneidet. In diesem Fall sind es elementare Kinderrechte und das daran gekoppelte Kindeswohl.

5.4 Migration

Bereits seit ca. 2004 ist das Thema Migration in der Wohnungslosenhilfe erneut von zunehmender Bedeutung, da mit der Erweiterung der Europäischen Union und daran gekoppelte Freizügigkeitsregelungen und erhöhter Mobilität von Arbeitskräften vor allem die Zahl der Einwander*innen aus dem osteuropäischen Raum zunahm (vgl. Jordan 2018, S. 327; vgl. Lutz/Sartorius/Simon 2017, S. 158). Ein weiterer Anstieg erfolgte durch die vor allem im Jahr 2015 erhöhten Migrationsbewegungen in Folge der Flucht aus dem syrischen Kriegsgebiet. Menschen, die aus den als sicher deklarierten Herkunftsstaaten stammen oder jene, deren Bleibeperspektive gering ist, müssen oft über einen langen Zeitraum in zentralen Aufnahmezentren verweilen, die wenig Privatsphäre bieten und darüber hinaus nicht geeignet für die Bedürfnisse von Familien mit Kindern sind (vgl. Krennerich 2018, S. 13f.). In den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe sucht ein verhältnismäßig großer Anteil an Menschen aus Osteuropa Schutz, die häufig aufgrund eines eingeschränkten Zugangs zum Arbeitsmarkt in die entsprechende Notlage geraten sind oder weil sich ihre Arbeitsbedingungen als besonders prekär darstellen und somit oftmals in Wohnungslosigkeit münden (vgl. Jordan 2018, S. 328). Menschen in dieser Notlage suchen meist die niedrigschwelligen Angebote der Wohnungslosenhilfe auf, besuchen beispielsweise Tagesaufenthalte oder spezifische ärztliche Angebote. Hierdurch sind genauere Aussagen über die Quantität sehr schwierig. Nach Aussagen der Mitarbeiter*innen dieser niedrigschwelligen Angebote machen Adressat*innen aus dem osteuropäischen Raum, vor allem aus Bulgarien und Rumänien, teilweise mehr als die Hälfte der Adressat*innen aus (vgl. Jordan 2018, S. 328f.). Ebenso suchen Menschen in den Einrichtungen der Wohnungshilfe Schutz, die keinen oder einen ungeklärten Aufenthaltsstatus besitzen. Aufgrund der von Angst vor Entdeckung geprägten schwierigen Lebenssituation nehmen sie ebenfalls vor allem die niedrigschwelligen Angebote wahr, die gleichzeitig Anonymität gewährleisten. Anerkannte Geflüchtete finden nach der Unterbringung, die zunächst auf Basis des Asylbewerberleistungsgesetzes in den entsprechenden Unterkünften erfolgt, auf dem ohnehin stark umkämpften, begrenzten Wohnungsmarkt keine preiswerten Wohnungen. Darüber hinaus sind Menschen mit Migrationshintergrund häufig zusätzlichen Diskriminierungsmechanismen auf dem Arbeitsmarkt und auf Seiten der Vermieter*innen ausgesetzt, wenn beispielsweise People of Colour oder Menschen mit nicht deutsch klingenden Namen bei der Auswahl benachteiligt werden (vgl. Jordan 328ff.; vgl. Steckelberg 2018, S. 41f.; vgl. Bösing 2017,

S.73). Die in der Einleitung dargestellte Berichterstattung verweist in diesem Kontext zudem auf die pauschale und kriminalisierende Betrachtung der aus Osteuropa stammenden wohnungslosen Menschen. Steckelberg spricht in diesem Zusammenhang von einer „Dämonisierung (imaginiertes) Anderer“ (2018, S.42). In Diskursen wird zum Teil von einer massiven Konkurrenz zwischen einheimischen wohnungslosen Menschen und insbesondere geflüchteten wohnungslosen Menschen gesprochen, die um dieselben Notunterkünfte konkurrieren. In diesem Kontext ist auch von Seiten der Sozialarbeiter*innen von „unseren‘ Wohnungslosen“ (Brück 2016, S.104) die Rede und dass ihnen von geflüchteten Menschen die „Betten und Zimmer weggenommen“ (ebd.) würden, da sie von dem System mitversorgt würden. Der Begriff der Konkurrenz und die indirekte Konstruktion eines Vorrechts innerhalb des Systems wird an dieser Stelle sehr kontrovers diskutiert, da hierdurch eine diskriminierende Trennung von verschiedenen, scheinbar homogenen Gruppen konstruiert wird, wodurch wiederum ein Nährboden für weitere Diskriminierungen bereitet wird (vgl. Reichenbach 2016, S. 108ff.). In diesem Kontext muss zudem bedacht werden, dass das hierdurch indirekt angedeutete Vorrecht deutscher wohnungsloser Menschen von rechtspopulistischen Gruppierungen befeuert und instrumentalisiert wird, indem beispielsweise spezifische Spenden in Form von Lebensmitteln oder Schlafsäcken ausschließlich an deutsche wohnungslose Menschen verteilt werden (vgl. Gerull 2018, S. 30-34) Professionsangehörige dürfen sich nicht an dieser Konstruktion ungleichwertiger Hilfeempfänger beteiligen. Vielmehr ist ein Blick notwendig, der selbstreflexiv diese Konstrukte hinterfragt, ohne dabei die zweifelsfrei existierenden besonderen Schwierigkeiten aus dem Blick zu lassen. Beispielsweise haben geflüchtete Menschen häufig in besonderem Maße mit den Folgen von Traumatisierungen im Kontext ihrer Fluchtursachen und der Flucht selbst zu kämpfen, die in der Bereitstellung geeigneter und entsprechend sensibler Hilfen Beachtung finden müssen. Ebenso existieren Sprachbarrieren, die beispielsweise durch fehlende Übersetzungen im behördlichen Kontext oder nicht bereitgestellte Dolmetscherleistungen unzureichend ausgeglichen werden (vgl. Herrmann 2008, S.2). Diese Defizite müssen im Zuge interkultureller Öffnungsprozesse verbessert werden, um echte Teilhabe zu gewährleisten. Vor dem geschilderten Hintergrund des kontrovers diskutierten Konkurrenzbegriffs fordert die BAG W in ihrer Berliner Erklärung: „Wohnen ist ein Menschenrecht! Solidarität statt Konkurrenz!“ (BAG W 2015) und stellt damit gleichzeitig den Bezug zu den Menschenrechten her, die universell und somit losgelöst von einer Staatszugehörigkeit gelten.

Darüber hinaus kann man den Blickwinkel dahingehend ändern, dass Migration keine gesonderte Herausforderung oder Belastung des Wohnungsmarktes und im weiteren Sinn der Wohnungslosenhilfe darstellt, sondern im Kontext von „globalen Verflechtungen“ (Reichenbach 2016, S.109) einen Normalzustand bedeutet, der sich quantitativ nicht immer gleichförmig darstellt. Vor diesem Hintergrund gelten dann umgekehrt die hier vorgefundenen Bedingungen bzw. Teilhabebarrrieren als Herausforderungen und Hürden, mit denen alle wohnungslosen

Menschen und insbesondere eingewanderte und geflüchtete Menschen konfrontiert werden (vgl. Reichenbach 2016, S. 109, vgl. Gerull 2014). In diesem Zusammenhang sind die wohnungspolitischen Versäumnisse der letzten Jahre als Hauptursache für die schwierige Situation zu betrachten. Durch die Haltung, dass Migration einen gesellschaftlichen Normalzustand darstellt, erfolgt gleichzeitig eine Positionierung gegen die aktuelle und besonders von populistisch geprägten Parteien vorangetriebene Integrationsdebatte. Innerhalb dieser Debatte wird von zugewanderten oder geflüchteten Menschen ein Katalog an spezifischen Leistungen und Anpassungen erwartet, um sich entsprechende staatliche Leistungen oder überhaupt das Recht auf Aufenthalt in Deutschland zu verdienen. Hierdurch werden in besonderem Maße zum einen Zuschreibungen und Ausgrenzungen unterstrichen oder konstruiert und zum anderen Kriterien der persönlichen Autonomie und Lebensgestaltung in weiten Teilen außer Acht gelassen (vgl. Reichenbach 2016 S. 109f.).

Soziale Arbeit muss demzufolge im Kontext Wohnungslosigkeit in der Migrationsgesellschaft selbstkritisch ihre eigenen Deutungsmuster hinterfragen, um offene oder verdeckte Zuschreibungen zu vermeiden und nicht indirekt die fragwürdigen Interessen einiger Gruppierungen und politischer Akteur*innen zu unterstützen. Gleichzeitig müssen Professionsangehörige dazu beitragen, multiperspektivische Sichtweisen und Haltungen in den öffentlichen Diskurs zu tragen und dadurch im Rahmen eines politischen Auftrags der Diskriminierung entgegenzuwirken und dem Gerechtigkeitsprinzip zu entsprechen (vgl. Rohloff 2018, S. 222f.; vgl. DBSH 2014, S.27). Der Bezug zu den Menschenrechten und somit auch zum Recht auf Wohnen und der Erfüllung universeller und grundlegender Bedürfnisse, die losgelöst von der Herkunft eines Menschen Geltung haben, ist hierbei richtungsweisend in Bezug auf Haltung und Argumentation.

5.5 Besondere Schwierigkeiten und Bewältigungsaufgaben

Im Folgenden sollen jene Aspekte beleuchtet werden, die für einen sehr großen Anteil aller wohnungslosen Menschen als zusätzliche besondere Bewältigungsaufgaben und Schwierigkeiten von Bedeutung sind. Hierdurch soll wiederum keine Zuschreibung erfolgen, sondern daraus ableitbare spezifische Bedarfe herausgearbeitet werden. Zudem kann hierdurch erneut veranschaulicht werden, auf wie vielen Ebenen sich das unzureichend umgesetzte Recht auf Wohnen auf weitere Bereiche auswirkt.

5.5.1 Gesundheit und Gesundheitssystem

Generell kann bei wohnungslosen Menschen häufig ein prekärer gesundheitlicher Allgemeinzustand festgestellt werden. Zusätzlich zu jenen Erkrankungen, die allgemein in der Bevölkerung weit verbreitet sind, beispielsweise Erkältungen oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen, finden sich bei wohnungslosen Menschen vermehrt Infektionskrankheiten wie Hepatitis oder Tu-

berkulose. Zudem kommt es oft zu Mehrfacherkrankungen oder durch psychische Schwierigkeiten und/oder Substanzgebrauch ausgelöste Folgeerkrankungen. Hinzu kommt eine häufigere Chronifizierung eigentlich harmloserer bzw. gut behandelbarer Krankheiten und eine niedrigere Lebenserwartung (vgl. Bäuml et al. 2017a, S. 226; vgl. Rosenke 2018b, S. 219). Zu den Faktoren, die zu diesem prekären Gesundheitszustand führen, zählt zunächst die Situation auf der Straße, in den Sammel- bzw. Notunterkünften oder auch in Mitwohnverhältnissen. Das von Unsicherheiten geprägte Wohnen führt zu dauerhaften Stresszuständen, darüber hinaus mangelt es mitunter an Möglichkeiten, hinreichend für die Körperhygiene zu sorgen. Unzureichende, einseitige bzw. mangelhafte Ernährung verschärfen die Situation zusätzlich (vgl. Rosenke 2018b, S. 219). Zudem lassen sich einige finanzielle Barrieren festmachen, die zu dieser Situation beitragen. Abgesehen davon, dass viele Versicherungsverhältnisse nicht geklärt sind, haben Zuzahlungen für Medikamente oder Heil- und Hilfsmittel zugenommen (vgl. BAG W 2018b, S. 2). Brillen und Brillengläser werden beispielsweise von den gesetzlichen Krankenkassen nicht mehr übernommen. Zahnersatzleistungen sind ebenfalls sehr niedrig angesetzt. Ebenso tragen strukturelle Veränderungen der Krankenhausvergütung dazu bei. Die Fallpauschalenvergütung führt seit ihrer Einführung 2004 zu schnelleren Entlassungen und in der Folge zu einer mangelnden Versorgung wohnungsloser Menschen (vgl. Bundesministerium für Gesundheit 2018, o.S.). Wer keine Wohnung hat, in der er sich im Anschluss an die Krankenhausbehandlung erholen und weiter genesen kann, wird in eine hilflose und u.U. gefährliche Situation entlassen. Zudem ist beispielsweise in Sammelunterkünften oft die Möglichkeit der umfassenden ärztlichen und pflegerischen Weiterbehandlung nur eingeschränkt gegeben (vgl. BAG W 2018b, S.2f.). Für Einwander*innen oder Geflüchtete, insbesondere für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus ist darüber hinaus der Versichertenstatus häufig ungeklärt oder nicht vorhanden, was die prekäre Situation verschärft (vgl. Mülbrecht 2017, S. 159). Zusätzlich zu diesen strukturellen Hürden kann der Umstand, dass zum Teil sowohl die Körper- als auch die Kleiderhygiene aufgrund der schwierigen Bedingungen vernachlässigt wird, zu erheblichen Schamgefühlen aufgrund von Diskriminierungserlebnissen führen. Erfahrungen negativer Reaktionen diesbezüglich führen u.U. zu einer kompletten Meidung des Versorgungssystems (vgl. Rosenke 2018b, S. 222). Auf diesen Missstand reagiert das System der Wohnungslosenhilfe beispielsweise durch niedrighschwellige Versorgungsangebote, wie aufsuchende Angebote, Ambulanzen, Sprechstunden in den entsprechenden Einrichtungen oder spezifische Straßenarbeit mit medizinischem und/oder pflegerischem Schwerpunkt. All diese durchaus wichtigen, da lebensrettenden Maßnahmen, stellen ein Versorgungssystem dar, das parallel zum Regelsystem existiert (vgl. Rosenke 2018b, S. 222-227). Zentrale Güter des Gesundheitssystems, wie beispielsweise die freie Arztwahl, werden hierdurch versperrt.

Es zeigt sich zusammenfassend, dass die Barrieren, mit denen wohnungslose Menschen konfrontiert werden, eine multiple Benachteiligung im Regelsystem der medizinischen Versorgung

nach sich ziehen. Strukturelle Hürden und aus Diskriminierungserfahrungen resultierende Scham können somit zu einer Gefahr für die Gesundheit werden, die auch lebensbedrohliche Erkrankungen umfasst.

Hierdurch wird zudem deutlich, wie sehr das Recht auf Wohnen Einfluss auf andere grundlegende Rechte, allen voran das in unserer Verfassung in Artikel 2 Absatz 2 verankerte „Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ hat. In Artikel 25 Abs.1 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sind Wohnung und ärztliche Versorgung als Faktoren aufgeführt, die einen Lebensstandard ermöglichen „der...Gesundheit und Wohl gewährleistet“ (Fremuth 2015, S. 261) Ebenso ist darin das „Recht auf Sicherheit im Falle von ... Krankheit“ (ebd.) aufgeführt. Wenn aber die Wohnung nicht gewährleistet wird, ist häufig daran gekoppelt auch die ärztliche und medizinische Versorgung eingeschränkt und dementsprechend die Sicherheit bei Krankheit kaum gegeben.

5.5.2 Psychische Erkrankungen und Substanzabhängigkeiten

Da die Komorbidität beider Phänomene sehr hoch ist und sie auch im Fachdiskurs meist gemeinsam diskutiert werden, sind an dieser Stelle wichtige Überlegungen zu beiden Bereichen zusammengefasst dargestellt. Sowohl psychische Erkrankungen¹² als auch Substanzabhängigkeiten treten bei einer großen Zahl aller wohnungslosen Menschen auf (vgl. Bäuml et al. 2017a). Alkohol stellt dabei den größten Anteil aller gebrauchten Substanzen dar (vgl. Bäuml et al. 2017a, S. 136). Die zuletzt sehr groß angelegte und 2017 veröffentlichte „SEEWOLF-Studie“ (Bäuml et al. 2017a), die sich im Kontext Wohnungslosigkeit u.a. mit der Prävalenz psychischer Erkrankungen auseinandersetzte und hierzu 232 Teilnehmer*innen aus dem Hilfesystem der Wohnungslosenhilfe untersuchte, stellte heraus, dass die Lebenszeitprävalenz für Suchterkrankungen bei 73,5% und für psychische Erkrankungen bei über 90% liegt (vgl. Bäuml et al. 2017a, S. 81, S.154f.). Die Bandbreite der festgestellten psychischen Erkrankungen, die zum Teil substanzinduziert auftreten, reicht von affektiven Störungen über reaktive und neurotische Störungen bis hin zu schizophrenen Erkrankungen (vgl. Bäuml et al. 2017a, S. 225). Hierdurch reiht sich die Untersuchung in zuvor stattgefundene Studien ein, die u.a. von Fichter/Quadflieg/Cuntz (2000) durchgeführt wurden. Zusätzlich zu der hohen Prävalenz psychischer Schwierigkeiten und des Substanzmissbrauchs ließ sich ein insgesamt prekärer gesundheitlicher Allgemeinzustand feststellen, auf den bereits in 5.5.2 eingegangen wurde (vgl. Bäuml et al. 2017a, S. 226). Intention der SEEWOLF-Studie war u.a. die Überprüfung, inwieweit Menschen mit den festgestellten Beeinträchtigungen im System der Wohnungslosenhilfe ausreichend effektiv behandelt werden. In Bezug auf Abhängigkeitserkrankungen wird in den Ergebnissen kaum eine differenzierte Betrachtung und Bewertung vorgenommen (vgl.

¹² Die Begriffe Erkrankung, Suchterkrankung und Störung werden an dieser Stelle zur besseren Vergleichbarkeit analog zu den Begrifflichkeiten der aufgeführten Studie und der allgemeinen ICD10-Klassifizierung verwendet und sollen keine Stigmatisierung darstellen.

Kunstmann 2017, S. 61). Neubacher et al. 2015 stellen vor dem Hintergrund einer vierjährigen Evaluation niedrigschwelliger Suchthilfe in Frankfurt heraus, dass im Regelsystem der Suchthilfe häufig ein „Abstinenzparadigma“ (Neubacher/Bartels/Lühns 2015, S.11) vorherrsche, das von wohnungslosen Menschen meist nicht erfüllt werden könne (vgl. Neubacher/Bartels/Lühns 2015, S. 11). Dieser hochschwellige Abstinenzanspruch führt zudem dazu, dass gescheiterte Versuche abstinenz zu werden, den Selbstwert zusätzlich zur ohnehin schwierigen Lebenssituation herabsetzen und ein Gefühl des Versagens und der Ohnmacht erzeugen. Dies stellt wiederum einen Nährboden für psychische Schwierigkeiten und/oder Substanzgebrauch dar (vgl. Neubacher/Bartels/Lühns 2015, S. 11ff.). Zudem konstatieren Neubacher et al. unzureichende Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Wohnungslosen- und Suchthilfe, die eine zusätzliche Zugangsbarriere darstellt (vgl. ebd., S. 11). Darüber hinaus stellen sie den Zusammenhang bzw. die z.T. fließenden Grenzen zwischen missbräuchlichem Substanzgebrauch oder Substanzabhängigkeiten und psychischen Erkrankungen fest. Häufig sind Doppeldiagnosen der Fall und neben substanzinduzierten psychischen Schwierigkeiten kommt es auch zu Suchtmittelgebrauch, um psychische Erkrankungen und ihre Symptome zu dämpfen (vgl. Neubacher/Bartels/Lühns 2015, S. 13). Hierdurch wird die Relevanz der Vernetzung von Suchthilfe, psychiatrischen Angeboten und der Wohnungslosenhilfe deutlich. Reifferscheid hebt in Bezug auf Suchterkrankungen den Stellenwert des „Kontrollierte[n] Trinken[s]“ (2017, S.52) hervor, das im Rahmen einer zieloffenen und akzeptierenden Suchtarbeit durch spezifische Unterstützungsprozesse die negativen Folgen eines Alkoholmissbrauchs reduzieren helfen kann (vgl. ebd.).

In Bezug auf psychische Erkrankungen kamen die Forscher der SEEWOLF-Studie zu dem Ergebnis, dass ein enormer Behandlungsbedarf bestehe, dem aber durch die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe nicht ausreichend entsprochen werden könne. Bedenkt man die in 5.5.1 dargestellte Situation der medizinischen Versorgung, fügt sich diese Feststellung insgesamt an die Beobachtungen anderer Expert*innen an. An dieser Stelle muss jedoch kritisch betrachtet werden, dass darauf aufbauend von den Forschenden eine Reformierung des Systems u.a. dahingehend propagiert wird, dass Menschen mit entsprechenden Schwierigkeiten und damit ein hoher Prozentsatz der Adressat*innen im Rahmen spezifischer Institutionen der Psychiatrie behandelt werden müssten, wenn nötig auch unter Zwang (vgl. Bäuml et al. 2017a, S. 236ff.; vgl. Kunstmann 2017, S. 61). Die Forscher*innen kommen zu dieser Schlussfolgerung, da sie ihre Ergebnisse dahingehend interpretieren, dass Wohnungslosigkeit und die damit verbundenen besonderen und schwierigen Lebensbewältigungsaufgaben in der Regel nicht verantwortlich seien für psychische Erkrankungen und/oder Substanzmissbrauch bzw. -abhängigkeit. Dies folgern sie, da deren Erstmanifestationen laut der amnestisch-psychiatrischen Befragungen in den meisten Fällen vor der Wohnungslosigkeit stattfanden (vgl. Bäuml et al. 2017a, S.230; vgl. Kunstmann 2017, S.58f.). Kritisch ist dabei zu sehen, dass zum einen

u.U. gerade von substanzgebrauchenden Menschen mit psychischen und/oder kognitiven Beeinträchtigungen nicht immer retrospektiv exakt nachvollzogen werden kann, wann und unter welchen Bedingungen die Schwierigkeiten zum ersten Mal auftraten und zum anderen, dass Wohnungslosigkeit kein plötzlich eintretendes Ereignis darstellt (vgl. Kunstmann 2017, S. 60f.). Vielmehr handelt es sich dabei um das Ergebnis eines komplexen Prozesses aus vielfältigen Bedingungsfaktoren. So könnten beispielsweise auch finanzielle Notlagen aufgrund prekärer Arbeitsverhältnisse und daraus resultierender gesellschaftlicher Exklusionsprozesse zum erstmaligen Auftreten depressiver Episoden und/oder Substanzgebrauch führen und in der späteren Folge zu Wohnungslosigkeit (vgl. ebd., S.60). Vor diesem Hintergrund ist professionsethisch betrachtet die Forderung nach einer generell umfassenderen, notfalls zwangsweise eingeleiteten psychiatrischen Behandlung äußerst fragwürdig, da hierdurch eine Form des harten Paternalismus durchgesetzt würde, die im Rahmen oberster Prinzipien der Selbstbestimmung der Adressat*innen und des nicht Schadens kaum haltbar ist (vgl. DBSH 2014, S. 27, S. 42f.). Zudem muss bedacht werden, dass eine derartige pauschalisierende Forderung eine Zuschreibung erzeugt, die vorhandene Diskriminierungen wohnungsloser Menschen unterstützt. In einer Befragung im Rahmen eines Modellprojekts im Bereich inklusiven Wohnens psychisch erkrankter Menschen stellte sich beispielsweise heraus, dass 10% der Befragten zuvor Diskriminierung bei der Wohnungssuche aufgrund ihrer psychischen Schwierigkeiten erlebt haben (vgl. Böhsing 2017, S. 72).

Zusätzlich kritisch wird im aktuellen Diskurs betrachtet, dass unklar bleibt, wie und wo Menschen beispielsweise nach einer stationären psychiatrischen Behandlung wohnen sollen. Bei aktueller Lage des Wohnungsmarktes könnte hier u.U. die erneute Wohnungslosigkeit die zuvor behandelten Schwierigkeiten zurückkehren lassen, ähnlich, wie es auch durch unzureichendes Entlassungsmanagement der Krankenhäuser geschieht (vgl. Kunstmann 2017, S. 61; vgl. Rosenke 2018b, S.222).

In einer Studie von Gruebner et al. 2017, die u.a. den Einfluss der Urbanisierung auf das Risiko psychischer Beeinträchtigungen untersuchte, kamen die Forscher zu dem Ergebnis, dass beispielsweise ein erschwerter Bildungszugang und niedriges Einkommen und zudem Faktoren wie soziale Diskriminierung und Isolation sich negativ auf die psychische Verfassung auswirken. Hieran gekoppelt ist die Feststellung, dass Wohnen in benachteiligten und armen Stadtvierteln maßgeblich zu dieser Isolation beiträgt (vgl. Gruebner et al. 2017 o.S.). In dieser Betrachtung sind somit psychische Schwierigkeiten Folge der prekären Lebensverhältnisse, Teilhabebarrrieren und Ausgrenzungen. Zudem bleibt festzuhalten, dass viele Unterkünfte der Wohnungslosenhilfe oder das Leben auf der Straße kritisch für die psychische Stabilität zu betrachten sind, da sie oftmals wenig Privatsphäre bzw. Rückzugsmöglichkeiten oder unzureichenden Schutz vor Diebstahl oder Übergriffen bieten und hierdurch ein Grundgefühl der Angst erzeugen (vgl. Köppen 2017, S. 70).

Darüber hinaus konnte eine Studie aus dem Jahr 2007 von Deborah Padgett mittels qualitativer Interviews aufzeigen, dass eine eigene Wohnung sich positiv auf wesentliche Kriterien der „Seinsgewissheit“ (Übersetzung durch Busch-Geertsema 2014a, S.25), im Original „ontological security“ (Padgett 2007, o.S.) auswirkt. Auch Menschen mit schweren psychiatrischen Verläufen zeigen durch die Unterbringung mit mietvertraglich abgesichertem Wohnraum und das daran gekoppelte hohe Maß an Kontrolle und Selbstbestimmung positive Entwicklungen (vgl. Padgett 2007, o.S.). Die Macht über den eigenen Wohnungsschlüssel sowie die Kriterien der wiedererlebten Privatsphäre und konstanten, sicherheitsspendenden Routinen ermöglichen ein hohes Maß an Seinsgewissheit (vgl. Busch-Geertsema 2014a, S.25, vgl. Padgett 2007, o.S.). Erlebte Autonomie gepaart mit Sicherheit sind demnach wesentliche Kriterien psychischer Stabilität.

Betrachtet man die Forschungsergebnisse zusammenfassend, lässt sich feststellen, dass für einen großen Anteil aller wohnungslosen Menschen psychische Krankheiten und Substanzgebrauch zu zusätzlichen, besonderen Schwierigkeiten und Teilhabebbarrieren führen, denen es durch geeignete Hilfen zu begegnen gilt. Die pauschale Forderung nach weitreichenden und allumfassenden psychiatrischen Behandlungen kann hierfür aufgrund mangelnder Verhältnismäßigkeit und der Paternalismustendenz kaum die Lösung sein. Die Profession Soziale Arbeit muss hier gemäß ihren Prinzipien die Autonomie jener Menschen verteidigen und jede paternalistische Praxis kritisch hinterfragen und abwehren. Gleichzeitig ist es von Bedeutung, aktiv der Diskriminierung wohnungsloser Menschen mit psychiatrischen Diagnosen oder Substanzabhängigkeiten entgegenzuwirken und Vermieter*innen entsprechend aufzuklären bzw. zu sensibilisieren. Eine enge Vernetzung und interdisziplinäre Zusammenarbeit mit dem System der Suchthilfe, Ärzt*innen und der Gemeindepsychiatrie ist zudem von Bedeutung, um bedarfsgerechte professionelle Hilfe zu gewährleisten. Das Ablehnen einer pauschalisierten psychiatrischen Behandlung soll nicht bedeuten, dass Menschen mit spezifischen medizinischen, psychiatrischen oder therapeutischen Bedarfen die entsprechende Hilfe vorenthalten wird, jedoch muss die Wahrung der Autonomie der Adressat*innen an erster Stelle stehen (vgl. Kunstmann 2017, S.57-61).

Darüber hinaus zeigt sich ein Zusammenhang zwischen prekären Lebens- und Wohnsituationen und der psychischen Gesundheit bzw. Substanzgebrauch und -abhängigkeit. Erneut wird hierdurch deutlich, wie wichtig ein der Menschenwürde angemessener Wohnraum für weitreichende Bereiche des Lebens und die Wahrnehmung anderer Rechte sein kann.

5.5.3 Diskriminierung und Gewalt

Alle in den vorigen Kapiteln diskutierten Aspekte machen deutlich, dass Diskriminierung wohnungsloser Menschen auf vielen Ebenen stattfindet. Aus diesem Grund werden unterschiedliche Formen von Diskriminierung und ihre Ausprägungen sowie mögliche Hintergründe in diesem Kapitel genauer beleuchtet.

Wie sich in der Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Einstellungen gegenüber wohnungslosen Menschen, entsprechender Begrifflichkeiten und daran geknüpft den staatlichen und gesellschaftlichen Reaktionen zeigte, waren Menschen ohne festen Wohnsitz über einen langen Zeitraum Prozessen der Stigmatisierung und Kriminalisierung ausgesetzt. Obwohl Wohnungslosigkeit keinen Straftatbestand mehr darstellt, finden sich auch heute noch diese Phänomene in stereotypen Einstellungen und Vorurteilen und daraus resultierenden Diskriminierungsmechanismen wieder (vgl. Gerull 2014, S. 31f.; vgl. Steckelberg 2018, S.41f.). Die Bezeichnung *Penner* stellt beispielsweise nach wie vor ein Schimpfwort dar und bezieht sich im Allgemeinen auf Menschen, die auf der Straße leben bzw. leben müssen (vgl. Gerull 2018, S. 32). Auch das zu Anfang dieser Arbeit erwähnte Phänomen der Fokussierung auf eine wachsende Bedrohung in der medialen Berichterstattung, während die multiplen Schwierigkeiten der Menschen keine Beachtung finden und sie darüber hinaus gar nicht als Menschen bezeichnet werden, macht die nach wie vor existierenden ablehnenden Haltungen deutlich (vgl. Gerull 2018). Wilhelm Heitmeyer et al. führte seit 2002 das Untersuchungskonzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) durch, das in einer überwiegend quantitativ angelegten Längsschnittstudie ablehnende bzw. menschenfeindliche Haltungen der Bevölkerung und deren Korrelationen im Hinblick auf spezifische Zielgruppen über 10 Jahre hinweg untersuchte (vgl. Gerull 2014, S. 33ff.; vgl. Zick/Hövermann/Krause 2012, S. 64f.). In den Ergebnissen zeigt sich, dass hauptsächlich auf der Straße lebende wohnungslose Menschen¹³ von jeweils ca. einem Drittel¹⁴ der Befragten als „unangenehm“ (Heitmeyer 2012, S. 39) und „arbeitsscheu“ (ebd.) wahrgenommen und bewertet werden. Ebenso viele der Befragten sind der Meinung, „Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.“ (ebd.) Darüber hinaus sind auch andere Vorurteile, beispielsweise gegenüber „Langzeitarbeitslosen“ (ebd.) als Vorurteile gegen wohnungslose Menschen zu werten, da viele Menschen ohne Wohnung auch dauerhaft ohne Arbeit sind. Hier unterstellt die Hälfte der Teilnehmer*innen diesen Menschen, sie seien „nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.“ (ebd.). Der Aussage „Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.“ (ebd.) stimmen über die Hälfte der befragten Teilnehmer*innen zu. Mit diesen letztgenannten Vorurteilen sind wohnungslose Menschen zudem häufig schon lange vor ihrer Wohnungslosigkeit konfrontiert, da Langzeitarbeitslosigkeit der Wohnungslosigkeit vorausgehen kann (vgl. Specht 2018a, S.34). Hier kann davon ausgegangen werden, dass im Rahmen einer Selbststigmatisierung eine Übernahme dieser Vorurteile in die eigene Identität stattfindet, die Gefühle der Nutzlosigkeit und Ausweglosigkeit erzeugt oder verstärkt (vgl. Gerull 2018, S.30-34, vgl. Goffman 2016). Für wohnungslose Menschen mit Migrations-

¹³ In der genannten Studie wurde hierfür der Begriff „Obdachlose“ verwendet.

¹⁴ Dieser Wert entspricht ca. dem Mittelwert der Befragungen aus 2009-2011 (vgl. Deutsche Zustände 10. S. 38ff.)

hintergrund gelten kumulativ die Vorurteile, die unter den Untersuchungskategorien „Fremdenfeindlichkeit“, „Etabliertenvorrechte“, „Rassismus“, und „Abwertung von Asylbewerbern“ (Heitmeyer 2012 S. 37ff) untersucht wurden. In der Kategorie „Etabliertenvorrechte“ bejahen beispielsweise über die Hälfte der Befragten die Aussage „Wer irgendwo neu ist, sollte sich erstmal mit weniger zufrieden geben“ (ebd. S.38) und in der Kategorie „Abwertung von Asylbewerbern“ (ebd. S.40) stimmen in 2011 46,7 %¹⁵ der Befragten folgender Aussage zu: „Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.“ (ebd. S.40) An der Untersuchung kritisch zu betrachten ist zum einen die Einteilung der Menschen in die spezifischen Gruppen, durch die scheinbar homogene Kollektive konstruiert werden. Abgesehen davon, dass diese Gruppenkonstrukte für sich genommen Zuschreibungen erzeugen oder festigen, werden sie durch die Befragungssitems darüber hinaus mit pauschalen negativen Attributen verknüpft, die Vorurteile und Diskriminierung fördern. Auch der Begriff „Menschenfeindlichkeit“ muss vor diesem Hintergrund reflexiv betrachtet werden, da hiermit die Teilnehmer*innen ebenfalls eine Zuschreibung erfahren, die die Einstellungen der Befragten pauschal als „Feindlichkeit“ bewerten (vgl. Möller 2017, S. 27ff.).

Nichtsdestotrotz machen die Ergebnisse zusammenfassend deutlich, in welchem Ausmaß wohnungslose Menschen von Vorurteilen und ablehnenden Haltungen betroffen sind. Diese Ablehnung kann u.a. vor dem Hintergrund einer zunehmend neoliberal-ökonomischen Gesellschaftsentwicklung als Kosten-Nutzen-Bewertung jener Menschen betrachtet werden, die auf Leistungen des Sozialstaats angewiesen sind. Entsprechend wird Menschen, die beispielsweise auf der Straße leben, arbeitslos sind und die darüber hinaus u.U. einen Migrationshintergrund oder eine Fluchtgeschichte aufweisen, ein geringerer Wert zugeschrieben (vgl. Hövermann/Groß 2016, S. 169f.). Diese Ideologie der Ungleichwertigkeit erzeugt einen „Sozialdarwinismus“ (Giffhorn 2018b, S. 277), der aufgrund seiner Hierarchisierung der Wertigkeit verschiedener Menschengruppen zum einen den Wert der Eigengruppe erhöht und Zusammenhalt erzeugt und zum anderen Ungleichbehandlung und Diskriminierung legitimiert (vgl. Giffhorn 2018b, S. 277; vgl. Lenzen 2015, o.S.). Darüber hinaus können diese ablehnenden Haltungen vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Individualisierungsprozesse betrachtet werden. Im Rahmen dieser Individualisierung scheint es vordergründig jedem möglich, sich zwischen vielfältigen Optionen individueller Lebenswege und -stile zu entscheiden. Abgesehen davon, dass die Optionenvielfalt auch weniger Struktur und Klarheit bedeutet und hierdurch zu Überforderungen führen kann, werden hierbei beispielsweise ungleiche Teilhabechancen armer Haushalte und andere sozioökonomische Kriterien außer Acht gelassen. Die an die Person geknüpften Ansprüche wie Flexibilität und Leistungsbereitschaft gelten jedoch für alle gleichermaßen. In diesem Kontext wird es häufig als persönliches und selbstverschuldetes Versagen interpretiert, wenn Menschen diesem Anspruch nicht gerecht werden, in

¹⁵ Diese Kategorie wurde erst 2011 in die Befragungen integriert.

Notlagen geraten und sich darüber hinaus nicht selbständig aus diesen Notlagen befreien können. (vgl. Beck 2015; vgl. Schimank 2012, S.1ff.).

Ausgrenzende Mechanismen zeigen sich beispielsweise auch durch Vertreibungen aus dem öffentlichen Raum. Diese Vertreibung ist zum Teil so subtil, dass es schwerfällt, die dahinterliegenden Absichten direkt zu erkennen. Sie zeigt sich exemplarisch in baulichen bzw. architektonischen Maßnahmen, indem beispielsweise für die Allgemeinheit zugängliche Bänke durch Armlehnen unterteilt werden, so dass das Liegen oder Schlafen darauf unmöglich wird (vgl. Giffhorn 2018c S. 291). In anderen Fällen finden Platzverweise mit der Begründung statt, dass dies pauschal aus Gründen der Gefahrenabwehr ordnungsrechtlich nötig sei, obwohl derartige Verweise sehr konkret und individuell begründet werden müssen, um rechens zu sein (vgl. Giffhorn 2018c, S. 289).

All die genannten Faktoren tragen zu den beschriebenen Abwertungen und Diskriminierungen bei bzw. legitimieren diese. Betrachtet man die Abwertung wohnungsloser Menschen im Nationalsozialismus und deren Konsequenzen, wird deutlich, wie weitreichend die Folgen solcher Mechanismen sein können (vgl. Giffhorn 2018b, S. 275-279). Nach wie vor gehen diese Ablehnungen sogar so weit, dass Menschen aufgrund ihrer Wohnungslosigkeit überdurchschnittlich oft von zum Teil schweren Körperverletzungen oder Tötungen durch nicht wohnungslose Täter*innen betroffen sind, was besonders für jene Menschen gilt, deren Wohnungslosigkeit durch das Leben auf der Straße sichtbar ist (vgl. ebd.). Dies geschieht zudem zusätzlich zu Gewalttaten, die durch ebenfalls wohnungslose Täter*innen ausgeübt werden, was erneut deutlich werden lässt, wie unsicher und stressbelastet sich ein Leben ohne Wohnung darstellt. Die Dunkelziffer der Betroffenen ist wahrscheinlich sehr groß, da entsprechende Taten beispielsweise aus Angst vor den Täter*innen, der Polizei oder anderen Behörden oder aufgrund von Traumatisierungen oder Scham nicht zur Anzeige gebracht werden (vgl. Giffhorn 2018b, S. 275).

Die dargestellten Diskriminierungs- und Abwertungsmechanismen finden zusätzlich zu den bereits beschriebenen strukturellen Hürden statt, denen Menschen ohne Wohnung beispielsweise im Gesundheitssystem, auf dem Arbeitsmarkt oder aber auf dem hart umkämpften Wohnungsmarkt ausgesetzt sind. Hierdurch werden Menschen daran gehindert, grundlegende Menschenrechte zu erfahren oder wahrzunehmen (vgl. Giffhorn 2018b, S. 275). Das Kriterium *wohnungslos* erfährt in diesem Kontext erneut eine besondere Tragweite, da wiederum deutlich wird, wie sehr auch andere Rechte an das Recht auf Wohnen geknüpft sind bzw. dass eine Verwehrung oder Behinderung dieses Rechts die Verwehrung anderer Rechte nach sich zieht. Zusätzlich zu der Einschränkung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit ist somit auch das in Artikel 3 unserer Verfassung aufgeführte Recht auf Gleichbehandlung bzw. das Verbot der Diskriminierung betroffen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, die Diskriminierungsmechanismen durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu skandalisieren und darüber hinaus

zu einer Veränderung der strukturellen Bedingungen beizutragen. Parallel dazu gilt es, wohnungslose Menschen darin zu befähigen, ihre Rechte besser wahrzunehmen bzw. einzufordern (vgl. Giffhorn 2018c S. 292). Gleichzeitig ist ein selbstreflexiver Blick der Professionsangehörigen der Sozialen Arbeit wichtig, um eigene Deutungsmuster und Praktiken in Bezug auf kategorisierende oder ausgrenzende Muster zu überprüfen und sich nicht indirekt an diesen multiplen Diskriminierungsprozessen zu beteiligen oder sich hierfür instrumentalisieren zu lassen. Im Hinblick auf den zuletzt genannten Aspekt wird deshalb im nächsten Kapitel das Konzept der Wohnfähigkeit genauer betrachtet. Gleichzeitig stellt die Auseinandersetzung hiermit eine Grundlage für die nachfolgenden Erläuterungen des Housing First-Ansatzes dar.

6 Die Idee der Wohnfähigkeit

Nach wie vor existieren viele Unterbringungsformen, in denen trotz der Kenntnis über vielfältige strukturelle und sozioökonomische Aspekte, die Wohnungslosigkeit bedingen oder aufrechterhalten, eine sozialarbeiterische Praxis vorherrscht, die Menschen in erster Linie dahingehend befähigen möchte, wieder wohnen zu *können*. (vgl. Steffen/Henke 2018, S.6; vgl. Nagel 2015; vgl. Marquardt 2015). Hierdurch wird ein Verständnis zum Ausdruck gebracht, das Wohnen an bestimmte Fähigkeiten knüpft, die teilweise oder ganz fehlen können, beispielsweise weil sie niemals ausreichend erworben oder aber wieder verlernt wurden und die im Umkehrschluss wiedererworben bzw. schrittweise trainiert werden können. Dies macht exemplarisch die Bezeichnung „Trainingswohnungen“¹⁶ deutlich (vgl. Busch-Geertsema 2017a, S.76). Trainingswohnungen sind häufig stationären Wohnformen angegliedert oder nachgeschaltet und stellen eine Übungseinheit dar, um Menschen auf den ersten Wohnungsmarkt angemessen vorzubereiten. Sowohl im stationären Bereich als auch im ambulant betreuten Wohnen existiert nach wie vor die Idee eines Fähigkeitenkomplexes, den es durch entsprechende Hilfen zu erlangen bzw. wiederzuerlangen gilt (vgl. Steffen 2018, S.6.).

Nadine Marquardt führte 2013 eine qualitative Studie innerhalb des Sektors Betreutes Wohnen in dezentralen Projektwohnungen mit begleitenden Hilfen nach den Paragraphen 67ff SGBXII mittels Expert*inneninterviews und darauffolgenden teilnehmenden Beobachtungen bei Expert*innenrunden und Tagungen durch. Die Ergebnisse dieser Studie lassen den Schluss zu, dass das unbestimmte und wenig eingegrenzte Konzept der „Wohnfähigkeit“ (Marquardt 2013, S.159) das Handeln und Entscheiden der Akteur*innen innerhalb dieses Hilfebereichs maßgeblich leitet (vgl. Marquardt 2013; vgl. Marquardt 2015). Die Antworten innerhalb der Interviews auf die Frage, welche Kompetenzen es zu erlernen gelte, um wohnfähig zu sein, bezogen sich beispielsweise auf die Fähigkeiten, Ordnung und Sauberkeit zu halten, angemessenes Sozialverhalten zu zeigen, Termine einhalten zu können oder umsichtig im Umgang mit Geld zu sein bis hin zu der Kompetenz, ein richtiges Maß zu finden „zwischen Sozialität und

¹⁶ Vergleiche hierzu beispielsweise die Darstellung der Diakonie RWL 2016, o.S.

Privatheit“ (Marquardt 2013, S. 160). Hierbei sollen die Bewohner*innen beispielsweise auf der einen Seite Einsamkeit ertragen können, auf der anderen Seite aber auch nicht zu viel oder den falschen Besuch empfangen. Darüber hinaus wird es als wichtig angesehen, dass die Adressat*innen eine angemessene Bindung an die Wohnung aufweisen, indem sie beispielsweise „Die Wohnung schön machen“. (Marquardt 2015, S. 179) Diese Bindung gilt allerdings nur als angemessen, wenn die Bewohner*innen Dinge nicht zu sehr „horden“ (Marquardt 2015, S. 179) und demzufolge eine zu stark ausgeprägte Bindung an Dinge offenbaren (vgl. Marquardt 2015, S. 176ff.). Darüber hinaus gilt es als ein wesentlicher Schritt zur Erlangung der Wohnfähigkeit, den regelmäßigen Besuch der Sozialarbeiter*innen zu akzeptieren, u.U. sogar unangekündigt. Teilweise erfolgt der Zutritt sogar über einen eigenen Schlüssel der Sozialarbeiter*innen. Als Begründung hierfür wird angegeben, dass so der Zustand der Wohnung besser überprüft werden könne (vgl. Marquardt 2015, S. 179).

Hierdurch werden entscheidende implizite Deutungsmuster der Sozialarbeiter*innen sichtbar. Diese sind geknüpft an die Vorstellung eines richtigen Maßes in Bezug auf die genannten Wohnfähigkeitsaspekte im Kontext antizipierter und unbestimmter gesellschaftlicher Richtlinien. Der Grad der Angemessenheit wird dabei letztlich durch die Sozialarbeiter*innen bestimmt (vgl. Marquardt 2015, S. 177ff.). Darüber hinaus werden die dahinterliegenden Anforderungen an Wohnen „institutionell fixiert“ (ebd., S. 177), indem sie im Rahmen der Hilfen des SGBXII im Kontext von individuellen Hilfeplänen umgesetzt oder in Gutachten festgehalten werden. In diesen Hilfeplänen werden die Deutungsmuster demnach weitergetragen und reproduzieren somit die Idee der Wohnunfähigkeit wohnungsloser Menschen (vgl. ebd., S.177f.; vgl. SGB XII).

Das Training zu mehr Wohnfähigkeit ist einem paternalistisch-fürsorglichen Verständnis von Hilfe geschuldet, das es vor allem im Hinblick auf das professionsethische Prinzip der Autonomie kritisch zu hinterfragen gilt (vgl. Marquardt 2015, S. 178f.; vgl. DBSH 2014, S. 42f.). Wohnungslosen Menschen wird zudem hierdurch eine vorurteilsgeprägte und darüber hinaus defizitorientierte, individualisierende und pathologisierende Haltung entgegengebracht, da der Fokus auf individuelle Schwächen und unzureichende Kompetenzen gelenkt wird. Letztlich führen die diskriminierenden Zuschreibungen und die Einschränkung der Selbstbestimmung im schlimmsten Fall zu einem dauerhaften Ausschluss aus dem (ersten) Wohnungsmarkt (vgl. Nagel 2015, S. 83ff.). Eine professionsethisch orientierte, reflexive Betrachtung ist deshalb in diesem Kontext besonders wichtig.

Eine mögliche Erklärung für die Konstanz des unbestimmten Konstrukts der „Wohn(un)fähigkeit“ (Nagel 2015, S.83) sieht Nagel in den Sonderformen des Wohnens innerhalb des Hilfesystems. Auch weiterhin legitimiere die Idee der Wohnfähigkeit diese Sonderformen und umgekehrt (vgl. Nagel 2015, S. 85). Innerhalb des Hilfesystems wird vor dem Hintergrund der Wohnfähigkeitsidee erfolgreiche Hilfe entsprechend daran bemessen, in welchem Ausmaß

sich die Adressat*innen dem zugrundeliegenden Ideal eines wohnfähigen Menschen angeglichen haben und weniger danach, ob eine Eingliederung in den ersten Wohnungsmarkt und somit eine Basis für echte Inklusion stattgefunden hat. Im Fall des Misslingens einer solchen Annäherung erfolgt häufig die Schlussfolgerung, dass demnach noch mehr individuelle Hilfe und Unterstützung im Rahmen einer Sonderwohnform nötig seien, wodurch sich das System legitimiert (vgl. Marquardt 2015, S.180). Hierdurch wird gleichzeitig die Sicht auf die Notwendigkeit versperrt, sich an der Veränderung bestehender Strukturen zu beteiligen (vgl. Nagel, S. 85). Marquardt zieht in ihrer Studie die Schlussfolgerung, dass die betreuten Unterbringungen im Gegensatz zu präventiven und wohnungspolitischen Maßnahmen insofern erfolgreich seien, als sie „anschlussfähig an die politischen Rationalitäten der Sozialreformen sind.“ (2013, S. 161) Somit kann man sie als passend zum aktivierenden Sozialstaat auffassen, der Leistungen zur Gewährleistung elementarer Rechte von spezifischen Gegenleistungen abhängig macht und sie entsprechend verwehrt oder entzieht, wenn Forderungen nicht erfüllt werden (vgl. Nagel 2015, S. 85, vgl. Marquardt 2013). Auch die BAG W stellt in ihrem aktuellen Positionspapier zur „Rechtsverwirklichung der Hilfen nach §§67ff SGB XII“ (BAGW 2018a) fest, dass die Einführung des SGBII und die teilweise Vermischung der zuständigen Leistungen für wohnungslose erwerbsfähige Menschen auch im Bereich der Hilfen nach den §§67ff SGB XII zu zunehmend stärkeren Anforderungen an die Bedarfsfeststellung geführt haben (vgl. BAGW 2018a, S. 2).

Letztlich erfolgt durch die professionsethisch in ihrer Angemessenheit und Sinnhaftigkeit zu reflektierenden Praktiken das Hinführen zu mehr Wohnfähigkeit in einem Rahmen, der eine hohe Form der Abhängigkeit für die Adressat*innen bedeutet. Mangelnde Kooperation kann jederzeit zum Verlust der Wohnung führen und macht sie dadurch letztlich nicht oder zumindest nicht in vollem Umfang zu einem sicheren, geschützten Rückzugsort (vgl. Busch-Geertsema 2014b, S. 157). Ähnliche Verhältnisse finden sich auch in anderen Wohnformen. Viele Unterkünfte sind beispielsweise an das Einhalten von Abstinenz geknüpft (vgl. Pleace 2016, S. 8). Hierbei findet eine Form der Hilfe statt, die darüber hinaus kaum an strukturellen und sozioökonomischen Bedingungen, beispielsweise dem angespannten Wohnungsmarkt, Sanktionierungspraxen, gesellschaftlichen und institutionellen Diskriminierungen, Armut und Schulden ansetzt (vgl. Marquardt 2015, S. 178ff.). Letztlich zeigt sich, dass selbst Formen der Unterbringung innerhalb des Hilfesystems, die sehr nah an einem normalen und gewöhnlichen Wohnverhältnis zu sein scheinen, trotzdem eine Sonderform darstellen. Auch wenn die Wohnungen beispielsweise qualitativen Standards in Bezug auf Größe und Ausstattung entsprechen, dezentral liegen und nicht als Wohneinheiten für wohnungslose Menschen zu erkennen sind, führen zahlreiche Interventionen und daran geknüpfte Bedingungen dazu, dass es sich nicht um ein normales im Sinne von selbstverständliches und umfassende Sicherheit spendendes Wohnen handelt.

Marquardt verweist in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen des Philosophen Levinas. Er beschreibt Wohnen folgendermaßen: „Das ‚bei-sich-zu-Hause‘ ist kein Behälter, sondern ein Ort, an dem ich kann, an dem ich, obwohl abhängig von einer anderen Realität, trotz dieser Abhängigkeit oder dank ihrer, frei bin.“ (Levinas 2016, S. 115, vgl. Marquardt 2015) Dieses Zitat lässt sich inhaltlich mit dem Zitat aus dem Titel dieser Arbeit verknüpfen, in dem zum Ausdruck gebracht wird, dass es um persönliche Entfaltung des eigenen Ich und Autonomie in einem geschützten Raum geht, nämlich darum zu „sein, wer ich bin“. Dies ist nur möglich, wenn die Unterkunft eine „Bleibe“ (Levinas 2016, S.115) und somit etwas Konstantes darstellt, das aufgrund seiner weitestgehenden Bedingungslosigkeit und Sicherheit persönliche Entfaltung erst möglich macht (vgl. Marquardt 2015, vgl. Nagel 2015). Letztlich wendet sich die indirekte Verknüpfung von Wohnen an die Bedingung der Wohnfähigkeit gegen die Unveräußerlichkeit der Menschenrechte bzw. kann durch diese zusätzlich als fragwürdig und unrecht entlarvt werden. Diese besagt, dass man sich das Recht auf Wohnen nicht durch spezifische Fähigkeiten verdienen muss und dass es darüber hinaus auch nicht aufgrund scheinbar fehlender oder mangelhafter Kriterien vorenthalten oder entzogen werden darf (vgl. Fremuth 2015, S. 43). Auch aus diesem Grund muss Wohnen besonders für die Profession Soziale Arbeit jenseits dieses Konstrukts der Wohnfähigkeit verstanden werden und entsprechend Haltung und Handeln leiten.

All die in den vorangegangenen Kapiteln dargestellten besonderen Bewältigungsaufgaben, Teilhabebarrrieren und Schwierigkeiten, die Wohnungslosigkeit auf Menschen jeden Alters, jeder Nationalität und jeden Geschlechts hat, gilt es demnach, durch Soziale Arbeit auf vielfältige Art und Weise zu begegnen. Dies ist nicht zuletzt deshalb relevant, weil durch die zahlreichen Folgen der Wohnungslosigkeit bei gleichzeitig steigenden Wohnungslosenzahlen das Ausmaß des menschenrechtlichen Problems deutlich wird. Hierzu muss auch der Blick auf internationale Ansätze und Strategien gerichtet werden, die für die Verbesserung der Umsetzung elementarer Rechte ein mögliches Potenzial bedeuten.

In welchem Umfang das Housing First-Konzept in der Lage ist, das Recht auf Wohnen umzusetzen, wird im Folgenden diskutiert.

7 Housing First

7.1 Begriffsbestimmung und professionsethische Einordnung

Der ursprünglich in den USA in den 1990er Jahren als „Pathways to Housing“ (Tsemberis 2010) von Sam Tsemberis entwickelte Ansatz versteht sich als Gegenentwurf zu jenem traditionellen System der Wohnungslosenhilfe, das Wohnen an bestimmte Bedingungen und Fähigkeiten knüpft, welche zunächst erlangt werden müssen,

bevor letztlich eine mietvertraglich abgesicherte Wohnung bezogen werden kann (vgl. Busch-Geertsema 2014b, S. 156, vgl. Tsemberis 2010; vgl. Steffen/Henke 2018, S. 12f.). In diesem traditionellen, sogenannten „Stufensystem“ (Busch-Geertsema 2014b, S. 156) kommt es zu einem Durchlaufen verschiedener Teilschritte innerhalb des Systems, so dass wohnungslose Menschen in der Regel zunächst in Notunterkünften oder niedrigschwelligen Angeboten versorgt werden, um dann beispielsweise nach einer längeren stationären Unterbringung in Trainingswohnungen, betreuten Wohnformen oder Wohnungen mit Sondernutzungsbedingungen und daran gekoppelter Unterstützung unter Beweis stellen zu können, dass sie in der Lage sind, eine Wohnung auf dem ersten Wohnungsmarkt zu beziehen (vgl. Parnitzke 2016, S. 25, vgl. Busch-Geertsema 2014b, S. 165ff). Sowohl in den USA, als auch in Europa wurde eine solche Praxis in Diskursen seit den 1980er Jahren immer wieder kritisch betrachtet, so dass vor diesem Hintergrund beispielsweise eine generelle Tendenz hin zu mehr ambulanten vor stationären Hilfen bei gleichzeitigem Abbau stationärer Einrichtungen festzustellen ist. Auch ambulante Fachberatungsstellen wurden gegründet und ausgebaut. Die tradierten Konstrukte und Haltungen wirken jedoch nach wie vor und sorgen dafür, dass auch heute teilweise diese Stufen durchlaufen werden müssen (vgl. Busch-Geertsema 2017b, S. 113; vgl. Busch-Geertsema 2014b, S. 157; vgl. Busch-Geertsema 2011, S.47). Vor allem die Ausführungen des vorangegangenen Kapitels zeigen, dass insbesondere die Idee eines nötigen Fähigkeitenkomplexes oder anderer spezifischer Voraussetzungen auch im deutschen System der Wohnungslosenhilfe nach wie vor Bestand haben und dementsprechend Haltungen und Interventionen leiten (vgl. Busch-Geertsema 2014b S. 156; vgl. Nagel 2015). Gelingt es den Adressat*innen nicht, entsprechende Bedingungen zu erfüllen, ist ein Zurückfallen auf vorige Stufen oder Hilfsangebote möglich, die zum Teil weniger Autonomie, Privatsphäre oder sonstige der Menschenwürde entsprechende Standards beinhalten. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn Menschen nicht die hochschwellige Anforderung einer abstinenten Lebensweise erfüllen oder nicht an spezifischen Gruppenangeboten teilnehmen können oder wollen. Die langjährige oder finale Stagnation beispielsweise in Sonderwohnformen oder auf der Straße kann die Folge sein (vgl. Busch-Geertsema 2014b, S. 157f.).

Bei Housing First steht im Gegensatz dazu die Versorgung mit einer mietvertraglich abgesicherten Wohnung nahezu bedingungslos am Beginn des Hilfeprozesses. Eine bedarfsgerechte professionelle Unterstützung findet darauf aufbauend und darüber hinaus auf freiwilliger Basis so lange wie nötig statt (vgl. Tsemberis 2010, S. 13-16, vgl. Busch-Geertsema 2014, S. 161). *Nahezu bedingungslos* deshalb, weil i.d.R. zunächst die Akzeptanz eines wöchentlichen Hausbesuchs erwartet wird. Bei Ablehnung der Hilfe erfolgt allerdings keine direkte Konsequenz, wie es beispielsweise bei einigen ambulant betreuten Wohnvarianten der Fall ist, wenn Formen von mangelnder Kooperation der Adressat*innen eine Kündigung oder Überführung

in andere Wohnformen zur Folge haben (vgl. Marquardt 2015, S. 183; vgl. Busch-Geertsema 2014b, S. 156f., S. 160; vgl. Busch-Geertsema 2013, S. 504).

Das Originalmodell sieht zum einen die Möglichkeit vor, dass das Wohnen bei Bedarf durch eine sehr intensive Form der aufsuchenden Hilfen, dem sogenannten „Assertive Community Treatment“ (ACT) (Tsemberis 2010, S.77) unterstützt wird, das sich aus einem multiprofessionellen Team zusammensetzt, in welchem beispielsweise Sozialarbeiter*innen, Krankenpfleger*innen und Professionelle aus dem psychiatrischen Bereich zusammenarbeiten und aufsuchend tätig sind (vgl. Tsemberis 2010, S. 80). Diese Vorgehensweise ist in erster Linie für Menschen mit schweren psychischen Symptomen vorgesehen. Zum anderen wird bei weniger intensiven Bedarfen das „Intensive Case Management (ICM)“ (Tsemberis 2010, S.77) eingesetzt. In diesem Rahmen wird mit Hilfe der aufsuchenden Kräfte, deren Profession in diesem Fall nicht genauer spezifiziert wird, die aber als Generalist*innen¹⁷ beschrieben werden, bei Bedarf an weitere Spezialist*innen weitervermittelt bzw. die Adressat*innen bei der Suche nach Spezialist*innen unterstützt (vgl. Tsemberis 2010, S. 77-80; vgl. Busch-Geertsema 2017b, S. 111) Die Intensität soll dabei auf die Adressat*innen und ihre Bedarfe und Wünsche individuell zugeschnitten werden (vgl. Steffen/Henke 2018, S. 14).

Als Bedingung des Konzepts kann es gewertet werden, dass ein Mietvertrag mit allgemein üblichen Bedingungen unterschrieben werden muss, auf der anderen Seite gilt die Garantie, dass dieser Vertrag auch nur aufgrund üblicher, mietrechtlicher Gründe gekündigt werden kann. Er endet somit auch dann nicht, wenn keine weiterführende Hilfe mehr benötigt wird. Es wird also ein weitestgehend an die Normalität angeglichenes Mietverhältnis gewährleistet (vgl. Busch-Geertsema 2013, S. 504).

Der Ansatz folgt der Überzeugung, dass der tatsächliche Unterstützungsbedarf sich erst in einem eigenen und sicheren Wohnverhältnis offenbart und das Hilfeprozesse jenseits der Sonderwohnformen demzufolge realitätsnäher sind, weil sie nicht erst übertragen werden müssen (vgl. Busch-Geertsema 2017b, S. 112; vgl. Busch-Geertsema 2013, S. 506). Sollte es zu einer Kündigung der Wohnung durch die Vermieter*innen kommen, endet der professionelle Hilfeprozess nicht. Die Adressat*innen werden stattdessen in diesem Fall darin unterstützt, entweder eine neue mietrechtlich abgesicherte Wohnung zu finden oder aber in Fällen, wo dies nicht möglich sein sollte, eine andere geeignete Unterkunft zu erhalten (vgl. Pleace 2016, S. 33). Die Garantie der Unterstützung erlischt ebenfalls dann nicht, wenn Adressat*innen sich dazu entscheiden umzuziehen (vgl. ebd.). Tsemberis konzipierte das Konzept ursprünglich für wohnungslose Menschen mit psychischen Erkrankungen und meist zusätzlichen Substanzabhängigkeiten. Demnach ist der Anteil jener Menschen in den meisten Housing First-Projekten

¹⁷ Die Rolle der Generalist*innen können gemäß ihrer Profession Sozialarbeiter*innen erfüllen.

i.d.R. sehr hoch (vgl. Pleace 2016, S. 12f; vgl. Steffen/Henke 2018, S. 13, S. 61; vgl. Tsemberis 2010).

Tsemberis (2010, S. 18) legte dem Ansatz folgende 8 Prinzipien zugrunde:

- Wohnen als grundlegendes Menschenrecht
Im Original: "Housing as a basic human right"
- Respekt, Wärme und Mitgefühl für alle Adressat*innen
Im Original: „Respect, warmth, and compassion for all clients"
- Garantie der Begleitung durch Hilfsangebote so lange wie nötig
Im Original: "A commitment to working with clients for as long as they need"
- Dezentrale und unabhängige Wohnungen
Im Original: „Scattered-site housing; independent apartments"
- Entkopplung von Wohnung und Unterstützung
Im Original: "Separation of housing and services"
- Wahlmöglichkeiten der Adressat*innen und Selbstbestimmung
Im Original: „Consumer choice and self-determination"
- Orientierung am Heilungsprozess, Gesundheit und Wohlbefinden
Im Original: "A recovery orientation"
- Schadensminimierung
Im Original: "Harm reduction" (Tsemberis 2010, S. 18; vgl. Busch-Geertsema 2017c, S.18f.; vgl. Pleace 2016)

Betrachtet man diese Prinzipien vor dem Hintergrund der Professionsethik, lassen sich hierin grundlegende Prinzipien Sozialer Arbeit wiedererkennen.

Die Housing First-Prinzipien machen die Ausrichtung auf ein Höchstmaß an Autonomie, Wohlwollen und Wertschätzung deutlich. Die menschenrechtlich begründete Bedingungslosigkeit des Ansatzes geht einher mit der „Haltung des Nicht-Wissens“ (DBSH 2014, S. 26), die die Einzigartigkeit der Adressat*innen und demzufolge ihre Lebenswege als individuelle Entscheidungen und persönliche Lösungswege akzeptiert und wertschätzt und das Prinzip der Autonomie erfüllt (vgl. ebd., S. 27). Zwar sieht auch der Housing First-Ansatz vor, dass Adressat*innen darin unterstützt werden, beispielsweise finanzielle Schwierigkeiten zu überwinden und erneute Verschuldungen zu vermeiden. Auch sollen die Adressat*innen dahingehend bestärkt werden, sich an gemeinschaftlichen Aufgaben im Haus zu beteiligen, um letztlich den Mietvertrag nicht zu gefährden. Jene Unterstützungsangebote finden jedoch nach dem Wohnungsbezug aus präventiven Gründen statt und erfüllen somit nicht das Kriterium einer Bedingung (vgl. Pleace 2016, S.44). Hieraus ergibt sich eine reflexive Sichtweise, die kritisch mit Einstellungen umgeht und Kategorisierungen und Vorurteile vermeidet, wie sie beispielsweise durch das Konstrukt der Wohnfähigkeit ausgedrückt werden (vgl. DBSH 2014, S. 26-30). Hier lässt sich auch das Housing First-Prinzip *harm reduction* einordnen, wodurch beispielsweise Substanzgebrauch ebenfalls zunächst akzeptiert und lediglich in seinem Risiko bzw. in den negativen gesundheitlichen Folgen reduziert werden soll (vgl. Busch-Geertsema 2014b, S. 160). Es kann trotzdem Ziel des Hilfeprozesses sein, die Adressat*innen darin zu unterstützen, ein substanzmittelfreies Leben zu führen, wenn es dem Willen und den Ressourcen der Adressat*innen entspricht (vgl. Pleace 2016, S.37). Die Konzentration auf Ressourcen wird auch durch die

Orientierung an Heilung und Gesundung erkennbar, die sich gegen die Fokussierung auf individuelle Defizite richtet und letztlich Diskriminierungen vermeidet bzw. ihnen entgegenwirkt (vgl. DBSH 2014, S. 26-30). In der professionellen Unterstützung geht es vor diesem Hintergrund um das Anregen von Empowermentprozessen, die u.a. auch dazu befähigen sollen, die eigenen Bedürfnisse wahrzunehmen und einzufordern und eine Bewusstseinsbildung dahingehend zu erlangen, dass Veränderungen wieder möglich erscheinen (vgl. Pleace 2016, S. 35f.) Die grundlegende Orientierung am Prinzip der Autonomie wird zudem durch zahlreiche weitere Aspekte sichtbar. Die Wohnungssuche ist beispielsweise so weit wie möglich an eine gewöhnliche Wohnungssuche angeglichen und beinhaltet deshalb ein Höchstmaß an Partizipation der Adressat*innen. Dies wird dadurch gewährleistet, dass ihnen im Rahmen der Möglichkeiten des Wohnungsmarktes ein hohes Maß an Wahlmöglichkeiten im Hinblick auf die Lage der Wohnung und deren Ausgestaltung übertragen wird (vgl. Busch-Geertsema 2017c, S.19). Hierbei ist es darüber hinaus von Bedeutung, dass die Wohnungen dezentral liegen und nicht in einem spezifischen Wohnkomplex verortet sind, der als solcher erkannt werden kann. Dies wird beispielsweise dadurch sichergestellt, dass nicht mehr als 20% der Wohnungen innerhalb eines Häuserkomplexes im Rahmen des Housing First-Ansatzes vergeben werden (vgl. Tsemberis 2010, S.22). Hierdurch wird der Stigmatisierung einzelner Wohnkomplexe und somit auch der Diskriminierung der dort lebenden Menschen vorgebeugt und dadurch eine wesentliche Basis für Inklusion geschaffen, was ebenfalls den zentralen Haltungen Sozialer Arbeit entspricht (vgl. Tsemberis 2010, S. 22; vgl. Busch-Geertsema 2011, S. 45).

Sowohl die menschenrechtlich begründete Bedingungslosigkeit als auch die wertschätzende Ausrichtung auf Ressourcen und Selbstbestimmung und daraus resultierende Veränderung des Machtverhältnisses zwischen Adressat*innen und Sozialarbeiter*innen entsprechen somit den professionsethischen Haltungen und Prinzipien Sozialer Arbeit. Hierdurch wird die Basis für eine gelingende Hilfebeziehung geschaffen, in der die Adressat*innen trotz zahlreicher Teilhabebarrieren Expert*innen ihres Lebens sind (vgl. DBSH 2014).

7.2 Evaluationen im Kontext Housing First

Erstmals wurde der Housing First-Ansatz 1996 im Rahmen der vergleichenden „New York Housing Study“ (Padgett/Henwood/Tsemberis 2016, S. 50) im Hinblick auf seine Auswirkungen empirisch untersucht. Insgesamt 225 wohnungslose Menschen mit psychischen Erkrankungen, darunter zahlreiche Doppeldiagnosen, wurden hierbei zufällig mit einem Anteil von 99 Teilnehmenden dem Housing First-Modell und mit einem Anteil von insgesamt 126 Teilnehmenden dem herkömmlichen Hilfesystem zugeordnet. Letztere erhielten zunächst entweder eine Unterkunft in einer stationären Einrichtung, in Wohngemeinschaften oder anderen Unterkünften, die jeweils an die Teilnahme von spezifischen Behandlungseinheiten oder sonstigen therapeutischen Auflagen gekoppelt waren, bevor sie eine Normalwohnung beziehen konnten

(vgl. Padgett/Henwood/Tsemberis 2016, S. 51ff; vgl. Steffen/Henke 2018, S.15f, vgl. Busch-Geertsema 2017c, S. 20). Zentrales Ergebnis der Studie war zunächst der hohe Prozentsatz von insgesamt 80% derer, die nach zwei Jahren innerhalb der Housing First-Gruppe konstant in mietvertraglich abgesichertem Wohnraum lebten, während nach 2 Jahren in der Kontrollgruppe nur 30% der Teilnehmenden in einer solchen Regelwohnung lebten (vgl. Padgett/Henwood/Tsemberis 2016, S. 53f.; vgl. Steffen/Henke 2018, S. 16). Kein Unterschied konnte bezüglich einer positiven Entwicklung bei den psychischen Erkrankungen oder in Bezug auf den Substanzmissbrauch festgestellt werden. Erwähnenswert ist hierbei allerdings, dass in der Kontrollgruppe häufiger spezifische Behandlungen unter Auflage erfolgten, welche jedoch nicht zu weniger Konsum oder einer generellen Besserung psychischer Symptomatiken führten, hingegen aber durch die Gebundenheit nicht das Autonomie-Prinzip erfüllten (vgl. Steffen/Henke 2018, S. 16). Dieser Aspekt spricht demnach gegen die pauschale Forderung einer spezifischen psychiatrischen Behandlung, wie sie in 5.5.2 dargestellt wurde (vgl. Bäuml et al. 2017a, S. 236ff.; vgl. Kunstmann 2017, S. 61). Mehrere in den USA und Kanada durchgeführte Studien¹⁸ belegten im Anschluss in erster Linie den erfolgreichen Wohnungserhalt.

Zusätzlich zu den dargestellten Ergebnissen beziehen sich viele der in den USA durchgeführten Studien und daraus abgeleitete Prognosen auf finanzielle Vorteile des Housing First-Ansatzes. In erster Linie geht es dabei um Nachweise von Einsparungen gegenüber dem herkömmlichen Hilfesystem in Form von Reduzierung der Kosten für Krankenhausaufenthalte oder stationäre Unterbringungen. Letztlich führten diese herausgestellten Einsparungen in Zusammenhang mit der nachgewiesenen Reduzierung der Wohnungslosigkeit dazu, dass sogar unter der konservativen Bush-Regierung die Umsetzung des Housing First-Ansatzes vorangetrieben wurde (vgl. Parnitzke 2016, S. 33f). Ethisch betrachtet ist diese Intention der Umsetzung kritisch zu betrachten, da eine effektive Form der Hilfe, die letztlich dazu führen soll, ein Menschenrecht zu erfüllen, nicht an finanziellen Kriterien gemessen werden darf und auch bei höheren Kosten angestrebt werden muss. Zudem muss es als äußerst kritisch betrachtet werden, dass ein Nachweis finanzieller Einsparungen oft nur erfolgen kann, wenn hohe Kosten des ursprünglichen Systems im Vergleich zu einem neuen Ansatz analysiert und öffentlich gemacht werden (vgl. Parnitzke 2016, S. 33f.). Dies birgt die Gefahr, hierdurch in erster Linie darzulegen, wie teuer wohnungslose Menschen im Kontext staatlicher Ausgaben sind. Dies hat eine Reduktion der Menschen und ihrer Rechte auf finanzielle Kriterien zur Folge und stellt eine nicht zu vertretende Form der Abwertung dar. Trotzdem darf die Möglichkeit nicht aus dem Blick gelassen werden, dass im Hinblick auf die Beschaffung kommunaler finanzieller Mittel und der Etablierung im Hilfesystem das Argument der möglichen Kosteneinsparung zunächst ein wichtiges im Sinne von sehr überzeugendes sein kann. Hierdurch könnte darüber

¹⁸ Vergleiche hierzu Padgett/Henwood/Tsemberis 2016, S.57 mit einer Übersicht von insgesamt 8 Studien im Zeitraum von 2000-2013.

hinaus mit Bezugnahme auf die erfolgreiche Umsetzung in anderen Ländern die Etablierung des Ansatzes auf übergeordneter, nationaler Ebene mit entsprechender gesetzlicher Grundlage und sicheren Finanzierungsmöglichkeiten erfolgen, wie es beispielsweise in Belgien bereits der Fall ist (vgl. Steffen 2017, S. 128; vgl. Parnitzke 2016, S. 3). Durch die nationale Umsetzung könnte zudem u.a. gewährleistet werden, dass die Projekte einheitlichen Kriterien folgen und somit besser evaluiert werden können (vgl. Parnitzke 2016, S. 37). In diesem Kontext ist es entscheidend, im Sinne eines politischen Mandats nachdrücklich bestehende Missstände zu skandalisieren und in diesem Zusammenhang die menschenrechtlichen Hintergründe und Vorteile des Ansatzes zu vertreten. Es muss also in erster Linie darum gehen, Kriterien der Wirksamkeit im Hinblick auf die Umsetzung des Rechts auf Wohnen darzulegen und diesbezüglich das bisherige System allenfalls neben anderen zentralen Kriterien auch finanziell als ineffektiv zu entlarven. Hierbei geht es somit auch darum, auf die Verantwortung des Sozialstaats im Hinblick auf dieses in seiner Bandbreite sehr massiven Problems aufmerksam zu machen (vgl. Parnitzke 2017, S. 4, S. 33).

7.3 Evaluationen in Europa

Nachdem Housing First in den USA 2010 von der US-amerikanischen Regierung als Lösungsansatz der Wohnungslosenhilfe in einer nationalen Agenda festgehalten wurde, nahmen auch zahlreiche Länder in Europa, beispielsweise Dänemark, Finnland, Schweden, Frankreich, Irland und Norwegen, den Ansatz in nationale Strategien und Programme zur Reduzierung von Wohnungslosigkeit auf (vgl. Parnitzke 2016, S.3, S. 27; vgl. Steffen/Henke 2018, S. 18). Nicht alle im Rahmen dieser Programme durchgeführten Projekte entsprachen zu 100% dem Originalmodell, bei einigen Umsetzungen fanden beispielsweise Wohnungsvergaben in Wohnkomplexen statt oder zumindest konzentrierter, als es der Ansatz mit der Vorgabe, nicht mehr als 20% innerhalb eines Komplexes zu vergeben, vorsieht. Dementsprechend vorsichtig sind sie in Bezug auf Aussagen über die Wirkung des Ansatzes zu bewerten (vgl. Steffen/Henke 2018, S. 18f.; vgl. Tsemberis 2010, S. 22). Sowohl die skandinavischen Länder Finnland, Dänemark und Norwegen, als auch zahlreiche Städte in England führten zum Teil umfangreiche Projekte durch, die sich weitestgehend an dem Originalmodell orientierten, jedoch sowohl in der Zahl der Teilnehmenden als auch zeitlich und in Bezug auf die Untersuchungsmethoden stark variierten. Allerdings kamen sie zu ähnlichen Ergebnissen wie schon die New Yorker Studie. Vor allem die Versorgung mit mietvertraglich abgesichertem Wohnraum über den Zeitraum der Untersuchung konnte zu einem hohen Prozentsatz belegt werden (vgl. Steffen/Henke 2018; vgl. Parnitzke 2016).

Im Auftrag der europäischen Kommission wurden zudem vier unterschiedliche Projekte in Amsterdam, Glasgow, Lissabon und Kopenhagen in einer Meta-Analyse miteinander verglichen und ausgewertet (vgl. Busch-Geertsema 2013, S. 506ff.; vgl. Steffen/Henke 2018, S.

29f.). Auch bei diesen Untersuchungen erfolgte keine einheitliche Untersuchungsmethode, allerdings fand bei allen Projekten die Evaluation mittels Interviews der teilnehmenden Adressat*innen statt. Zudem wurden beispielsweise Projektberichte und Monitoringdokumentationen quantitativ ausgewertet (vgl. Steffen/Henke 2018, S. 30; vgl. Busch-Geertsema 2013, S. 506ff). Auch in diesem Fall wurde keines der Projekte mit 100%iger Übereinstimmung mit dem Original-Konzept durchgeführt, wesentliche Kriterien, wie beispielsweise die dezentrale, mietvertraglich abgesicherte Wohnversorgung und die an individuellen Bedürfnissen abgestimmte Hilfe wurden allerdings weitestgehend erfüllt (vgl. Steffen/Henke 2018, S. 30). Zu den Teilnehmenden zählten generell Menschen, die meist schon Jahre lang ohne Wohnung waren und die zudem vielfältige und komplexe Schwierigkeiten entwickelt hatten, darunter häufig psychische Erkrankungen und zusätzlich in der Regel Substanzabhängigkeiten (Busch-Geertsema 2013, S. 506, vgl. Steffen/Henke 2018, S. 31). Die unterstützenden Hilfen fanden multiprofessionell oder mit starker Vernetzung zu entsprechenden Expert*innen beispielsweise aus der Suchthilfe oder Psychiatrie statt und differierten in ihrer genauen Ausgestaltung (vgl. Busch-Geertsema 2013, S. 507). Auch in dieser Metaanalyse konnte eine hohe Anzahl an Wohnungsvermittlungen und darüber hinaus ein hohes Niveau des Wohnungserhalts von 80-90% konstatiert werden (vgl. Busch-Geertsema 2013, S. 507). In Bezug auf Substanzmissbrauch und -abhängigkeiten wurde der Ansatz ebenfalls als wirksam gewertet. Sowohl Lissabon, Glasgow als auch Amsterdam konstatieren eine Reduzierung des Konsums oder sogar eine Hinführung zu Abstinenz. In Amsterdam hatten beispielsweise 70% der Teilnehmenden ihren Substanzgebrauch reduziert, 89% empfanden eine Verbesserung ihrer Lebensqualität und 70% der Teilnehmer*innen erlebten eine Verbesserung ihrer psychischen Gesundheit (vgl. Pleace 2016, S. 24). Bei einer Minderheit habe sich der Substanzgebrauch jedoch nicht verändert, bei wenigen Adressat*innen sogar verschlimmert (vgl. Busch-Geertsema 2013, S. 507). Hierbei ist allerdings zu bedenken, dass einige Projekte zum Zeitpunkt der Analyse erst seit einem Jahr durchgeführt wurden und innerhalb eines so kurzen Zeitraums diesbezüglich die Erwartungen nicht zu hoch sein dürfen. Darüber hinaus kann die Intensität des Substanzgebrauchs generell phasenweise variieren. Zudem geht Housing First nach dem Prinzip der harm reduction vor und bietet somit grundsätzlich zunächst akzeptierende und risikominimierende Unterstützung, deren Fokus nicht auf Abstinenz, sondern auf langfristige Stabilisierung und Sicherheit gerichtet ist (vgl. Busch-Geertsema 2013, S. 507). Es konnte zudem vermehrt die Wiederaufnahme einer Erwerbsarbeit festgestellt werden. In Bezug auf Inklusion in die Nachbarschaften und Quartiere wurden gemischte Ergebnisse festgehalten. So gab es einige Teilnehmer*innen, die sich an Aktivitäten im Stadtteil beteiligten und Kontakte und Beziehungen aufbauten, wiederum andere zogen sich eher zurück oder waren weniger aktiv (vgl. Busch-Geertsema 2013, S. 508). An dieser Stelle muss kritisch betrachtet werden, ob man bei den Teilnehmenden evtl. den Fokus eher auf Isolationstendenzen lenkt und dabei aus den

Augen verliert, dass hierdurch u.U. normales menschliches Verhalten wiedergespiegelt und Selbstbestimmung gelebt wird. Denn auch Menschen, die nicht von Wohnungslosigkeit betroffen waren, variieren in ihren Wünschen, sich beispielsweise an Aktivitäten im Quartier zu beteiligen (vgl. ebd.). Diese reflexive Betrachtung ist vor allem vor dem Hintergrund der geschilderten Wohnfähigkeits-Deutungen wichtig, da auch hier die Erwartung einer an unreflektierten Normalitätsvorstellungen orientierten konstruierten Eingliederungsfähigkeit dahinter verborgen sein könnte. Dennoch gilt es, Isolationstendenzen, die beispielsweise mit einem hohen Leidensgrad oder Depressionen einhergehen, wahr- und ernst zu nehmen, darüber hinaus mögliche gesellschaftliche Barrieren zu identifizieren und Diskriminierungen zu entlarven. Dementsprechend müssen bedürfnisorientierte Unterstützungen und/oder Quartiersarbeit gewährleistet und darüber hinaus entsprechende Empowermentprozesse angeregt werden (vgl. Steffen/Henke 2018, S. 33; vgl. Quilgars/Pleace 2016, S. 8f.).

Insgesamt konnte durch die Befragungen ein hoher Zufriedenheitsgrad der Teilnehmenden festgestellt werden, der in erster Linie mit dem eigenen, sicheren Wohnraum begründet wurde. Zudem wurden auch die individuellen und zeitlich nicht beschränkten unterstützenden Hilfen sehr positiv gewertet (vgl. Steffen/Henke 2018, S. 32). Besonders hervorgehoben wurde in diesem Kontext der Grad der empfundenen Selbstbestimmung (vgl. Steffen/Henke 2018, S. 27f.). Vor diesem Hintergrund wurde auch der akzeptierende Ansatz in Bezug auf Substanzgebrauch als hilfreich und wertschätzend empfunden (vgl. Steffen/Henke 2018, S. 27-33). Die Beziehungen zwischen den Adressat*innen und den Sozialarbeiter*innen wurden darüber hinaus generell als sehr wohlwollend wahrgenommen. Im Hinblick auf die bei vielen Adressat*innen vorkommenden psychischen Erkrankungen und den Substanzmissbrauch lassen sich insgesamt positive Tendenzen ausmachen (vgl. Pleace 2016). Kritik wurde bezüglich der geringen Wahlmöglichkeiten bei der Wohnungssuche geäußert. Diese Einschränkung ist jedoch aufgrund des angespannten Wohnungsmarkts kaum vermeidbar und entspricht den Hindernissen einer Wohnungssuche nicht wohnungsloser Menschen. Es muss abgesehen davon erwähnt werden, dass bei einigen wenigen Adressat*innen die Vermittlung in Wohnraum länger dauerte, was grundsätzlich die Notwendigkeit von vorläufigen Zwischenschritten nötig machte, um ein Ausweichen auf die Straße oder in kaum akzeptable Notunterkünfte zu vermeiden (vgl. Steffen/Henke 2018, S. 33). Steffen und Henke warnen vor diesem Hintergrund davor, „in einem falschen Verständnis von Housing First“ (2018, S. 37) die nötige Unterstützung hierfür nicht über entsprechende Hilfen bereitzustellen. Generell ist kritisch zu erwähnen, dass es innerhalb des Housing First-Ansatzes keine klar festgelegten Kriterien gibt, die eingrenzen, wie lange die Wartezeit auf eine Wohnung sein darf, um noch als angemessen zu gelten und wie genau die Versorgung bei längerer Wartezeit ausgestaltet werden soll (vgl. Busch-Geertsema 2016, S. 20).

7.4 Potenzial für verschiedene Adressat*innen und Bewältigungsaufgaben

Wie die Potenziale des Housing First-Ansatzes im Hinblick auf verschiedene Adressat*innen, besondere Schwierigkeiten und Bedarfe eingeordnet und bewertet werden können und welche Entwicklungsnotwendigkeiten sich daraus ergeben, wird im Folgenden herausgearbeitet.

Zusätzlich zu den dargestellten Ergebnissen stellt Pleace, der zahlreiche Studienergebnisse und Befragungen in seinem „Housing First Guide Europe“ (2016) zusammenführt, in seinen Ausarbeitungen heraus, Housing First habe eindeutig ein hohes Potenzial, das allgemeine Stressniveau grundsätzlich zu reduzieren und darüber hinaus sowohl Substanzmittelkonsum als auch psychische Schwierigkeiten zu verringern und den gesundheitlichen Allgemeinzustand zu verbessern (vgl. Pleace 2016, S. 23ff.). Viele der Teilnehmenden empfinden darüber hinaus eine generelle Verbesserung ihrer Lebensqualität. Zudem kommt eine französische Studie zu dem Ergebnis, dass Krankenhausaufenthalte durch Housing First deutlich reduziert werden können (vgl. Pleace 2016, S. 24f.). Diese Aspekte scheinen zentral vor dem Hintergrund, dass viele wohnungslose Menschen, wie in 5.5.1 dargestellt, einen oft prekären gesundheitlichen Allgemeinzustand aufweisen und beispielsweise vermehrt unter chronischen Krankheiten leiden, die sich aufgrund der problematischen Wohnverhältnisse erst entwickeln (vgl. Bäuml et al. 2017a, S. 226; vgl. Rosenke 2018b, S. 219). Zentrale Aspekte, wie die garantierte Rückkehr in eine Sicherheit und Ruhe spendende Umgebung nach einem Krankenhausaufenthalt oder generell die Möglichkeit, Krankheiten in einem persönlichen, von Autonomie geprägten Schutzraum auskurieren zu können, werden durch die Umsetzung des Housing First-Ansatzes gewährleistet.

In Bezug auf Substanzgebrauch und psychische Erkrankungen lässt sich Housing First zusätzlich zu den erwähnten Evaluationsergebnissen dahingehend bewerten, dass das Wohnen in Normalwohnraum eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Stabilisierung darstellen kann. „Denn nur wer nicht tagtäglich um das schlichte Überleben kämpfen muss, hat die Möglichkeit, sich mit dem eigenen Suchtverhalten auseinanderzusetzen und das eigene Verhalten längerfristig zu verändern“ betonen diesbezüglich Neubacher/Bartels/Lühns (2015, S. 12) in diesem Kontext. Auch der akzeptierende Ansatz der harm reduction und die in diesem Zusammenhang zum Ausdruck gebrachte Wertschätzung für die bisherigen individuellen Lösungswege der Adressat*innen unterstützen dies entsprechend (vgl. Tsemberis 2010, S. 18-21). Die Überlegungen in 5.5.2 machen zudem sichtbar, dass besonders im Bereich der psychischen Schwierigkeiten und/oder Substanzabhängigkeiten eine interdisziplinäre Vernetzung bei gleichzeitiger Wahrung der Autonomie der Hilfsangebote zentral ist, um flexible und individuelle Lösungswege ohne paternalistische Tendenzen zu gewährleisten, was durch die persönlichen interdisziplinär ausgerichteten Hilfen des Housing First-Ansatzes gewährleistet werden kann (vgl. Tsemberis 2010; vgl. Kunstmann 2017, S. 57-61). Housing First kann somit als

Alternative zu der generellen Forderung nach mehr spezifischer psychiatrischer Behandlung betrachtet werden, da in den Projekten auch bei Menschen mit Mehrfachdiagnosen und zusätzlichen Substanzabhängigkeiten der Erhalt der Wohnung erreicht werden konnte und vielfach eine Verbesserung der Lebensqualität und psychischen Gesundheit erlebt wurde (vgl. Pleace 2016, S. 24; vgl. Kunstmann 2017). Zudem muss bedacht werden, dass selbst in Studien, in denen beispielsweise keine eindeutigen positiven Entwicklungen bezüglich psychischer Symptome oder Substanzgebrauch festgestellt werden konnten, wie es bei der New Yorker Studie der Fall war, dennoch der Wohnungserhalt über den Untersuchungszeitraum sichergestellt werden konnte. Hierdurch wird folglich zumindest die Gefahr weiterer aus prekären Wohnverhältnissen resultierender negativer Einflüsse wirksam eingedämmt (vgl. Steffen/Henke 2018, S. 23). An dieser Stelle müsste differenzierter und vor allem langfristiger untersucht werden, inwiefern sich der Grad der empfundenen Lebensqualität durch die sicherheitsspendenden, stabilen Lebensverhältnisse unabhängig von diagnostizierbaren Symptomen verändert. In diesem Kontext bieten Padgett et al. (2007) durch den Nachweis einer erhöhten Seinsgewissheit bereits entscheidende Hinweise (vgl. Padgett 2007, o.S.).

Zudem kann festgehalten werden, dass das Wohnen in einer mietvertraglich abgesicherten Wohnung einen wirkungsvollen Schutz vor Diskriminierung wohnungsloser Menschen bietet. Nicht nur das Leben auf der Straße, sondern auch das Wohnen in spezifischen Sonderwohnformen macht das Stigma Wohnungslosigkeit sichtbar und setzt die dort lebenden Menschen den zahlreichen zuvor beschriebenen Diskriminierungsformen bis hin zu lebensbedrohlichen Gewalttaten aus. Housing First bietet hierfür auf zwei verschiedenen Ebenen Schutz. Zum einen, weil die mietvertraglich abgesicherte Wohnung einen Raum darstellt, der durch Verschließen der Wohnungstür zu einem ganz konkreten Schutzraum wird und zum anderen, weil durch den Bezug einer dezentralen Wohnung in heterogenen Nachbarschaftsverhältnissen eine spezifische Kennzeichnung als *wohnungslos* im Sinne eines Stigmas wegfällt (vgl. Steffen/Henke 2018, S.58). Gleichzeitig wird durch diese sozialräumliche Inklusion eine Basis für weitergehende Inklusionsprozesse geschaffen.

Eine genderspezifische Betrachtung wurde in der Regel in den bisherigen Evaluationen nicht unternommen. Sowohl für Frauen als auch für Männer sowie für Menschen, die sich jenseits der binären und heteronormativen Kategorien zugehörig fühlen, bietet die mietvertraglich abgesicherte Wohnung Schutz vor Diskriminierungen und Gewalt. Durch die Sicherheit der Wohnung entfällt beispielsweise für viele Frauen der Druck, in Zwangspartnerschaften oder Mitwohnverhältnissen wohnen zu müssen und hierdurch der Gefahr von sexualisierter Gewalt und Unterdrückung ausgesetzt zu sein. Gleichzeitig entfällt das in der Relation zu wohnungslosen Männern besonders große Risiko sexualisierter oder anderer Gewalt in spezifischen Unterkünften oder auf der Straße. Pleace betont, dass es deshalb von Bedeutung sei, besonders im Hinblick auf Frauen mit traumatischen Erfahrungen durch sexualisierte Gewalt und

Missbrauch spezifische und bedarfsgerechte Unterstützungsangebote zu entwickeln, um Frauen durch Housing First adäquat betreuen zu können (vgl. Pleace 2016, S. 82). Dieser Aspekt gilt ebenso für Menschen, die sich als LSBT* identifizieren. Zu bedenken ist, dass die häufig verdeckte Wohnungslosigkeit bei Frauen aufgrund des Unterkommens in scheinbar normalen Verhältnissen bzw. Mitwohngelegenheiten häufig nicht als solche erkannt wird (vgl. Gerull 2014, S. 31f.). An dieser Stelle zeigt sich, dass dieser Umstand auf weitere gesellschaftliche Veränderungsprozesse treffen muss. Grundsätzlich gilt es, ein stärkeres Bewusstsein für tradierte geschlechtshierarchische Verhältnisse und heteronormative Vorgaben zu schaffen, wozu die Profession Soziale Arbeit u.a. durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit beitragen muss. Zudem offenbart dieser Aspekt wiederum die Notwendigkeit präventiver Angebote, die sehr viel früher ansetzen müssen. Auch die gezielte Zusammenarbeit mit Frauenhäusern ist in diesem Kontext zentral (vgl. Pleace 2016, S. 81).

Die Ergebnisse der Befragungen und des hohen Zufriedenheitsniveaus in Bezug auf Selbstbestimmung und Vertrauen zu den Betreuenden lassen darauf schließen, dass wohnungslose Männer die spezifischen unterstützenden Hilfen gut akzeptieren können (vgl. Steffen/Henke 2018, S. 27f.). Der von einem hohen Maß an Autonomie und Partizipation geprägte Rahmen des Ansatzes kann die Wahrscheinlichkeit verringern, dass Männer die Hilfsangebote als Einschränkung ihrer Autonomie empfinden und deshalb wichtige Hilfen vermeiden bzw. ablehnen (vgl. Fichtner 2005).

Auch jungen wohnungslosen Erwachsenen kann der Housing First-Ansatz durch seine Kombination aus bedingungsloser Vermittlung von Normalwohnraum und darauf aufbauender ressourcenorientierter Unterstützung helfen, die Spirale aus Perspektivlosigkeit und Wohnungslosigkeit frühzeitig zu durchbrechen. Hier ist es u.a. von Bedeutung, wichtige Aspekte der Hilfen nach SGB VIII und SGB XII miteinander zu vernetzen, um eine bedürfnisgerechte Unterstützung gewährleisten zu können (vgl. Lutz/Sartorius/Simon, S. 187-190). Die Notwendigkeit, spezifische Bedarfe zu erfassen und in entsprechende präventive Hilfsangebote umzusetzen, ist in diesem Kontext ebenfalls von Bedeutung. Gleichzeitig gilt es, auf die gängige Praxis des SGBII durch Öffentlichkeitsarbeit und durch konstruktive Auseinandersetzungen mit entsprechenden Akteur*innen verändernd einzuwirken, da hierdurch ebenfalls präventiv Wohnungslosigkeit verhindert werden könnte, wie die in 3.4 dargestellten Untersuchungen zeigen (vgl. Ames 2009; vgl. Deutscher Bundestag 2017). Parallel dazu gilt es, bei den Adressat*innen Empowermentprozesse anzuregen, damit sie u.a. in ihren Möglichkeiten bestärkt werden, ihre rechtlichen Optionen besser auszuschöpfen. (vgl. Lutz/Sartorius/Simon, S. 187-190).

Auch älteren Menschen kann Housing First durch die interdisziplinären und individuellen Unterstützungsleistungen die Möglichkeit bieten, den besonderen Schwierigkeiten und Bedarfen eines höheren Alters gerecht zu werden. Allein die Möglichkeit, in der eigenen Wohnung so

lange wie möglich Sicherheit zu erfahren und Krankheiten auskurieren zu können, kann lebensverlängernd wirken (vgl. Giffhorn 2018a, S. 371).

In einem weiter gefassten Verständnis von Housing First muss auch die Versorgung von Familien an Bedeutung gewinnen (vgl. Parnitzke 2016, S. 78; vgl. Pleace, S. 82). In diesem Kontext müssen demzufolge die vielfältigen Bedürfnisse jedes einzelnen Mitglieds eines ganzen Familiensystems berücksichtigt werden. Erneut ist an dieser Stelle exemplarisch die Kooperation und Vernetzung mit der Kinder- und Jugendhilfe zentral, um den daraus resultierenden besonderen Anforderungen gerecht werden zu können (vgl. Pleace 2016, S. 82). Auch Alleinerziehende haben durch die Versorgung mit vertraglich abgesichertem Wohnraum die Möglichkeit, mit ihren Kindern zusammenzuleben, da durch den geschützten Raum und unterstützende bedarfsgerechte Hilfen eine Fremdunterbringung wegen Gefährdung des Kindeswohls wahrscheinlich häufiger vermieden werden kann. Hierdurch offenbart sich gleichzeitig auch die mögliche Bedeutung des Ansatzes für Kinder.

Eingewanderte und geflüchtete Menschen müssen ebenfalls vermehrt zu den Adressat*innen des Ansatzes gehören, was in den Studien oder der Literatur zu Housing First allerdings bisher ebenfalls kaum Erwähnung findet. Dies ist insbesondere deshalb von Bedeutung, da eingewanderte oder geflüchtete Menschen auf kumulative Diskriminierungsmechanismen treffen, die sich auch bei der Wohnungssuche bemerkbar machen (vgl. Steckelberg 2018, S. 41f.). Somit ist diese Adressat*innengruppe multiplen Teilhabebbarrieren ausgesetzt, die über die der Wohnungslosigkeit hinausgehen. Umso dringlicher scheint für diese auf verschiedenen Ebenen vulnerable Gruppe die Möglichkeit, mit dezentralem und sicherem Wohnraum versorgt zu werden. Hier gilt es, die Unterstützungsangebote zum einen kultursensibel zu gestalten und zum anderen dem Umstand Rechnung zu tragen, dass vor allem bei Geflüchteten der Anteil jener Menschen besonders hoch ist, die zusätzlich zur Schwierigkeit der Wohnungslosigkeit auch traumatische Erfahrungen im Kontext ihrer Fluchtursachen und der Flucht selbst bewältigen müssen (vgl. Busch-Geertsema 2017b, S. 117).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Housing First für alle erwähnten Adressat*innen ein hohes Potenzial aufweist, Bedingungen zu schaffen, die das Recht auf Wohnen ermöglichen und dadurch die Basis für weitere Inklusionsprozesse bereiten. Bislang sind trotz allmählicher Öffnung des Ansatzes allerdings primär Menschen mit psychischen Schwierigkeiten und Substanzabhängigkeiten im Fokus der umgesetzten Projekte. Um dem sozialen Problem Wohnungslosigkeit zu begegnen, ist allerdings ein weiter gefasstes Verständnis von Housing First sinnvoll, das auch andere besonders vulnerable Gruppen einbezieht und die entsprechenden flexiblen weiterführenden Hilfen gemäß den Bedarfen bereitstellt (vgl. Parnitzke 2016, S. 78.). Hier können erneut die Grundsätze der Menschenrechte richtungsweisend und argumentationslenkend sein, die aufgrund ihrer Universalität für alle Menschen ohne weitere Bedingung als der des Menschseins Geltung haben (vgl. Fremuth 2015, S. 43ff.). Adressat*innen nach

dem Grad ihrer Vulnerabilität zu hierarchisieren wäre dementsprechend kritisch zu betrachten, insbesondere wenn man die in Kapitel 5 aufgeführten multiplen Schwierigkeiten und daraus resultierenden Behinderungen weiterer Menschenrechte bei nahezu allen von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen bedenkt. An dieser Stelle geht es für Professionsangehörige der Sozialen Arbeit auch darum, eine verantwortungsvolle Haltung einzunehmen, die nicht nur die unmittelbaren Folgen der Entscheidungen und Handlungen beachtet, sondern auch mögliche und wahrscheinliche Folgen aufgrund aktueller Forschungsergebnisse berücksichtigt (vgl. DBSH 2014, S. 25; vgl. Parnitzke 2016, S. 78., vgl. Busch-Geertsema 2011, S. 47ff.).

Zu erwähnen ist zudem, dass nicht alle Menschen, die nach Wohnungslosigkeit eine Normalwohnung erhalten, spezifische Unterstützungsbedarfe benötigen oder aber diese nur für einen sehr kurzen Zeitraum brauchen. Dies erfordert eine hohe Flexibilität des Ansatzes und eine permanente reflexive Betrachtung und Erfassung der Bedarfe, damit die Hilfen gemäß dem Effektivitätsprinzip auch der Verhältnismäßigkeit entsprechen (vgl. Busch-Geertsema 2014b, S. 171, vgl. DBSH 2014, S. 27).

8 Housing First in Deutschland

Zwar gab und gibt es auch in Deutschland immer wieder Projekte, die das Ziel verfolgen, Menschen ohne Zwischenschritte und auf Dauer mit eigenem Wohnraum zu versorgen, wissenschaftliche Studien zu deren Wirksamkeit fehlen jedoch derzeit. Zudem gehen diesen Projekten häufig andere Hilfeschnitte voraus oder es werden zu viele weitere wesentliche Bedingungen des Housing First-Ansatzes nicht umgesetzt, so dass sie nicht als Housing First Projekte gewertet oder mit ihnen in Verbindung gebracht bzw. verglichen werden (vgl. Parnitzke 2016, S. 3; vgl. Steffen/Henke 2018, S. 34). Gleichzeitig ist kaum ein Bestreben erkennbar, ähnliche Projekte Housing First zu nennen oder sie dem Housing First-Ansatz gezielter anzugleichen. Warum Deutschland sich bislang kaum auf Projekte des Ansatzes einlässt oder weshalb selbst ähnliche Projekte nicht so bezeichnet werden, soll neben anderen Herausforderungen des Ansatzes im folgenden Abschnitt erläutert werden.

8.1 Herausforderungen

Trotz der professionsethisch durchweg positiv zu bewertenden Haltung des Ansatzes und trotz des vielversprechenden Potenzials sieht sich Housing First nach aktuellen Analysen mit einigen Herausforderungen in Bezug auf die Umsetzung konfrontiert. Als größte Herausforderung kristallisiert sich vor dem Hintergrund der schwierigen Wohnungsmarktlage im Zusammenhang mit weiteren strukturellen Bedingungen immer wieder die Tatsache heraus, dass nicht genügend freie, geeignete Wohnungen beschafft werden können (vgl. Parnitzke 2016, S.3, vgl. Busch-Geertsema 2017b). Zudem stehen wohnungslose Menschen vielfältigen Diskriminierungsprozessen gegenüber, es finden sogenannte „Creaming-Effekte statt“ (Gerull 2018, S.33), insbesondere wenn Vermieter*innen aufgrund negativer Schufa-Einträge o.ä. Kriterien

befürchten, es könne zu Mietausfällen oder sonstigem unerwünschtem Verhalten kommen (vgl. Parnitzke 2016, S. 69 ; vgl. Gerull 2018, S. 33; vgl. Steffen/Henke 2018, S. 45). Als besonders schwierig erweist sich die Suche nach Ein- und Zweizimmerwohnungen. Aufgrund der stetigen Abnahme kommunaler Wohnungsbestände müssen zunehmend auf dem privaten Wohnungssektor Wohnungen akquiriert werden, dort sind allerdings die genannten Diskriminierungstendenzen aufgrund vorurteilsbehafteter Vorbehalte gegenüber wohnungslosen Menschen oft noch größer (vgl. Parnitzke 201, S. IX, S. 50, S. 57; vgl. BAG W 2015). Auch bei der angestrebten Wahlfreiheit und der Beschaffung verstreuter Wohnungen ergeben sich wegen des Mangels an geeigneten Wohnungen Grenzen des Ansatzes, da beispielsweise günstige Wohnungsbestände in marginalisierten Wohnvierteln liegen und somit nicht die angestrebte Inklusion gewährleisten (vgl. Parnitzke 2016, S. 69).

Eine weitere Herausforderung stellt der aktuell sehr kontrovers geführte Diskurs dar, ob Housing First wirklich neue Ideen bringe oder ob es dabei um einen Ansatz gehe, der so schon seit ca. 30 Jahren beispielsweise durch die ambulante Wohnungslosenhilfe in Deutschland umgesetzt werde. Der Unterschied sei lediglich, dass man ihn nicht als Housing First bezeichnet habe (vgl. Strunk 2016, S. 9-12; vgl. Parnitzke 2016, S. 43f., S.72). Letzteres betonen in erster Linie Vertreter*innen der BAG W, während der Dachverband europäischer Organisationen der Wohnungslosenhilfe (FEANTSA) und der Mitarbeiter der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung (GISS) Volker Busch-Geertsema konstatieren, dass es zwar ähnlich ausgerichtete Projekte in Deutschland gebe und dass einzelne Elemente durchaus verbreitet seien, beispielsweise akzeptierende Ansätze, vermehrte ambulante Angebote oder Tendenzen in Richtung Dezentralisierung, dennoch aber Sonderformen des Wohnens inklusive der stufenförmigen Anordnung nach wie vor weit verbreitet seien (vgl. Busch-Geertsema 2017a, S. 75-78; vgl. Parnitzke 2016, S.43f., S.72). Busch-Geertsema stellt darüber hinaus ein „Roll back“ (2017a, S. 76) in Form von erneutem vermehrtem Ausbau stationärer Unterkünfte fest (vgl. Busch-Geertsema 2017a, S. 76). Zudem muss festgehalten werden, dass die in Kapitel 6 dargestellten Deutungsmuster der Professionellen ein an Bedingungen geknüpftes Verständnis von Wohnraumversorgung offerieren, das ein stufenförmiges System untermauert. Darüber hinaus ist es bislang nicht zu nationalen Strategien und entsprechenden Finanzierungen gekommen, um diese Form der Wohnungslosenhilfe umzusetzen (vgl. Busch-Geertsema 2017a, S. 77).

Der Geschäftsführer der BAG W Thomas Specht kritisiert zudem die unzureichenden Kriterien des Ansatzes hinsichtlich der sozialrechtlichen und wohnungspolitischen Einbettung bzw. Umsetzung (vgl. Specht 2018b, S. 5). Dies ist sicher ein wichtiger Kritikpunkt, da konkrete Umsetzungsrichtlinien fehlen. In jenen Ländern, wo Housing First schließlich in nationale Strategien integriert wurde, haben meist zunächst einzelne freigemeinnützige Träger die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung übernommen (vgl. Gerull 2016, S.44). Hier sind also Überlegungen

sinnvoll und nötig, wie Housing First in das bestehende System mit seinen sozialrechtlichen Möglichkeiten integriert werden kann.

Die dem Ansatz vielfach entgegengebrachte Skepsis hat zur Folge, dass sich wenige Akteur*innen im deutschen Hilfesystem für die Umsetzung von Housing First-Projekten einsetzen und der Ansatz bislang auch kaum bzw. nicht ausreichend in die aktuellen Diskurse einfließt (vgl. Busch-Geertsema 2017a; vgl. Parnitzke 2016). Dies stellt eine massive Hürde dar, da gerade wegen des angespannten Wohnungsmarktes ohne entsprechendes Engagement Housing First keine Chance haben kann, breitgefächert umgesetzt und evaluiert zu werden. Gleichzeitig kann die Aufrechterhaltung einer zu häufigen Unterbringung in Sonderformen professionsethisch betrachtet in keinem Fall eine zu akzeptierende Alternative darstellen (vgl. Busch-Geertsema 2017a, S. 78f.).

8.2 Mögliche Lösungswege

Wie kann nun den Argumenten, dass es das alles schon lange gebe¹⁹ und dass der angespannte Wohnungsmarkt eine derartige Versorgung schlicht nicht möglich mache, sinnvoll und fundiert begegnet werden? Zunächst muss festgehalten werden, dass Housing First aufgrund der internationalen Studienlage als Ansatz nicht ignoriert werden darf, da die bisherigen Evaluationsergebnisse zumindest ein nicht zu unterschätzendes Potenzial in Bezug auf die effektive Integration wohnungsloser Menschen in Normalwohnraum und somit die Umsetzung des Rechts auf Wohnen offenbaren. Da dies in zahlreichen Städten Europas und den USA untersucht wurde, deren Wohnungsmarkt meist kaum weniger angespannt ist, als der deutsche, kann dies allein kein Gegenargument darstellen (vgl. Busch-Geertsema 2017b, S. 117f.). Dieses Potenzial nicht zu akzeptieren und sich vor möglichen neuen Projekten und Untersuchungen zu verschließen, ist aufgrund des Ausmaßes des sozialen Problems Wohnungslosigkeit und den nach wie vor existierenden zahlreichen Sonderwohnformen kaum zu verantworten. Zumal auch jene Akteur*innen, die Housing First mit großer Skepsis begegnen, ähnliche Grundsätze in Bezug auf Wohnungslosigkeit vertreten und die Versorgung mit Normalwohnraum als oberstes Ziel verfolgen möchten²⁰. Busch-Geertsema reagiert auf die allgemeine Skepsis wie folgt: „Die Versorgung von Wohnungslosen mit Normalwohnraum ist nicht nur eine Mengenfrage, sondern auch und gerade eine Frage der Verteilung und des Zugangs.“ (2017b, S. 118) Dieses Zitat stellt eine grundsätzliche Überlegung zu Lösungswegen dar, da es als Voraussetzung für die Umsetzung von Housing First betrachtet werden muss, sowohl den Zugang als auch eine gerechtere Verteilung zu bestehendem Wohnraum zu erreichen bzw. durch gezielten Neubau zu ermöglichen.

¹⁹ Vergleiche hierzu beispielsweise Aussagen von Thomas Specht in: Parnitzke 2017, S. 72.

²⁰ Vergleiche hierzu Diskurse in der Fachzeitschrift *wohnungslos* der letzten Jahre.

Der Blick auf die europäische Umsetzung kann an dieser Stelle zahlreiche gelungene Möglichkeiten anzeigen. In Belgien beispielsweise findet die gezielte Förderung und Weiterentwicklung sozialer Wohnraumagenturen, sogenannter „Social Rental Agencies“ (Steffen/Henke 2018, S.39) statt. Diese mieten Wohnobjekte in der Regel von privaten Vermieter*innen oder auch von Wohnungsunternehmen unter dem regulären Marktpreis an und bieten als Gegenleistung zahlreiche Vorteile, beispielsweise die Sicherheit kontinuierlicher Mietzahlungen und das Angebot, gegebenenfalls nötige Renovierungen durchzuführen oder Schäden zu beheben (vgl. Busch-Geertsema 2017b, S115f.; vgl. Steffen/Henke 2018, S.39). Zudem verwalten sie Nebenkostenabrechnungen und nötige Versicherungen. Gleichzeitig wählen sie die Mieter*innen aus und organisieren die bedarfsgerechten persönlichen Hilfen (vgl. Busch-Geertsema 2017b, S. 115f.). Diese Wohnungen können aufgrund der günstigen Anmietung mit geringen Aufschlägen auf den Mietpreis zu nahezu normalen mietrechtlichen Konditionen an wohnungslose Menschen weitervermietet werden, ohne dass beispielsweise persönliche begleitende Hilfen entsprechend des Housing First-Ansatzes an den Mietvertrag gekoppelt sind. Hierdurch erhalten die Agenturen eine geringe Marge für die Refinanzierung (vgl. Steffen/Henke 2018, S. 39f.; vgl. Busch-Geertsema 2017b, S. 115f.). Gleichzeitig erfolgt eine Bezuschussung in Höhe von 60% der Kosten durch die Regierung, um Personalkosten zu decken. Eine weitere, seltener umgesetzte Möglichkeit der Agenturen ist der Neubau oder Erwerb von Wohnungen und deren Vermietung als Eigentümer*innen (vgl. Steffen/Henke 2018, S. 40).

Auch wenn die Vorgehensweise durch die Untervermietung der Sozialen Wohnraumagenturen vom Ursprungsmodell insofern abweicht, als es sich um Untermietverträge und nicht um direkte Mietverträge handelt, stellt sie vor dem Hintergrund des angespannten Wohnungsmarktes aufgrund der zugrunde liegenden Haltung dennoch eine gute Alternative dar, wohnungslosen Menschen einen privilegierten Zugang zu ermöglichen. Da die Inanspruchnahme der Hilfsangebote nicht an den Erhalt der Wohnung gekoppelt ist, bleibt dennoch ein zentrales Housing First-Kriterium erhalten (vgl. Steffen/Henke 2018, S. 50). Zwar gibt es auch in Deutschland wenige Soziale Wohnraumagenturen, die ähnlichen Prinzipien folgen, beispielsweise die Ambulante Hilfe Stuttgart oder die Soziale Wohnraumhilfe Hannover, allerdings müssen diese Agenturen die Gelder für die Umsetzung weitestgehend selbst mittels uneinheitlicher und unsicherer Finanzierungsstrukturen immer wieder neu beschaffen, da eine einheitlich geregelte und konstante staatliche Unterstützung fehlt. Dementsprechend gering ist quantitativ der Anteil dieser Agenturen an der Reduzierung der Wohnungslosigkeit in Deutschland (vgl. Steffen/Henke 2018, S. 40; vgl. Parnitzke 2016). An dieser Stelle könnte somit eine Umsetzung in Anlehnung an den in vielen Ländern bereits evaluierten und integrierten Housing First-

Ansatz dazu beitragen, dass die bezüglich einer dauerhaften Integration wohnungsloser Menschen in Normalwohnraum durchaus vielversprechenden Ergebnisse²¹ dieser deutschen Projekte als Argument dienen könnten, um die klar strukturierte Unterstützung auf Bundes-, aber auch auf Länder- und Kommunalebene besser einfordern und derartige Projekte hierdurch flächendeckend umsetzen zu können (vgl. Steffen/Henke 2018, S.40f. vgl. Busch-Geertsema 2017b). Weitere gelungene Beispiele sind Non-Profit-Stiftungen, beispielsweise die 1995 gegründete Y-Stiftung aus Finnland, die geflüchteten und/oder alleinstehenden wohnungslosen Menschen einen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum durch Erwerb von verstreuten Eigentumswohnungen ermöglicht. Während die Erstfinanzierung über Lottoeinnahmen erfolgte, kann sich die Stiftung inzwischen weitestgehend über Mieteinnahmen refinanzieren (vgl. Busch-Geertsema 2017b, S. 115). Zudem kann die stetige systematische Nutzung kommunaler Wohnungsbestände oder der stärkere Einbezug kirchlicher Grundstücke und Immobilien Möglichkeiten für die Reintegration wohnungsloser Menschen nach dem Housing First-Ansatz bieten. Darüber hinaus ist es entscheidend, dass beispielsweise klar festgelegte Quoten sowohl im Städtebau, als auch bei Bestandsbelegungen für eine gerechte Wohnungsverteilung sorgen und hierdurch auch wohnungslosen Menschen den Zugang ermöglichen (vgl. Busch-Geertsema 2017a, S. 78f.).

Fazit

Die Auseinandersetzung mit dem sozialen Problem Wohnungslosigkeit hat gezeigt, dass ein würdevoller Wohnraum, der Sicherheit, Schutz und Privatheit ermöglicht, an vielen Stellen in Deutschland nicht gewährleistet wird. Hierdurch wird somit ein Lebensstandard für viele Menschen nicht erreicht, der Gesundheit und Wohl und dadurch die Basis für ein selbstbestimmtes Leben und Inklusion ermöglicht (vgl. Fremuth 2015, S. 261; vgl. BAG W 2015, S. 106f.). Zunehmende Armut durch z.B. prekäre Beschäftigungsverhältnisse trifft auf einen Mangelbestand an bezahlbarem Wohnraum und einen zunehmend ökonomisierten und privatisierten Wohnungsmarkt. Diesen Entwicklungen wurde in den vergangenen Jahren nicht durch entsprechende sozialstaatliche Unterstützungsleistungen, Maßnahmen und Regelungen entgegengewirkt (vgl. BAG W 2015, S. 106f.). Der Zugang für marginalisierte und besonders vulnerable Gruppen wird zudem im Kontext repressiver Maßnahmen des aktivierenden Sozialstaats erschwert oder sogar behindert (vgl. Ames 2009). Vor diesem Hintergrund können beispielsweise besonders für jüngere wohnungslose Menschen in der Altersgruppe der 18-25jährigen zahlreiche Maßnahmen identifiziert werden, die durch kumulative Effekte Mechanismen auslösen, die Wohnungslosigkeit und weitere Ausgrenzungen nach sich ziehen (vgl. Ames 2009, S. 140; vgl. Deutscher Bundestag 2017, S.5).

²¹ Vergleiche hierzu die Evaluationsergebnisse von Steffen 2017, S 124-129.

Betrachtet man aktuelle Schätzungen und die Entwicklung der letzten Jahre, so ist abzusehen, dass sich die Situation in Zukunft deutlich verschärfen wird und hierdurch zu einem immer größeren menschenrechtlichen Problem wird, das auf vielfältigen Ebenen Gegenstand der Disziplin und Profession Sozialer Arbeit sein muss (vgl. BAG W 2017a). Eine differenzierte Betrachtung der Wohnungslosigkeit zeigt, dass wohnräumliche Exklusion vielfältige Auswirkungen für die Betroffenen hat. So führt das Fehlen einer den Kriterien eines menschenwürdigen Wohnraums angemessenen Unterkunft zu einer unzureichenden Wahrnehmung anderer Rechte, beispielsweise den Rechten auf körperliche Unversehrtheit, Gesundheit, Gleichbehandlung oder Privatheit (vgl. Krennerich 2018, S.3). Die nicht auf Familien ausgerichteten Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe bedeuten im schlimmsten Fall eine Gefährdung des Kindeswohls (vgl. Eichler/Holz 2014). Genderspezifische gesellschaftliche Erwartungen an heteronormative und binär ausgerichtete Rollenbilder und tradierte geschlechtshierarchische Strukturen führen dazu, dass Wohnungslosigkeit entweder in Mitwohnverhältnissen verdeckt bleibt oder zusätzlich zu der ohnehin schwierigen und hilflosen Situation zu besonders starken Unsicherheits-, Scham- und Versagensgefühlen führt, denen nicht in ausreichendem Umfang durch entsprechend sensible Hilfestrukturen begegnet wird (vgl. Gerull 2014, S. 31ff.; vgl. Wessermann 2009, S.25; vgl. Steckelberg 2018, S. 38f.).

Das Hilfesystem ist mit dem sich zunehmend verschärfenden Problem an vielen Stellen überlastet, so dass Menschen viel zu oft teilweise über Jahre hinweg beispielsweise in menschenunwürdigen Notunterkünften oder auf der Straße leben (vgl. Lutz/Sartorius/Simon 2017, S. 98ff.). Menschen mit besonderen Schwierigkeiten, wie psychischen Erkrankungen oder Substanzabhängigkeiten, erfahren in den Einrichtungen häufig zu wenig Schutz und Stabilität als Basis für psychisches Wohlbefinden. Zudem sind sie der zunehmenden Forderung nach einer zur Not zwangsweise durchzuführenden spezifischen Behandlung ausgesetzt, die eine massive Bedrohung ihrer Autonomie bedeutet (vgl. Bäuml et al. 2017a, S 263ff; vgl. Kunstmann 2017, S.61). Die Betrachtung besonderer gesundheitlicher Risiken im Kontext von Wohnungslosigkeit und das an vielen Stellen nicht darauf eingestellte Gesundheitssystem, das wohnungslose Menschen an vielen Stellen ausgrenzt, offenbart eine Gefährdung, die sogar zu einer niedrigeren Lebenserwartung der Betroffenen führt (vgl. Bäuml et al. 2017a, S. 226; vgl. Rosenke 2018b, S. 219).

Zu diesen kumulativen besonderen Teilhabebarrieren, Bewältigungsaufgaben und daraus resultierenden Exklusionsprozessen kommen weitere multiple Diskriminierungsmechanismen, denen beinahe alle wohnungslosen Menschen ausgesetzt sind. Neben struktureller Diskriminierung erfahren wohnungslose Menschen im Kontext ablehnender Haltungen pauschale Zuschreibungen und werden u.a. auch auf dem Wohnungsmarkt aufgrund des Stigmas Wohnungslosigkeit von Vermieter*innen diskriminiert (vgl. Gerull 2014, S.31f.; vgl. Steckelberg 2018, S. 41f.; vgl. Heitmeyer 2012, S. 39). Eingewanderte oder geflüchtete Menschen erfahren

darüberhinausgehende multiple Ausgrenzungen und sind zudem kriminalisierenden und entmenslichenden Zuschreibungen ausgesetzt (vgl. Steckelberg 2018, S. 41f.). Die ablehnenden Haltungen gegenüber wohnungslosen Menschen sind dabei zum Teil so massiv, dass sie in Gewalt münden (vgl. Giffhorn 2018b, S. 275-279). In diesem Kontext ist es die Aufgabe Sozialer Arbeit, beispielsweise in konstruktiven Auseinandersetzungen mit Medienvertreter*innen, multiperspektivische Sichtweisen auf Wohnungslosigkeit zu verbreiten und hierdurch dem eingeschränkten und zum Teil von Entmenslichung geprägten Bild entgegenzuwirken (vgl. Gerull 2018, S. 36).

Praktiken der Professionsangehörigen der Sozialen Arbeit offenbaren zudem Deutungsmuster, die einen defizitorientierten und zuschreibenden Charakter aufweisen. Zur Diskriminierung eingewanderter oder geflüchteter Menschen tragen Sozialarbeiter*innen beispielsweise indirekt bei, wenn sie von Konkurrenz zwischen einheimischen und geflüchteten wohnungslosen Menschen in den Unterkünften berichten, ohne dieses Konkurrenzkonstrukt vor dem Hintergrund universeller Menschenrechte und grundlegender professionsethischer Prinzipien ausreichend zu reflektieren (vgl. Brück 2016, S. 104; vgl. Reichenbach 2016, S. 108ff.). Die dadurch zum Ausdruck gebrachte Idee eines Vorrechts spezifischer Gruppen widerspricht dem professionsethischen Prinzip der Gleichbehandlung unabhängig von Herkunft oder anderen Faktoren (vgl. Reichenbach 2016, S. 108ff.; vgl. DBSH 2014, S. 33).

Die Auseinandersetzung mit der Idee der Wohnfähigkeit hat zudem gezeigt, dass hierdurch als Voraussetzung für den Bezug einer eigenen, mietvertraglich abgesicherten Wohnung zunächst bestimmte Fähigkeiten als Gegenleistung erwartet werden. Die Fähigkeiten legen letztlich die Sozialarbeiter*innen im Kontext antizipierter gesellschaftlicher Erwartungen fest und tragen hierdurch zum Erhalt des stufenförmig angelegten Systems der Wohnungslosenhilfe bei. Darüber hinaus zeigen sie dadurch ebenfalls fragwürdige erzieherische Elemente des aktivierenden Sozialstaats (vgl. Marquardt 2015, S. 177ff.; vgl. Nagel 2015). Durch diese individualisierende und schuldzuschreibende Praxis wird letztlich den Betroffenen ebenfalls der Zugang zu einer abgesicherten und größtmögliche Selbstbestimmung bedeutenden Wohnung auf dem ersten Wohnungsmarkt versperrt.

Gemäß ihrer Ausrichtung an den Menschenrechten und ihrer professionsethischen Prinzipien muss Soziale Arbeit auf vielfältigen Ebenen auf die zahlreichen Mechanismen Einfluss nehmen, die an dem sozialen Problem Wohnungslosigkeit beteiligt sind (vgl. Gerull 2011, S. 214f.). Hierbei ist es wesentlich, die existierenden Missstände und Behinderungen des Menschenrechts öffentlich zu skandalisieren, im Rahmen entsprechender Untersuchungen die Evaluationsergebnisse als Expertise in öffentliche Diskurse einzubetten und politische Veränderungsprozesse dadurch voranzutreiben (vgl. DBSH 2014, S. 33; vgl. Ebert 2018, S. 95). Entwicklungen und Anpassungen des Wohnungsbaus und entsprechende Regulierungen des Wohnungsmarkts zählen beispielsweise zu jenen zwingend nötigen Veränderungsprozessen,

ebenso die Skandalisierung der Praktiken im Kontext des aktivierenden Sozialstaats und ihrer Folgen (vgl. Deutscher Bundestag 2017). Hierbei gilt es auch, die beschriebenen zuschreibenden Strukturen der Professionsangehörigen selbstreflexiv zu betrachten und vermehrt in die Diskurse einzubeziehen (vgl. DBSH 2014, S. 33).

Ebenso zentral ist es darüber hinaus, internationale Entwicklungen und Möglichkeiten des Umgangs mit dem sozialen Problem Wohnungslosigkeit in die Überlegungen einzubeziehen, um diese in Bezug auf ihre Wirksamkeit und mögliche Potenziale im Hinblick auf deutsche Missstände zu bewerten. Die Evaluationsergebnisse sowohl aus den USA als auch aus anderen europäischen Ländern haben gezeigt, dass Housing First vor allem im Kontext nationaler Strategien sehr erfolgreich in Bezug auf die Versorgung mit und den Erhalt von Wohnraum sein kann (vgl. Busch-Geertsema 2017b; vgl. Padgett/Henwood/Tsemberis 2016, S. 57). Sowohl hierdurch als auch durch die grundsätzlich am Menschenrecht auf Wohnen orientierte Haltung kann Housing First einen ernstzunehmenden Beitrag in Bezug auf die Gewährleistung des Rechts auf Wohnen leisten. Viele der besonderen Schwierigkeiten und Teilhabebbarrieren, die sich durch Wohnungslosigkeit ergeben, werden durch eine Versorgung mit mietvertraglich abgesichertem Wohnraum wirkungsvoll verhindert. Diesen Ansatz zunächst pauschal mit der Begründung abzulehnen, dass es dies so in Deutschland schon gebe, ist vor allem wegen des Ausmaßes des sozialen Problems kaum zu verantworten. Hierdurch bleibt die Möglichkeit versperrt, in Anlehnung an einen vielerorts bereits erfolgreichen und akzeptierten Ansatz auch in Deutschland entsprechende Unterstützung auf allen Ebenen einzufordern und zu erhalten (vgl. Busch-Geertsema 2017b).

Dabei soll und darf nicht darüber hinweggesehen werden, dass der angespannte Wohnungsmarkt eine entscheidende Hürde in Bezug auf die Umsetzung der bedingungslosen und an erster Stelle stehenden Versorgung mit Normalwohnraum darstellt. Hierzu sind Aspekte der gerechten Verteilung und des Zugangs elementar (vgl. Busch-Geertsema 2017b, S. 118). Die Beispiele der sozialen Wohnraumagenturen aus Belgien oder der Non-Profit-Stiftungen aus Finnland zeigen, dass es mit entsprechendem Engagement möglich ist, wohnungslose Menschen mit Normalwohnungen zu versorgen und ihnen somit einen privilegierten Zugang zu verschaffen, auch wenn hierfür eine leichte Modifikation des Ansatzes in Bezug auf das direkte Mietverhältnis unter Berücksichtigung der Entkopplung von den Hilfeleistungen nötig sein kann (vgl. Steffen/Henke 2018, S. 39f.; vgl. Busch-Geertsema 2017b, S. 115f.).

Die Betrachtung der bisherigen Umsetzung von Housing First macht darüber hinaus deutlich, dass konkrete Kriterien fehlen, von denen abgeleitet werden könnte, wie der Ansatz innerhalb des deutschen Sozialrechts unter der Voraussetzung einer staatlichen Anerkennung und Beteiligung konkret in den bestehenden rechtlichen Kontext des Hilfesystems eingebunden werden könnte (vgl. Specht 2018b, S. 5). An dieser Ausarbeitung muss sich ebenfalls Soziale Arbeit im Kontext ihres politischen Mandats beteiligen. Die Durchführung und Untersuchung

von Projekten, die die Housing First-Kriterien erfüllen, kann hierfür Orientierungswerte liefern. Darüber hinaus machen die Überlegungen der vorangegangenen Kapitel deutlich, dass der Ansatz in einem weiter gefassten Verständnis von Housing First vermehrt auch auf andere Adressat*innen und ihre spezifischen Bedarfe ausgerichtet werden muss (vgl. Parnitzke 2016, S. 78). Da bislang hauptsächlich Menschen mit psychischen Diagnosen und Substanzabhängigkeiten zu den Teilnehmenden zählten, müssen die begleitenden Hilfen entsprechend flexibel auch die Bedürfnisse von Familiensystemen, jungen wohnungslosen Erwachsenen oder eingewanderten und geflüchteten Menschen konkret erfüllen (vgl. Pleace 2016, S. 81f.). Hierbei sind Vernetzung und interdisziplinärer Austausch bzw. Zusammenarbeit entscheidend. Diese Aspekte gilt es ebenfalls konkreter auszugestalten. Es muss zudem eine gezielte Zusammenarbeit mit Frauenhäusern, Justizvollzugsanstalten oder Sammelunterkünften stattfinden, um für diese vulnerablen Gruppen eine Versorgung mit Normalwohnraum im Anschluss an die Unterbringungen zu gewährleisten und hierdurch weitere Wohnungslosigkeit zu vermeiden (vgl. Pleace 2016, S. 81).

Auch die generelle Ausrichtung auf umfangreichere präventive Maßnahmen stellt eine zentrale Entwicklungsaufgabe des Hilfesystems und somit auch der Sozialen Arbeit dar. Die multiperspektivische Beleuchtung des komplexen Phänomens Wohnungslosigkeit hat gezeigt, dass durch entsprechende Unterstützungsleistungen viele Prozesse von vornherein verhindert werden könnten. Dies ist vor allem deshalb von Bedeutung, da Wohnungslosigkeit einen wesentlichen Faktor zur Entstehung weiterer kumulativer Ausgrenzungen bedeutet.

Wesentliche Voraussetzungen, um beispielsweise nationale Strategien entwickeln zu können, werden auf Regierungsebene bislang verweigert. Hierzu zählen die bundesweite statistische Erfassung und das Monitoring der durchgeführten Hilfeleistungen. Beides wäre hingegen zentral, um eine nationale Strategie zur Bekämpfung des massiven sozialen Problems möglich zu machen (vgl. Busch-Geertsema 2018, S. 106f.; vgl. Kießling 2017, S. 126f.). Stattdessen wird die Verantwortung und Ausgestaltung weitestgehend den Kommunen überlassen, was gemessen an den Folgen der Wohnungslosigkeit für die Betroffenen eine unzureichende Verantwortungsübernahme des Sozialstaats darstellt. Auch an einem Wandel dieser Aspekte muss sich Soziale Arbeit folglich durch Forschung und Einmischung beteiligen (vgl. DBSH 2014, S. 33).

Wenn präventive Maßnahmen jedoch erfolglos bleiben oder Notlagen trotz eines verbesserten Früherfassungssystems nicht verhindert werden können, kann Housing First die Möglichkeit bieten, durch die bedingungslose Versorgung mit Normalwohnraum die Sicherheit einer menschenwürdigen Wohnung zu gewährleisten und weitere Exklusionsprozesse zu vermeiden.

Literaturverzeichnis

- Ames, Anne (2009):** Ursachen und Auswirkungen von Sanktionen nach § 31 SGB II.
https://www.boeckler.de/pdf/p_edition_hbs_242.pdf [Letzter Zugriff: 10.10.2018]
- Bäumli et al. (2017a):** Die SEEWOLF-Studie. Seelische Erkrankungen in den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe im Großraum München. Freiburg im Breisgau.
- Bäumli et al. (2017b):** Die SEEWOLF-Studie. Seelische Erkrankungen in den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe im Großraum München. In: wohnungslos. Jg. 2-3/2017, S. 34-46.
- Beck, Ulrich (2015):** Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. 22. Aufl., Berlin.
- Berner, Laura; Holm, Andrej; Jensen, Inga (2015):** Zwangsräumungen und die Krise des Hilfesystems. Eine Fallstudie in Berlin.
<https://www.sowi.hu-berlin.de/de/lehrbereiche/stadtsoz/forschung/projekte/dateien-forschungsprojekte/studie-zr-web.pdf> [Letzter Zugriff: 10.10.2018]
- Bodenmüller, Martina (2010):** Auf der Straße leben. Mädchen und junge Frauen ohne Wohnung. 3. Aufl., Münster.
- Bösing, Sabine (2017):** Wohnen in einem reichen Land. Bericht über Menschen, die exklusive Inklusion erleben und sich nichts anderes wünschen, als eine angemessene, bezahlbare Wohnung mit guter Infrastruktur. In: wohnungslos. Jg. 2-3/2017, S. 72-75.
- Brück, Christian (2016):** Flüchtlinge vs. Wohnungslose – Im Wettstreit um die Notunterkünfte. In: wohnungslos. Jg. 4/2016, S. 102-104.
- Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.) (2018):** Bundestagsrede von Chris Kühn am 26.09.2018. Wohngipfel der Bundesregierung.
<https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/2018/september/chris-kuehn-wohngipfel-der-bundesregierung.html> [Letzter Zugriff: 17.10.2018]
- Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) (Hrsg.) (2010):** Wohnungsnotfalldefinition der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.
[file:///C:/Users/msn/Downloads/POS_10_BAGW_Wohnungsnotfalldefinition%20\(2\).pdf](file:///C:/Users/msn/Downloads/POS_10_BAGW_Wohnungsnotfalldefinition%20(2).pdf) [Letzter Zugriff: 9.10.2018]
- Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) (Hrsg.) (2012):** Frauen in Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot. Darstellung der Lebenslagen und der Anforderungen an eine bedarfsgerechte Hilfe.
[file:///C:/Users/msn/Downloads/POS_03_Frauen_Wohnungslosigkeit_Wohnungsnot%20\(1\).pdf](file:///C:/Users/msn/Downloads/POS_03_Frauen_Wohnungslosigkeit_Wohnungsnot%20(1).pdf) [Letzter Zugriff: 10.10.2018]

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) (Hrsg.) (2015): Berliner Erklärung der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. Wohnen ist ein Menschenrecht! Solidarität statt Konkurrenz! In: wohnungslos. Jg. 3-4/2015, S. 105-107.

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) (Hrsg.)(2017a): Pressemitteilung.

file:///C:/Users/msn/Downloads/PRM_2017_11_14_Pressemappe%20(2).pdf

[Letzter Zugriff: 9.10.2018]

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) (Hrsg.)(2017b): Pressemappe

file:///C:/Users/msn/Downloads/PRM_2017_11_14_Pressemappe%20(7).pdf

[Letzter Zugriff: 16.10.2018]

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) (Hrsg.) (2018a): Rechtsverwirklichung der Hilfen nach §§ 67- 69 SGB XII.

<https://paritaet-alsopfleg.de/index.php/downloadsnew/soziales-wohnungslosenhilfe/arbeitshilfen-1/10557-14-position-bagw-rechtsverwirklichung-67-69-sgb-xii/file>

[Letzter Zugriff: 8.10.2018]

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) (Hrsg.) (2018b): Gesundheit ist ein Menschenrecht. Empfehlung der BAG Wohnungslosenhilfe zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung von Menschen in einer Wohnungsnotfallsituation.

file:///C:/Users/msn/Downloads/POS_18_Empfehlung_Sicherstellung_medizinische_Versorgung.pdf [Letzter Zugriff: 10.10.2018]

Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.) (2018): Krankenhausfinanzierung.

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/krankenhausfinanzierung.html>

[Letzter Zugriff: 10.10.2018]

Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (Hrsg.) (o.J.): Atypische Beschäftigungsverhältnisse.

<http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/178190/atypische-beschaeftigung>

[Letzter Zugriff: 9.10.2018]

Busch-Geertsema, Volker (2011): "Housing First", ein vielversprechender Ansatz zur Überwindung von Wohnungslosigkeit. In: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Jg. 31/2011, S. 39-54.

Busch-Geertsema, Volker (2013): Housing First Europe: ein europäisches Pilotprojekt zur Behebung von Wohnungslosigkeit bei Personen in komplexen Problemlagen. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge (NDV). Jg. 2013, S. 503-508.

Busch-Geertsema, Volker (2014a): Wohnraum für eine Stadt ohne Obdach. Wohnraumbeschaffung durch Umwandlung von Obdachlosenunterkünften in dauerhaften Normalwohnraum für ehemals Wohnungslose in Herford.

http://www.giss-ev.de/files/giss/upload/Pdf/Endbericht_Evaluation_Herford.pdf

[Letzter Zugriff:10.10.2018]

Busch-Geertsema, Volker (2014b): Housing First: Die Wohnung als Grundvoraussetzung für weitergehende Hilfen. In: Keicher, Rolf; Gillich, Stefan (Hrsg.): Wenn Würde zur Ware verkommt, S. 155-178.

Busch-Geertsema, Volker (2016): „Housing First“. Synthesebericht.

[file:///C:/Users/msn/Downloads/BE-2016_synthesis%20report_DE%20\(6\).pdf](file:///C:/Users/msn/Downloads/BE-2016_synthesis%20report_DE%20(6).pdf)

[Letzter Zugriff: 10.10.2018]

Busch-Geertsema, Volker (2017a): Housing First – Innovativer Ansatz, gängige Praxis oder schöne Illusion? Teil 2: Was ist innovativ am Housing-First-Ansatz, ist er bereits Mainstream in Deutschland, und wenn es aber doch keine Wohnungen gibt? In: wohnungslos. Jg. 2-3/2017, S. 75-80.

Busch-Geertsema, Volker (2017b): Wohnungslosigkeit auf EU-Ebene. Schlussfolgerungen für die Diskussion in Deutschland. In: Gillich, Stefan; Keicher, Rolf (Hrsg.): Ohne Wohnung in Deutschland. Armut, Migration und Wohnungslosigkeit. Freiburg im Breisgau, S. 103-122.

Busch-Geertsema, Volker (2017c): Housing First – innovativer Ansatz, gängige Praxis oder schöne Illusion. Teil 1: Was ist Housing First, was ist es nicht und Belege für die Wirksamkeit des Ansatzes. In: wohnungslos. Jg. 1/2017, S. 17-23.

Busch-Geertsema, Volker (2018): Wohnungslosigkeit in Deutschland aus europäischer Perspektive. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). Jg 25-26/2018, S. 15-22.

Connell, Raewyn (2014): Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. 4. Aufl., Heidelberg.

Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH) (Hrsg.) (2014): Berufsethik des DBSH. Ethik und Werte.

<https://www.dbsh.de/fileadmin/redaktionell/pdf/Sozialpolitik/DBSH-Berufsethik-2015-02-08.pdf> [Letzter Zugriff: 10.10.2018]

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2016): Soziales Menschenrecht auf angemessene Unterkunft nach dem VN-Sozialpakt.

<https://www.bundestag.de/blob/438938/ff96108c09b70d5da14aa9d6c865265c/wd-6-088-16-pdf-data.pdf> [Letzter Zugriff: 8.10.2018]

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2017): Auswirkungen von Sanktionen im SGB II. Überblick über qualitative Studien in Deutschland.

<https://www.bundestag.de/blob/497906/f2a6382d0a8b3d3afb9bb4dffdabc59/wd-6-004-17-pdf-data.pdf> [Letzter Zugriff: 10.10.2018]

Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.) (o.J.a): Sind Menschenrechte universell?

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/entwicklungspolitik/oft-gestellte-fragen/sind-menschenrechte-universell/> [Letzter Zugriff: 11.10.2018]

Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.) (o.J.b): Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19.Dezember 1966, o.S..

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/ICESCR/icescr_de.pdf [Letzter Zugriff: 8.10.2018]

Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.) (o.J.c): Menschenrechtliche Verpflichtungen.

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/index.php?id=332> [Letzter Zugriff: 15.10.2018]

Diakonie Rheinland Westfalen Lippe (RWL) (Hrsg.) (2016): Wohnungslosenhilfe für junge Männer. Die Chance auf ein neues Leben.

<https://www.diakonie-rwl.de/themen/soziale-hilfen/wohnungslosenhilfe-junge-maenner> [Letzter Zugriff: 28.10.2018]

Ebert, Jürgen (2018): Menschenrechtsbildung und Demokratiepädagogik als Voraussetzung für eine kritische Soziale Arbeit mit Flüchtlingen. In: Rohloff, Sigurður A.; Calero, Mercedes Martinez; Lange, Dirk (Hrsg.): Soziale Arbeit und Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft. Wiesbaden, S. 93-103.

Eichhorn, Moritz (2017): Kampieren im Tiergarten. Was lockt Obdachlose nach Berlin? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (F.A.Z.) (Hrsg.). Jg. 2017.

<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/berlin-obdachlose-kampieren-seit-monaten-im-tiergarten-15246464-p2.html> [Letzter Zugriff: 12.10.2018]

Eichler, Antje; Holz, Gerda (2014): Lage von wohnungslosen Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg. Expertise im Rahmen der 1. Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Landes Baden-Württemberg.

https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Soziales/AuR_Expertise_Wohnungslose_Kinder-Jugendliche_BW.pdf [Letzter Zugriff: 10.10.2018]

Enders-Dragässer, Uta; Sellach, Brigitte (2005): Frauen in dunklen Zeiten. Persönliche Berichte vom Wohnungsnotfall: Ursachen – Handlungsspielräume – Bewältigung. Eine qualitative Untersuchung zu Deutungsmustern und Lebenslagen bei Wohnungsnotfällen von Frauen. Frankfurt am Main.

Fichter, Manfred; Quadflieg, Norbert; Cuntz, Ulrich (2000): Prävalenz körperlicher und seelischer Erkrankungen: Daten einer repräsentativen Stichprobe obdachloser Männer. In: Deutsches Ärzteblatt. Archiv.

<https://www.aerzteblatt.de/archiv/22758/Praevalenz-koerperlicher-und-seelischer-Erkrankungen-Daten-einer-repraesentativen-Stichprobe-obdachloser-Maenner>

[Letzter Zugriff: 10.10.2018]

Fichtner, Jörg (2005): „Dass die Leute uns nich` alle über einen Kamm scheren“. Männer in Wohnungsnot. Eine qualitative Untersuchung zu Deutungsmustern und Lebenslagen bei männlichen Wohnungsnotfällen. Frankfurt am Main.

Fremuth, Michael-Lysander (2015): Menschenrechte. Grundlagen und Dokumente. Bonn.

Frietsch, Robert; Holbach, Dirk (2016): Gravierend komplexe Problemlagen bei jungen Wohnungslosen – aktuelle Forschungsergebnisse, strukturelle und fachliche Konsequenzen. In: Gillich, Stefan; Keicher, Rolf (Hrsg): Suppe, Beratung, Politik. Anforderungen an eine moderne Wohnungsnotfallhilfe. Wiesbaden, S. 95-110.

Gerull, Susanne (2011): Armut und Ausgrenzung im Kontext Sozialer Arbeit. Weinheim und Basel.

Gerull, Susanne (2014): Wohnungslosigkeit in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). Jg. 20-21/2014, S. 30-36.

Gerull, Susanne (2016): Wege aus der Wohnungslosigkeit. Eine Qualitative Studie aus Berlin.

https://opus4.kobv.de/opus4-ash/frontdoor/deliver/index/docId/158/file/Wege_aus_der_Wohnungslosigkeit_Gerull.pdf [Letzter Zugriff: 10.10.2018]

Gerull, Susanne (2018): „Unangenehm“, „arbeitsscheu“, „asozial“. Zur Ausgrenzung von wohnungslosen Menschen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). Jg 25-26/2018, S. 30-36

Gloe, Markus (2015): Werte und Menschenrechte. In: Bundeszentrale für politische Bildung (BpB): Politische Bildung.

<http://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193087/werte-und-menschenrechte?p=all> [Letzter Zugriff: 11.10.2018]

Goffman, Erving (2016): Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. 23. Aufl., Frankfurt am Main.

Giffhorn, Benjamin (2018a): Ältere wohnungslose Menschen. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) (Hrsg.): Handbuch der Hilfen in Wohnungsnotfällen. Entwicklung lokaler Hilfesysteme und lebenslagenbezogener Hilfeansätze. 2. Aufl., Berlin, S. 371-380.

Giffhorn, Benjamin (2018b): Gewalt gegen wohnungslose Menschen. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) (Hrsg.): Handbuch der Hilfen in Wohnungsnotfällen. Entwicklung lokaler Hilfesysteme und lebenslagenbezogener Hilfeansätze. 2. Aufl., Berlin, S. 275-286.

Giffhorn, Benjamin (2018c): Vertreibung und Konfliktlösung im öffentlichen Raum. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) (Hrsg.): Handbuch der Hilfen in Wohnungsnotfällen. Entwicklung lokaler Hilfesysteme und lebenslagenbezogener Hilfeansätze. 2. Aufl., Berlin, S.287-298.

Gillich, Stefan; Sehring, Ulrike (2014): Weiter Wohnen wie gewohnt? Zur Angemessenheit und Pauschalisierung der Kosten der Unterkunft durch kommunale Satzungen. In: Keicher, Rolf; Gillich, Stefan (Hrsg.): Wenn Würde zur Ware verkommt. Soziale Ungleichheit, Teilhabe und Verwirklichung eines Rechts auf Wohnraum. Wiesbaden, S. 79-94.

Gruebner et al. (2017): Cities and mental health. In: Deutsches Ärzteblatt. Jg. 2017
<https://www.aerzteblatt.de/int/archive/article/186433/Cities-and-mental-health> [Letzter Zugriff: 10.10.2018]

Heitmeyer, Wilhelm (2012): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin, S. 15-42.

Hermann, Axel (2008): Lage der Flüchtlinge und Vertriebenen. Soziale Situation und rechtlicher Status. In: Bundeszentrale für politische Bildung (BpB): Menschenrechte.
<http://www.bpb.de/izpb/8351/lage-der-fluechtlinge-und-vertriebenen?p=1>
[Letzter Zugriff: 10.10.2018]

Hövermann, Andreas; Groß, Eva (2016): Menschenfeindlicher und rechtsextremer – Die Veränderung der Einstellungen unter AfD-Sympathisanten zwischen 2014 und 2016. In: Zick, Andreas; Küpper, Beate; Krause, Daniela: Gespaltene Mitte – Feinselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn, S. 167-170.

Jordan, Rolf (2018): Migration und Wohnungsnotfallproblematik. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) (Hrsg.): Handbuch der Hilfen in Wohnungsnotfällen. Entwicklung lokaler Hilfesysteme und lebenslagenbezogener Hilfeansätze. 2. Aufl., Berlin, S.325-345.

Kießling, Rotraud (2017): Von der Notwendigkeit eines Monitorings zum Menschenrecht auf Wohnen. In: Gillich, Stefan; Keicher, Rolf (Hrsg.): Ohne Wohnung in Deutschland. Armut, Migration und Wohnungslosigkeit. Freiburg im Breisgau, S. 123-129.

Köppen, Britta (2017): „Das Bewältigen meiner Angst ist eine Vollzeitbeschäftigung“. Über Frauen in Wohnungsnot und wie Psychologische Beratung helfen kann. In: wohnungslos. Jg. 2-3/2017, S. 70-72.

Krennerich, Michael (2018): Ein Recht auf (menschenwürdiges) Wohnen? In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). Jg 25-26/2018, S. 9-14.

Kunstmann, Wilfried (2017): Methodische Probleme der Erhebung psychiatrischer Krankheitsprävalenzen in Studien zur psychischen Gesundheit Wohnungsloser. In: wohnungslos. Jg. 2-3/2017, S. 57-62.

Lenzen, Manuela (2015): Was ist Sozialdarwinismus? In: Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (Hrsg.): Rechtsextremismus.
<https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214188/was-ist-sozialdarwinismus> [Letzter Zugriff: 10.10.2018]

Levinas, Emmanuel (2016): Wohnen, Bleibe und Gastlichkeit menschlicher Subjektivität in: Liebsch, Burkhard; Staudigl, Michael; Stoellger, Philipp (Hrsg.): Perspektiven europäischer Gastlichkeit, S. 115 – 124.

Lutz, Ronald; Sartorius, Wolfgang; Simon, Titus (2017): Lehrbuch der Wohnungslosenhilfe. Eine Einführung in Praxis, Positionen und Perspektiven. 3. Aufl., Weinheim/Basel.

Mahler, Claudia (2016): Das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht! In: wohnungslos. Jg.1/2016, S. 1-5.

Marquardt, Nadine (2013): Räume der Fürsorge. Regieren der Wohnungslosigkeit im betreuten Wohnen. In: Geographische Zeitschrift. Jg. 3-4/2013, S. 148-165.

Marquardt, Nadine (2015): Das Regieren von Emotionen in Räumen des betreuten Wohnens. In: Geographica Helvetica. Jg. 2015, S.175-184.
<https://www.geogr-helv.net/70/175/2015/gh-70-175-2015.pdf> [Letzter Zugriff:19.10.2018]

Malyssek, Jürgen; Störch, Klaus (2009): Wohnungslose Menschen. Ausgrenzung und Stigmatisierung. Freiburg im Breisgau.

Mauter, Barbara (2017): Familien in Wohnungsnot. In: Rosenke, Werena (Hrsg.): Solidarität statt Konkurrenz – entschlossen handeln gegen Wohnungslosigkeit und Armut. Politik, Konzepte, Maßnahmen. Berlin, S. 69-72.

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrheinwestfalen (MAGS NRW) (Hrsg.) (2018): Integrierte Wohnungsnotfall-Berichterstattung 2017 in Nordrhein-Westfalen. Struktur und Umfang von Wohnungsnotfällen.

http://www.sozialberichte.nrw.de/sozialberichterstattung_nrw/kurzanalysen/Kurzanalyse-3-2018.pdf [Letzter Zugriff: 12.10.2018]

Möller, Kurt (2017): „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) oder pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen (PAKO)s? – Welches Konzept führt wissenschaftlich und praktisch wohin? In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Dokumentation. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rassismuskritik Jg. 4/2017, S. 23-40

https://www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/publikationen/Gruppenbezogene_Menschenfeindlichkeit_und_Rassismuskritik.pdf [Letzter Zugriff: 10.10.2018]

Mülbrecht, Bernhard (2017): Zuwanderung und Flucht. Neue Herausforderungen für die Wohnungslosenhilfe. In: Rosenke, Werena (Hrsg.): Solidarität statt Konkurrenz – entschlossen handeln gegen Wohnungslosigkeit und Armut. Politik, Konzepte, Maßnahmen. Berlin, S. 155-162.

Nagel, Stephan (2015): Wohn(un)fähigkeit – ein Wiedergänger in der Wohnungslosenhilfe. In: wohnungslos. Jg. 3-4/2015, S. 82-87.

Neubacher, Ursula; Bartels, Rebecca; Lührs, Verena (2015): „Sucht zum Thema machen“. Niedrigschwellige Suchtarbeit mit Wohnungslosen. In: wohnungslos. Jg. 1/2015, S. 11-15.

Padgett, Deborah (2007): There's No Place Like(a)Home: Ontological Security Among Persons with Serious Mental Illness in the United States.

<https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC1934341/> [Letzter Zugriff: 10.10.2018]

Padgett, Deborah, Henwood, Benjamin, Tsemberis, Sam (2016): Housing First. Oxford.

Paegelow, Claus (2009): Handbuch Wohnungsnot und Obdachlosigkeit. Einführung zur Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe. Bremen.

Parnitzke, Anna Maria (2016): Wohnraum für Wohnungslose – ist Housing First die Antwort? Eine vergleichende Analyse der Herausforderungen, Kosten und Strategien im Umgang mit Wohnungslosigkeit in Deutschland und Norwegen. Masterarbeit. Veröffentlicht unter:

https://depositonce.tu-berlin.de/bitstream/11303/5764/3/parnitzke_anna-maria.pdf [Letzter Zugriff: 8.10.2018]

Pleace, Nicholas (2016): Housing First Guide Europe.

<http://housingfirsteurope.eu/assets/files/2017/12/housing-first-guide-deutsch.pdf> [Letzter Zugriff: 10.10.2018]

Pötzsch, Horst (2009a): Grundrechte. In: Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (Hrsg.): Deutsche Demokratie, S.1-3.

<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-demokratie/39294/grundrechte?p=1>

[Letzter Zugriff: 8.10.2018]

Pötzsch, Horst (2009b): Sozialstaat. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpB) (Hrsg.): Deutsche Demokratie, S.1-2.

<https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-demokratie/39302/sozialstaat?p=all>

[Letzter Zugriff: 8.10.2018]

Pollich, Daniela (2012): Gewalt gegen Wohnungslose – Ergebnisse einer Opferbefragung. In: Specht, Thomas (Hrsg.): Armut, Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit in Deutschland. Ein Reader zur Überwindung von Wohnungslosigkeit und Armut. Bielefeld, S. 545-564.

Praetor Intermedia UG (Hrsg.) (o.J. a): Sozialcharta.

<https://www.sozialcharta.eu> [Letzter Zugriff: 8.10.2018]

Praetor Intermedia UG (Hrsg.) (o.J. b): Sozialcharta (revidiert).

<https://www.sozialcharta.eu/europaeische-sozialcharta-revidiert-9162/> [Letzter Zugriff:

8.10.2018]

Praetor Intermedia UG (Hrsg.) (o.J. c): Historie der UN-Menschenrechtserklärung.

<https://www.menschenrechtserklaerung.de/historie-der-un-menschenrechtserklaerung-372/>

[Letzter Zugriff: 14.10.2018]

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2018): Wohn- und Mietgipfel. Gemeinsam für mehr Wohnungen.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/buerokratieabbau/gemeinsam-fuer-mehr-wohnungen-1522906> [Letzter Zugriff: 17.10.2018]

Qualitätsgemeinschaft Soziale Dienste e.V. Fachgruppe Berliner Wohnungslosenhilfe (Hrsg.) (2017): Familien in der Wohnungslosenhilfe – Herausforderung für die Hilfen nach § 67 SGB XII.

<http://www.qsd-online.de/PDF/Familien%20in%20der%20Wohnungslosenhilfe%20-%20Positionspapier.pdf> [Letzter Zugriff: 10.10.2018]

Quilgars, Deborah; Pleace, Nicholas (2016): Housing First and Social Integration: A Realistic Aim? In: Social Inclusion, Jg. 4/2016, S. 5-15.

Reichenbach, Marie-Therese (2016): Solidarität oder Abgrenzung? Konzeptionelle Überlegungen zur „Konkurrenz zwischen wohnungslosen und geflüchteten Menschen“. Eine Replik. In: wohnungslos. Jg. 4/2016, S. 107-110.

- Reifferscheid, Gerd (2017):** Bewertung der SEEWOLF-Studie für die Wohnungslosenhilfe. Ein vorläufiges Diskussionspapier. In: wohnungslos. Jg. 2-3/2017, S. 47-56.
- Rohloff, Sigurður A. (2018):** Politische Sensibilisierung in der Sozialen Arbeit – Sozialarbeiter/-innen sensibilisieren sich selbst und ihre Klient/-innen. In: Rohloff, Sigurður A.; Calero, Mercedes Martinez; Lange, Dirk (Hrsg.): Soziale Arbeit und Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft. Wiesbaden, S. 221-242.
- Rosenke, Werena (2018a):** Frauen. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) (Hrsg.): Handbuch der Hilfen in Wohnungsnotfällen. Entwicklung lokaler Hilfesysteme und lebenslagenbezogener Hilfeansätze. 2. Aufl., Berlin, S. 301-324.
- Rosenke, Werena (2018b):** Gesundheit. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) (Hrsg.): Handbuch der Hilfen in Wohnungsnotfällen. Entwicklung lokaler Hilfesysteme und lebenslagenbezogener Hilfeansätze. 2. Aufl., Berlin, S. 219-248.
- Rüssmann, Ursula (2016):** Menschenwürdiges Wohnen ist ein Menschenrecht. Interview mit Michael Krennerich. In: Frankfurter Rundschau. Wohnen-Serie. Jg. 2016, o.S.
<http://www.fr.de/fr-serien/wohnen/wohnen-serie-menschenwuerdiges-wohnen-ist-menschenrecht-a-345422> [Letzter Zugriff: 10.10.2018]
- Sartorius, Wolfgang (2017):** Bei Armut Lebensgefahr. In: Gillich, Stefan; Keicher, Rolf (Hrsg.): Ohne Wohnung in Deutschland. Armut, Migration und Wohnungslosigkeit. Freiburg im Breisgau, S. 41-54.
- Schenk, Britta-Marie (2018):** Eine Geschichte der Obdachlosigkeit im 19. und 20. Jahrhundert. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). Jg 25-26/2018, S. 23-29.
- Schimank, Uwe (2012):** Individualisierung der Lebensführung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (Hrsg.): Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde.
<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/137995/individualisierung-der-lebensfuehrung?p=all> [Letzter Zugriff: 10.10.2018]
- Specht, Thomas (2018a):** Die institutionelle Struktur der Hilfen in Wohnungsnotfällen. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) (Hrsg.): Handbuch der Hilfen in Wohnungsnotfällen. Entwicklung lokaler Hilfesysteme und lebenslagenbezogener Hilfeansätze. 2. Aufl., Berlin, S. 37-58. [Letzter Zugriff: 10.10.2018]
- Specht, Thomas (2018b):** Ambulante Hilfe in Wohnungen – „Housing First“ und „Ambulante Hilfe in Wohnungen“. In: wohnungslos. Jg. 1/2018, S. 1-6.

Staub-Bernasconi, Silvia (1995): Das fachliche Selbstverständnis Sozialer Arbeit - Wege aus der Bescheidenheit. Soziale Arbeit als „Human Rights Profession“. In: Wendt, Wolf Rainer (Hrsg.): Soziale Arbeit im Wandel ihres Selbstverständnisses - Beruf und Identität. Freiburg, S. 57-104.

Staub-Bernasconi, Silvia (2018): Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft. Soziale Arbeit auf dem Weg zu kritischer Professionalität. 2. Aufl., Opladen und Toronto.

Steckelberg, Claudia (2018): Wohnungslosigkeit als heterogenes Phänomen. Soziale Arbeit und ihre Adressat_innen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). Jg 25-26/2018, S. 37-42.

Steffen, Axel (2017): Neue Wege der dauerhaften Wohnraumversorgung – Soziale Wohnraumagenturen in Deutschland. In: wohnungslos. Jg. 4/2017, S. 124-129.

Steffen, Axel; Henke, Jutta (2018): Strategien sozialräumlicher Integration von Wohnungslosen. In: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW).

http://www.fgw-nrw.de/fileadmin/user_upload/FGW-Studie-ISE-05-GISS-A1-komplett-web.pdf [Letzter Zugriff: 10.10.2018]

Strunk, Ursula (2016): Erfolgskontrolle ambulanter Wohnungslosenhilfe. Rückblick auf eine Arbeit der 1980er Jahre und ein Vergleich zu „Housing First“. In: wohnungslos. Jg. 1/2016, S. 9-12.

The Albert Kennedy Trust (Hrsg.) (2015): LGBT Youth Homelessness: A UK national scoping of cause, prevalence, response, and outcome.

https://www.theproudtrust.org/wp-content/uploads/download-manager-files/AlbertKennedy_ResearchReport_Youth-Homelessness.pdf [Letzter Zugriff: 12.10.2018]

Tsemberis, Sam (2010): Housing First. The Pathways Model to End Homelessness for people with Mental Illness and Addiction. Hazelden.

Wessermann, Carla (2009): Biografische Verläufe und Handlungsmuster wohnungsloser Frauen im Kontext extrem asymmetrischer Machtbalancen. Opladen.

Zick, Andreas; Hövermann, Andreas; Krause, Daniela (2012): Die Abwertung von Ungleichwertigen. Erklärung und Prüfung eines erweiterten Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin, S.64-87.

